



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



BBK

Bevölkerungsschutz

Warnung der Bevölkerung

2 | 2025



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell befinden wir uns inmitten herausfordernder geo- und sicherheitspolitischer Spannungen, wie dem seit über drei Jahren bestehenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen China und Taiwan oder dem nach einer kurzen Waffenruhe wiederaufgeflamten Krieg im Nahen Osten. Doch gerade in Zeiten mannigfaltiger Krisen ist es wichtig, dass wir mit unseren Partnern eng zusammenstehen. Ebenso bedeutsam ist es, dass wir besonnen bleiben und uns auf unsere Stärken besinnen: So können wir in Deutschland beispielsweise auf gut funktionierende, belastbare und tragfähige Strukturen und Prozesse in der Warnung zurückgreifen. Diese möchten wir zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes in den kommenden Jahren im Schulterschluss mit unseren nationalen und internationalen Kooperationspartnern weiterentwickeln und ausbauen – mit dem Ziel, die Sicherheit der Menschen in Deutschland effektiv zu erhöhen.

Als letzten gemeinsamen Akt hat die Ampelregierung in Zusammenarbeit mit der Union ein Sondervermögen unter anderem für den Zivilschutz beschlossen. Und auch bei der im Februar neugewählten Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD findet das Thema Bevölkerungsschutz folgerichtig Einzug in den Koalitionsvertrag. Die drei Parteien bekennen sich zu den Herausforderungen im Zivilschutz und in der Zivilen Verteidigung: So sei Deutschland besser gegen Kriegsgefahren und hybride Bedrohungen zu wappnen und Behörden wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sollen gestärkt werden. Bedarf an und Forderungen nach besserer Ausstattung, Technik und Digitalisierung sowie Personalaufwuchs sind groß, auch im Bereich der Warnung der Bevölkerung. Diese nimmt im Gesamtkontext der Zivilschutzfähigkeit eine wichtige Rolle ein – und muss sich ihrerseits kontinuierlich an neue Entwicklungen und Anforderungen anpassen und im Bewusstsein der



Dr. Christoph Groneberg leitet die Referatsgruppe „Warndienst“ und das Referat „Grundsatz, Verfahren und Multiplikatoren der Warnung“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
(Quelle: Dr. Christoph Groneberg)

Bevölkerung weiter verankern. Vertrauen und Verlässlichkeit in das Bundeswarnsystem und die Prozesse sowie in eine funktionierende ressortübergreifende Zusammenarbeit sind dabei essenziell.

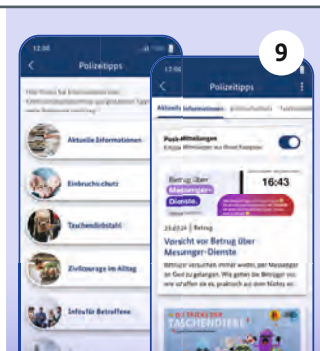
Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Bevölkerungswarnung finden Sie im Themenschwerpunkt dieser Ausgabe abgebildet – vom Ausbau des deutschen Sirennetzes und des Modulen Warnsystems (MoWaS) über künftige neue Funktionen der Warn-App NINA bis hin zu den Erkenntnissen der letztjährigen Bevölkerungsumfrage zum Bundesweiten Warntag. Weitere Artikel aus den Themenfeldern Krisenmanagement, Selbstschutz und Ehrenamt runden diese Ausgabe ab.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr Dr. Christoph Groneberg



2



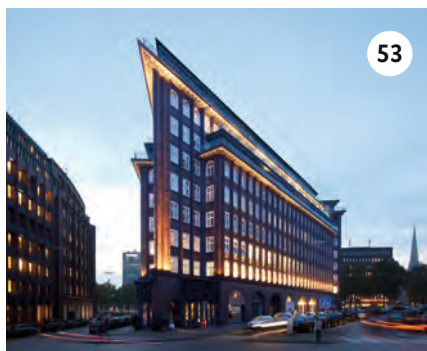
9



29



35



53



11

WARNUNG DER BEVÖLKERUNG

- 2** Nutzung von Sirenen im Zivilschutz
Herausforderung und Lösungsansätze
- 5** Klare Tendenz zu Stabilität und Beständigkeit des deutschen Warnsystems
Ergebnisse der deutschlandweiten Online-Befragung zum Bundesweiten Warntag 2024
- 9** Gute Entwicklung bei der Warn-App NINA
Polizeiliche Warnmeldungen und Präventionsbereich ergänzen das bisherige Angebot
- 11** Sicherheit kennt keine Grenzen
Wie MoWaS den grenzüberschreitenden Austausch von Warnmeldungen möglich macht
- 13** Katastrophenschutz-Leuchttürme in der Praxis
Ergebnisse einer Interviewstudie

KRISENMANAGEMENT

- 19** Teil 3: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021
Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV:
Gruppendiskussionen mit Betroffenen und Einsatzkräften
- 24** Ein starker Partner im Bevölkerungsschutz
Der Copernicus Emergency Management Service

INNOVATION

- 29** Programmieren für die Ausbildung im Bevölkerungsschutz
Potsdamer Informatik-Studierende entwickeln zusammen mit BBK, Johannitern und Maltesern digitale Simulationstrainings für das MANV-Training von morgen

FORUM

- 35** ARKAT. Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
- 37** Arbeiter-Samariter-Bund
- 39** Deutscher Feuerwehrverband
- 40** Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
- 43** Deutsches Rotes Kreuz
- 45** Johanniter-Unfall-Hilfe
- 46** Malteser
- 48** Technisches Hilfswerk

IN EIGENER SACHE

- 51** Nachrichten
- 52** Impressum

KULTURGUTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

- 53** Das Chilehaus in Hamburg

ONLINE-ARTIKEL

Professionalisierung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten im Bevölkerungsschutz
Das BeSchuDi-Projekt im Überblick

Unter www.bbk.bund.de/magazin





Nutzung von Sirenen im Zivilschutz

Herausforderung und Lösungsansätze

Botho von Schrenk

Sirenen sind ein wichtiger Warnkanal, um die Bevölkerung vor Gefahren zu warnen. Moderne elektronische Sirenen sind oftmals leistungsfähiger als elektromechanische Sirenen und können die Bevölkerung somit in größeren Bereichen auf Gefahren aufmerksam machen. (Quelle: Hörmann Warnsysteme)

Mit dem Aufkommen neuer Warnkanäle mit Weckeffekt (Warn-Apps, Cell Broadcast) wurde über den grundsätzlichen Nutzen von Sirenen diskutiert, die überwiegend zur Alarmierung von Einsatzkräften genutzt wurden. Nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 beschloss der Bund sich am Wiederaufbau des Sirennetzes zu beteiligen, um es im Zivilschutz für die Bevölkerungswarnung zu nutzen. Drei beteiligte Ebenen, begrenzte Ausbaukapazitäten auf dem Markt und knappe Ressourcen in Behörden des Zivil- und Katastrophenschutzes lassen erkennen, dass zum Zieltermin der „Zeitenwende“ zur Gesamtverteidigungsfähigkeit (2029) ein ausreichend flächendeckendes, durch Bund und Länder ansteuerbares Sirennetz nicht vorhanden sein wird.

Um Sirenen mit ihrem Weckeffekt in Szenarien des Zivilschutzes nutzen zu wollen, sind einige Rahmenbedingungen zu erfüllen. Grundsätzlich ist die Frage zu klären, ob und welche Rolle Sirenen im bundesdeutschen Warnmix des Zivilschutzes spielen sollen. Diese Fragestellung ist in den Anrainerstaaten in der politischen Diskussion gleichfalls präsent. Überwiegend werden dort Sirenen erhalten. Der Bund hat sich zum Wiederaufbau des Sirennetzes bekannt und beteiligt sich seit 2021 über Förderprogramme daran. Die Festlegung einheitlicher Zielvorgaben, unter Berücksichtigung paralleler Warn-

fähigkeiten im vorhandenen Warnmix, ist nicht abgeschlossen. Welche Rolle soll also die Sirene im Warnmix übernehmen?

Die Spannweite möglicher Anforderungen ist groß. Soll die Bevölkerung außerhalb von Gebäuden gewarnt werden oder sollen schlafende Menschen in Gebäuden bei geschlossenen Fenstern mit ausreichender Wahrscheinlichkeit geweckt werden? Im Fall der niedrigsten Anforderung wird das Wecken von Personen in Gebäuden den Warn-Apps, Cell Broadcast und der „Automatic Safety Alert (ASA)“-Funktion der Digitalradios überlassen.

Die höchste Anforderung hätte zur Folge, dass die ankommende Lautstärke der Sirensignale an der Gebäudeaußenhülle ausreichen muss, um innerhalb des Gebäudes schlafende Personen zu wecken. Insbesondere in urbanen Bereichen mit hohen Anforderungen an Wärme- und Schalldämmungen der Gebäudehülle stellt dies immense Herausforderungen an die Auslegung des Sirennetzes.

Eine Untersuchung mit dem Ziel von Richtwerten zu Mindestlautstärken an den Außenseiten von Fensterflächen ist im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) in Vorbereitung. Damit lässt sich die notwendige Standortdichte oder Leistungsfähigkeit der nächstgelegenen Sirene und damit der wirtschaftliche Aufwand einschätzen und einer Entscheidung zur Ausbauplanung zuführen. Weiterhin ist der erforderliche Versorgungsgrad der Bevölkerung durch das Sirennetz für den Zivilschutz festzulegen. Die Rückmeldungen zu einer Abfrage bei den Anrainerstaaten ergaben vorhandene oder angestrebte Versorgungsanteile zwischen 60 und 95 Prozent der Bevölkerung. Für ein deutsches zivilschutztaugliches Sirennetz wird die Anforderung zur ersten Ausbaustufe derzeit diskutiert. Die ethisch gebotene 100-prozentige-Versorgung wird im ersten Ausbauschritt nicht erreicht werden. Dieser Wert könnte bei 90 Prozent liegen und durch einen sukzessiven Lückenschluss erhöht werden, der in ländlichen Regionen als erforderlich erwartet wird.

Sirensignale und Ausfallsicherheit

Die Tonfolgen von „Bevölkerungswarnung“ und „Entwarnung“ müssen verbindlich bundesweit einheitlich definiert sein und sowohl im Fall von Katastrophen als auch im Krieg gelten. Hierzu bestehen bisher Empfehlungen. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft schlug EU-weit einheitliche Tonfolgen für die Sirenenwarnung vor. Im Vorschlag erst nur für Katastrophenfälle gedacht, sollte aus Sicht des Bundeswarndienstes ein Signal für die Bevölkerungswarnung und Entwarnung nicht nur EU-weit eingeführt werden, sondern auch im Zivilschutz der EU-Mitgliedsstaaten etabliert werden. Der Bundeswarndienst tauscht sich hierzu mit den polnischen Kollegen aus.

Die Erfahrungen des Krieges in der Ukraine zeigen, dass die zivile Energieversorgung ein Hauptziel gegnerischer Einwirkungen sein wird. Der Sirenenbestand war in der Phase des Kalten Krieges nahezu vollständig durch Einheitstypen elektromechanischer Sirenen (zum Beispiel E57) gekennzeichnet. Durch die hohen Anlaufströme waren und sind diese Sirenentypen, mit wenigen Ausnahmen, nicht ersatzstromversorgt. In der Folge fallen diese Sirenen bei einem Stromausfall als Warnkanal aus. Sirenen für die Nutzung im Zivilschutz sollten zukünftig

technisch so ausgerüstet sein, dass ein Stromausfall für einen bestimmten Zeitraum nicht den Ausfall der Funktionsfähigkeit der Sirenensteuerung und des Sirenenkopfes zur Folge hat. Bei modernen elektronischen Sirenen mit ihrem moderaten Strombedarf gehört eine Energiepufferung inzwischen zu den Standardeigenschaften. Der Wegfall mechanischer Komponenten reduziert zusätzlich den Wartungsaufwand sowie Ausfallrisiken und damit den notwendigen wirtschaftlichen Aufwand in der Betriebsphase. Der Sirenenbestand wird derzeit durch die Kommunen, unterstützt durch Förderungen von Bund und Ländern, umgerüstet. Aufgrund vorhandener Ressourcen wird dieser Vorgang noch Jahre in Anspruch nehmen.

Zusätzlich lassen sich die Leistungsdaten elektronischer Sirenen durch die Kombination mehrerer Schall-erzeuger an einem Standort staffeln. Damit kann die Netzplanung mit mehreren Leistungsklassen arbeiten und die Zahl notwendiger Standorte wird kleiner.

Neue Wege in der Sirenenansteuerung und -nutzung

Auf Bund und Länder kommt in der Bevölkerungswarnung im Zivilschutz eine wesentliche Rolle zu. Technisch haben beide, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher keine unmittelbare Auslösemöglichkeit für Sirenen. Im Zusammenhang mit Regelungen zur Förderung des Sirenenausbaus durch den Bund einigten sich Bund und Länder auf die Ertüchtigung des Modulare Warnsystems (kurz: MoWaS) zur Auslösung elektronischer Sirenen. Die Ansteuerung soll unter Nutzung des TETRA-Digitalfunknetz erfolgen. Damit erlangen beide die Fähigkeit zur unmittelbaren Sirenenauslösung wieder. Seit März 2023 läuft das Projekt „Sirenenansteuerung aus MoWaS“ unter Federführung des BBK. Grundsätzlich geänderte Rahmenbedingungen nach dem Projektstart, hohe Anforderungen an Netzkopplungen, komplexe Zuständigkeitsregelungen



Oft sind Sirenen auf Hausdächern installiert. Hier zu sehen sind eine elektromechanische Sirene (Typ E57, links) und eine elektronische Sirene (Typ ECI-1200, rechts). (Quelle: Hörmann Warnsysteme)

und finanzielle Aspekte lassen eine Erstlauffähigkeit frühestens Ende 2026 erwarten.

Da Sirenen im Alltagsbetrieb von kommunalen Leitstellen ausgelöst werden, sind Vorkehrungen und Regelungen für die Nutzung im Zivilschutz vorzubereiten. Das Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (kurz: ZSKG) sieht vor, dass die Länder im Auftrag des Bundes die Bevölkerung vor den besonderen Gefahren im Verteidigungsfall warnen. Diese Festlegung ist mit nachgeordneten Regelungen zu konkretisieren, um Bund, Ländern und Kommunen für die Sirennutzung im Zivilschutz Handlungssicherheit zu bieten. Ferner sollte gewährleistet werden, dass dem Bund in den Fällen der

Warnauftrag erhalten bleibt, in denen er als erste oder einzige Organisationseinheit eine drohende Gefahr erkennt oder Kenntnis von dieser erhält.

Zur Erfassung des Ist-Bestandes und als Grundlage für die Auslösemechanismen wurde durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Einrichtung eines Warnmittelkatasters vereinbart. Es befindet sich im Testbetrieb und ermöglicht, dezentral bis auf die kommunale Ebene herunter, Bestandsdaten einzugeben und diese Daten für ebenenspezifische Bedarfe zu nutzen. Da eine gesetzliche Meldepflicht nicht besteht, hängt die Qualität der Erfassung der Ist-Bestände vom Meldeverhalten der Kommunen ab.

Vorteile moderner elektronischer Sirenen liegen auch in der möglichen autarken Stromversorgung (hier Solar- und Windenergie) zum Laden der Akkus bei fehlender Energieversorgung aus dem Stromnetz. (Quelle: Hörmann Warnsysteme)



Zielsetzungen und Fazit

Alle Planungen und Bemühungen zur Förderung eines zivilschutztauglichen Sirennetzes sind primär auf vier wesentliche Ziele ausgerichtet:

1. Definition von Zielparametern eines Sirennetzes
2. Erfassung bisher mit Sirenen versorgter Gebiete und Planung eines bundesweiten Standortnetzes zur Abdeckung nicht versorgter Gebiete mit Sirenen unter Nutzung unterschiedlicher Leistungsklassen.
3. Errichtung von Sirenen auf unversorgten Standorten.
4. Anschluss aller neuen oder ertüchtigten Sirenenstandorte an das MoWaS zur Auslösung auf den MoWaS-Stationen.

Aus den Erfahrungen aus der Sirenenförderung des Bundes seit 2021 zeigt sich: 2029 wird noch kein bundesweites Sirennetz zur Verfügung stehen, das den Vorgaben des Zivilschutzes genügt. Dies betrifft sowohl die zentrale Ansteuerungsfunktion als auch den flächendeckenden Auf- beziehungsweise Ausbau. Die aktuellen und erwarteten Ressourcen finanzieller Mittel, personeller Kapazitäten bei Planenden, Herstellern und Errichtern benötigter Sirenenstandorte reichen hierzu derzeit nicht aus.

Weitere Informationen des BBK zur
Warnung durch Sirenen:



Botho von Schrenk ist langjähriger Mitarbeiter des BBK. Derzeit ist er im Referat Grundsatz, Verfahren und Multiplikatoren der Warnung in der Referatsgruppe Warndienst zuständig für Grundsatzfragen und Abwicklung von Förderprogrammen.

Klare Tendenz zu Stabilität und Beständigkeit des deutschen Warnsystems

Ergebnisse der deutschlandweiten Online-Befragung zum Bundesweiten Warntag 2024

Ina Schindek

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) erhob am vergangenen Bundesweiten Warntag erneut die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger zur Warnung der Bevölkerung. Die großangelegte anonyme Online-Umfrage startete am 12. September 2024 um 11 Uhr und endete am 19. September 2024. Nun liegen die Ergebnisse vor und liefern wichtige Erkenntnisse zur Warninfrastruktur in Deutschland.

Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast: Am Bundesweiten Warntag werden jährlich die Alarmstrukturen deutschlandweit getestet. Der Aktionstag von Bund, Ländern und Kommunen dient neben der technischen Erprobung der Warnsysteme und Abläufe dazu, die Menschen in Deutschland mit dem Thema Warnung vertraut zu machen und die Bevölkerung über die Warnung in Deutschland zu informieren. Am zweiten Donnerstag im September wird ab 11 Uhr eine Probewarnung an alle am Modulare Warnsystem (kurz: MoWaS) angeschlossenen Warnkanäle wie Warn-Apps und Cell Broadcast sowie Warnmultiplikatoren (zum Beispiel Rundfunksender oder Stadtinformationstafeln) geschickt. Parallel werden deutschlandweit Sirenen durch die teilnehmenden Kommunen ausgelöst.

Vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Spannungen und klimatischer Veränderungen ist ein starkes Warnsystem unerlässlich. Um den Schutz der Menschen durch staatliche Warnung und Krisenkommunikation weiter optimieren zu können, ist ein entsprechendes Feedback aus der Bevölkerung von großer Bedeutung. Daher sind neben der technischen Funktionalität auch sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung Gegenstand der Untersuchung. Die Umfragedaten wurden wissenschaftlich ausgewertet und in einem Bericht zusammengestellt, der unter www.bbk.bund.de/umfrageergebnisse-warntag zur Verfügung steht.

Hier geht's zum ausführlichen Bericht:



Hoher Rücklauf aus der Bevölkerung

Nach der Bereinigung der Daten konnten von 166.446 Eingängen 162.611 Fragebögen ausgewertet werden. Im Vergleich zum Bundesweiten Warntag 2023 haben zwar deutlich weniger Personen teilgenommen, jedoch kann man vor dem Hintergrund, dass keine Medienkampagne zur Befragung durchgeführt wurde, dennoch von einem hohen Rücklauf sprechen und einem nach wie vor großen Interesse in der Bevölkerung ausgehen.

Um eine Repräsentativität der Ergebnisse herzustellen und einer möglichen Verzerrung entgegenzuwirken, wurde eine Gewichtung der erhobenen soziodemografischen Daten wie Alter und Geschlecht mit denen des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. Eine Verzerrung kann jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden und wurde daher bei der Ergebnisinterpretation mit einbezogen.

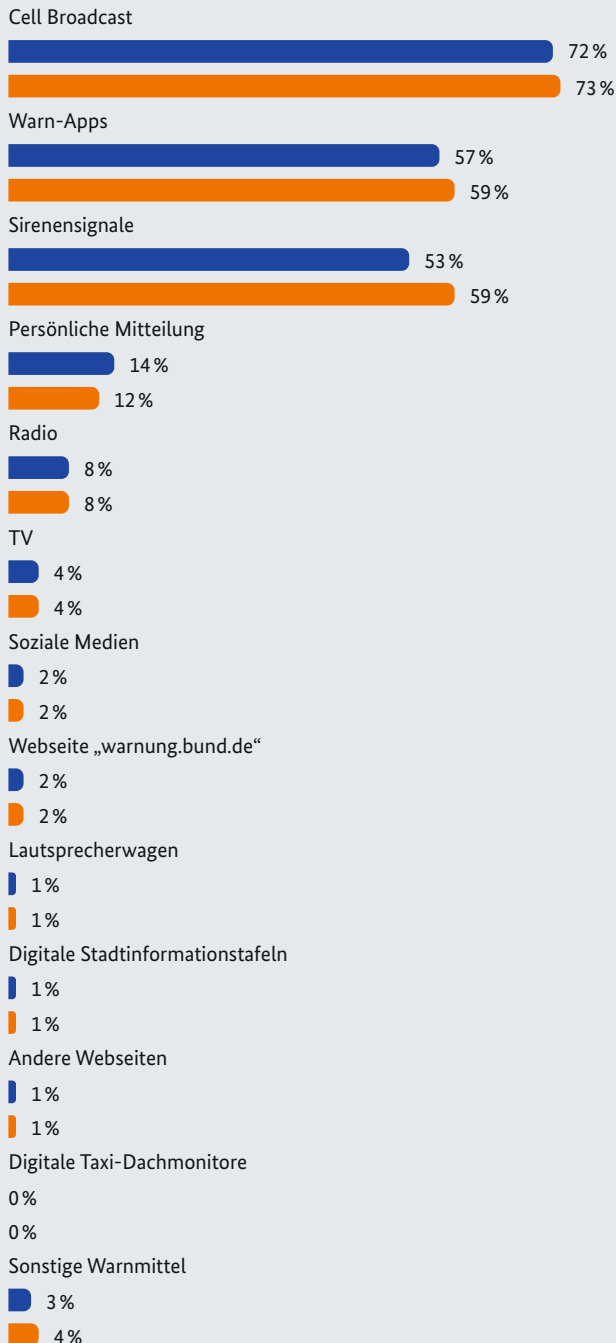
Erneut erfolgreicher Testlauf für Warnung und Entwarnung

Das Modulare Warnsystem des Bundes hat auch am Bundesweiten Warntag 2024 sehr gut funktioniert. Insgesamt konnte die Reichweite der Probewarnung im

Wahrnehmung der Probewarnung über die verschiedenen Warnkanäle

Antwortoption „ja“ ● 2023 ● 2024

Basis: alle Befragten n=162.685. (Quelle: BBK)



Vergleich zum Vorjahr sogar noch einmal gesteigert werden: Rund 97 Prozent der Befragten wurden am Bundesweiten Warntag 2024 über mindestens einen Warnkanal gewarnt. Als reichweitenstärkste und damit effektivste Warnkanäle haben Cell Broadcast, Warn-Apps oder Sirenen wie im Vorjahr die meisten Befragten mit einer Probewarnung erreicht. Wiederholt liegt dabei Cell Broadcast vorne: Auf diesem Weg wurden knapp drei Viertel (73 Prozent) erreicht, per Warn-App waren es 59 Prozent. Ebenfalls auf 59 Prozent erhöhte sich die Wahrnehmung von Sirenen. Diese Ergebnisse decken sich mit der Einschätzung der Befragten bezüglich der Wirksamkeit der einzelnen Warnkanäle: Wie im Vorjahr erhielten Cell Broadcast, Sirenen und Warn-Apps die höchsten Zustimmungswerte der Teilnehmenden. Knapp 10 Prozent der Befragten wurden zudem ausschließlich über Cell Broadcast gewarnt – dies zeigt abermals die Etablierung von Cell Broadcast als wichtigen Baustein im Warnmix.

Reichweitenstärkste Warnkanäle: Größte Steigerung bei Sirenen

Der Warnkanal Sirene zeigte insgesamt die größte Reichweitensteigerung im Vergleich zum Vorjahr: Der Anteil der Befragten, die eine Warnung auf diesem Weg erhielten, hat sich von 53 Prozent (2023) auf 59 Prozent erhöht. Dieses Ergebnis unterstreicht die Wichtigkeit der Sirene als schnellen, flächendeckenden und zuverlässigen Warnkanal – besonders in ländlichen oder abgelegenen Gebieten, in denen möglicherweise Warnungen über Mobiltelefone weniger effektiv sind.

Gegen 11:45 Uhr erfolgte eine Entwarnung über die Warnkanäle und Warnmultiplikatoren über welche zuvor die Warnung versendet wurde. Etwa zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) nahmen diese über mindestens einen Warnkanal wahr. Im regionalen Vergleich lagen die Werte zwischen 44 Prozent in München und den südlichen Bezirken Berlins und 88 Prozent im östlichen Thüringen. Über Cell Broadcast wird derzeit noch keine Entwarnung versendet. An der Entwarnungsfunktion über diesen Warnkanal wird derzeit noch gearbeitet.

Regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land

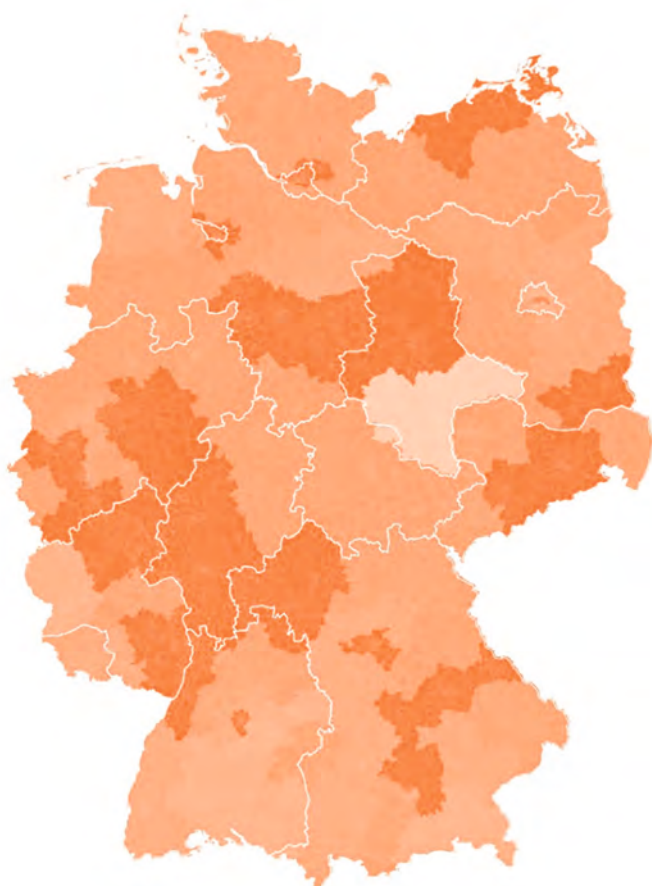
Während im südlichen Brandenburg rund um Cottbus (100 Prozent) und in großen Teilen Nordrhein-Westfalens, dem östlichen Thüringen und südlichen Sachsen (86–88 Prozent) eine sehr hohe Abdeckung durch Sirenen erreicht wurde, gaben in den Großstädten München

und Berlin hingegen nur weniger als 15 Prozent an, eine Sirene gehört zu haben. Die Erreichbarkeit und Präzision der Warnung durch Sirenen als wichtiger Bestandteil des Bevölkerungsschutzes muss demnach noch verbessert werden, um regionale Unterschiede zu verringern. Als Maßnahme hierfür bringt das BBK seit 2022 mit dem Sirenenförderprogramm von Bund und Ländern den Ausbau des Sirenennetzes weiter voran.

Wahrnehmung der Probewarnung über Cell Broadcast nach Postleitregionen

● 75 % ● 72,5 % ● 70 % ● 67,5 % ● 65 %

(Quelle: BBK)



Auch bei der Warnung über Cell Broadcast zeigen sich regionale Unterschiede, die sich im Vergleich zum Vorjahr in beide Richtungen vergrößerten: In Cottbus und den angrenzenden Landkreisen wurden zum Beispiel mit Cell Broadcast 100 Prozent der Befragten erreicht, während im südlichen Sachsen-Anhalt nur 50 Prozent angaben,

die Probewarnung auf diesem Weg empfangen zu haben. Dies könnte in Unterschieden in der Auslastung der Mobilfunknetze und der Netzqualität begründet sein. Im Vorjahr lagen die Werte noch zwischen 64 Prozent und 77 Prozent.

Warn-App NINA wie im Vorjahr mit der größten Reichweite unter den Apps

Eine der zentralen Säulen des deutschen Warnsystems sind Warn-Apps wie NINA oder KATWARN. Neben Echtzeit-Warnungen liefern sie Informationen zu Gefahren wie Bränden, Unwetter, Überschwemmungen und anderen Gefahrensituationen. Mehr als die Hälfte aller Befragten (52 Prozent) gab an, am Bundesweiten Warntag 2024 durch die Warn-App NINA gewarnt worden zu sein, 14 Prozent über KATWARN. Deutlich geringer ist der Anteil derjenigen, die die Probewarnung über die Apps hessenWARN (2 Prozent) wahrgenommen haben. Weitere Apps wie BIWAPP oder FF-Agent-Mobil-App spielten eine noch kleinere Rolle.

Am stärksten zeigte sich die Warn-App NINA in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, der Metropolregion Rhein-Ruhr und am Niederrhein, wo über zwei Drittel der Befragten über die App erreicht wurden. In Sachsen-Anhalt erhielten hingegen nur rund 20 Prozent der Befragten über die Warn-App NINA eine Probewarnung. KATWARN spielte im Wesentlichen nur in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie Teilen des westlichen und südlichen Niedersachsens eine Rolle. Die App hessenWARN erreichte vor allem Menschen im westlichen und südlichen Hessen, am stärksten war ihre Reichweite mit rund 22 Prozent in Darmstadt und Gießen sowie in den jeweils umliegenden Kreisen.

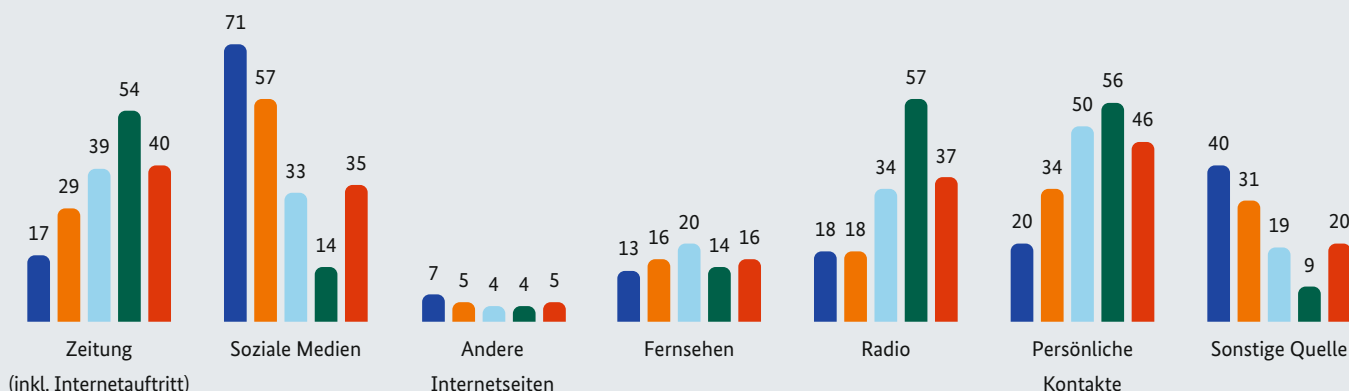
Forderung nach mehr Informationsverbreitung

Die Ergebnisse bezüglich der Medienarbeit des BBK zum Bundesweiten Warntag 2024 zeigten, dass diese marginal weniger wirkungsvoll war als im Vorjahr: Drei Viertel der Befragten (77 Prozent) fühlten sich sehr gut oder gut über den Bundesweiten Warntag informiert, 2023 waren es 79 Prozent. Mit 80 Prozent gab der Großteil der Befragten an, bereits vor dem Bundesweiten Warntag von der geplanten Probewarnung gehört oder gelesen zu haben. Im Vorjahr lag der Anteil mit 87 Prozent jedoch auch etwas höher. Der Anteil der Befragten, die vorab über den Bundesweiten Warntag informiert waren und eine Warnung erhielten, beträgt 78 Prozent und ist somit ebenfalls geringer als im Vorjahr (2023: 85 Prozent).

Informationen über den Bundesweiten Warntag nach Alter (Mehrfachnennungen möglich)

Basis: Vor dem eigentlichen Bundesweiten Warntag über die Durchführung gehört oder gelesen n=130.625. (Quelle: BBK)

Angaben in Prozent ● 12–19 Jahre ● 20–39 Jahre ● 40–59 Jahre ● 60 Jahre und älter ● Gesamt



Bezüglich der Informationsquellen über den Bundesweiten Warntag zeigen sich wie in den Erhebungen der vergangenen Jahre unterschiedliche Präferenzen der verschiedenen Altersgruppen: Für die unter 40-Jährigen, eher technisch Versierten standen die Sozialen Medien an erster Stelle. Das Fernsehen als traditionelle Informationsquelle hat – auch für die über 59-Jährigen – weiter an Bedeutung verloren. Dies gilt in geringerem Ausmaß auch für das Radio und die Zeitung (Print und Online). Dieser deutlichen Varianz in der Nutzung und Akzeptanz von Informationsquellen wird das BBK auch weiterhin durch eine multimediale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begegnen, um alle Altersgruppen effektiv zu erreichen und zu informieren.

Gut vorbereitet auf den Ernstfall

Ein wichtiges Ziel des Bundesweiten Warntags ist es, die Bevölkerung für Warnungen zu sensibilisieren. Er soll den Menschen dabei helfen, auf Gefahren vorbereitet zu sein – etwa bei Überschwemmungen, Chemieunfällen oder Terroranschlägen. Dazu gehört auch die Vorbereitung auf einen Katastrophenfall oder ein Schadensereignis. Die Befragten gaben dabei an, einige individuelle Vorkehrungen getroffen zu haben. Dabei werde vor allem darauf geachtet, dass die Hausapotheke aktuell und vollständig ist (77 Prozent) und Vorräte – Kerzen, Streichhölzer beziehungsweise Taschenlampen und Batterien (70 Prozent), Hygieneartikel (65 Prozent) sowie Lebensmittel für mehrere Tage (61 Prozent) – vorgehalten werden. Rund die Hälfte hält wichtige Dokumente, Feuerlöscher oder Behälter für Löschwasser griffbereit. Befragte, die schon einmal persönlich von einem Katastrophenfall betroffen waren, haben insgesamt mehr Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Notfall ergriffen.

Ein interessanter und gleichermaßen plausibler Zusammenhang zeigte sich zwischen der Betroffenheit durch

einen Katastrophenfall und installierten Warn-Apps auf dem Mobiltelefon der Befragten. Wer bereits einmal von einem Katastrophen- oder Schadensfall betroffen war, hat etwas häufiger eine Warn-App installiert (81 Prozent) als diejenigen, welche dies noch nicht erleben mussten (75 Prozent).

Die Nutzung von Warnsystemen wie Warn-Apps oder Cell Broadcast kann lebensrettend sein – dies scheint auch im Bewusstsein der Befragten verankert zu sein: 87 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass der Bundesweite Warntag eine gute Übung für den Ernstfall sei und der Bundesweite Warntag 2024 gut verlaufen sei (72 Prozent). Damit konnte der im Vorjahr begonnene Aufwärtstrend (68 Prozent) weiter gesteigert werden. Dabei sprechen 91 Prozent der Befragten auch der Testung neuer Technologien und Kommunikationswege eine große Bedeutung zu.

Solides Fundament für kontinuierliche Weiterentwicklung

Wie in den Vorjahren zeigen die Ergebnisse der Befragung zum Bundesweiten Warntag erneut die Stärken des Warnmixes und die Relevanz eines heterogenen Systems. Die Konsistenz der positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung sprechen für eine klare Tendenz zu Stabilität und Beständigkeit in den Abläufen und eine insgesamt gut etablierte Warninfrastruktur. Natürlich gilt es, dies weiter zu optimieren und das Warnsystem stetig an eine sich dynamisch verändernde geopolitische Lage zu adaptieren, um effektiv zu warnen und auf künftige Herausforderungen gut vorbereitet zu sein.

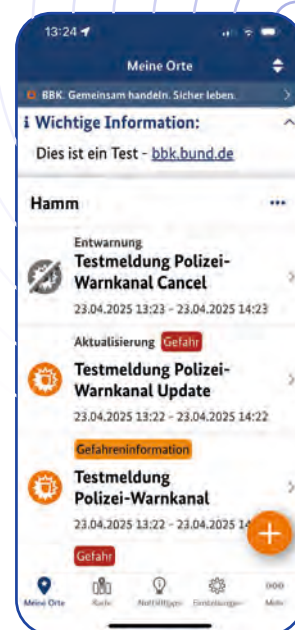
Ina Schindek ist Sozialwissenschaftlerin und verantwortet die Bevölkerungsumfrage zu den Bundesweiten Warntagen. Diese wurde erstmals 2022 während ihrer damaligen Verwendung im ISF Bund-Länder-Projekt erhoben.

Gute Entwicklung bei der Warn-App NINA

Polizeiliche Warnmeldungen und Präventionsbereich ergänzen das bisherige Angebot

Sabrina Mohr

Anm. d. Red.: Der polizeiliche Präventions- und Warnbereich wird ab Sommer schrittweise ausgerollt und in der zweiten Jahreshälfte allen Nutzerinnen und Nutzern der Warn-App NINA zur Verfügung stehen. Voraussetzung ist die aktuellste Version der Warn-App NINA.



Warnungen zu polizeilichen Gefahrenlagen werden im neuen Bereich mit eigenen Icons ausgespielt. (Quelle: BBK)

In der Warn-App NINA werden Nutzerinnen und Nutzer zukünftig in einem eigenen Warnkanal von der Polizei über polizeiliche Gefahrenlagen gewarnt. Daneben erhalten sie im neuen Themenbereich Polizeitipps Informationen der Polizeilichen Kriminalprävention. Einzelne Themenbereiche können per Push-Benachrichtigungen abonniert werden. In diesem Beitrag stellen wir die Neuerungen und deren Nutzen vor.

NINA steht für Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes. Die Warn-App dient der Warnung und zugleich der Information. Ihre Inhalte werden auch auf der Website <https://warnung.bund.de> dargestellt. So erhalten Nutzerinnen und Nutzer wichtige Warnmeldungen für unterschiedliche Gefahrenlagen des Bevölkerungsschutzes, Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes (kurz: DWD) und Hochwasserinformationen der zuständigen Stellen der Bundesländer. Daneben finden Interessierte in der Warn-App praktische Notfalltipps zur Vorsorge und zu richtigem Handeln in Notsituationen. Dieses Angebot wird nun im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2025 erweitert:

Das Bestreben der Bundesländer, eine Präventions- und Warn-App für die Polizeien der Bundesländer und des Bundes einzuführen, markierte 2019 den Beginn der anstehenden App-Erweiterung. Bei der anschließenden Prüfung, wie diese Idee umgesetzt werden könnte, wurden auch bereits vorhandene Systeme einbezogen. Im Ergebnis entschieden die Bundesländer mehrheitlich, das Modulare Warnsystem (kurz: MoWaS) und die Warn-App NINA für polizeiliche Informationen und Warnmeldungen zu ertüchtigen. Vorgehen, Inhalt und Layout wurden in Vereinbarungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) mit allen Bundesländern, dem Bundeskriminalamt (kurz: BKA) und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention (kurz: ProPK) geregelt und damit zugleich die Grundlage der Zusammenarbeit gelegt.

Warn-App NINA

2011 gab es im BBK erste Überlegungen zur Entwicklung einer App. Im Juni 2015 wurde die Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes, kurz Warn-App NINA, als hybride App veröffentlicht.

Nutzerinnen und Nutzer erhalten hierüber wichtige Warnmeldungen: Neben den Warnungen des Bevölkerungsschutzes von Bund, Bundesländern und Kommunen sind auch Wetterwarnungen des DWD und Hochwasserwarnungen der Bundesländer über die App abrufbar. Zusätzlich zu den Warnungen bietet die App grundlegende Informationen und Notfalltipps zur Bewältigung von Notfällen und Krisen an. Derzeit nutzen mehr als 12 Millionen Menschen die Warn-App NINA.

Neuer Warnbereich

Die bereits vorhandenen Warnbereiche Bevölkerungsschutz-Warnungen, Wetterwarnungen und Hochwasserinformationen werden künftig um den neuen Warnbereich Polizei-Warnungen erweitert. Hier erhalten Nutzerinnen und Nutzer der Warn-App zukünftig polizeiliche Warnmeldungen in den Einstufungen: Polizei – Lebensgefahr, Polizei – Bedrohung und Polizei – Warnung in der Warnkategorie Gewalttaten und Angriffe.

Das BBK hat die Bezeichnungen der polizeilichen Warnereignisse in enger Abstimmung mit den Bundesländern und dem BKA festgelegt. Dabei wurden die Belange der Polizei wie auch deren Erfahrungen mit der Warnung berücksichtigt. Einerseits war es den Beteiligten wichtig, dass für die App-Nutzerinnen und -Nutzer klar erkennbar ist, dass es sich um Warnmeldungen der Polizei handelt. Andererseits sollte die Auswahl für diejenigen, die Warnungen absetzen, eindeutig und schnell möglich sein.

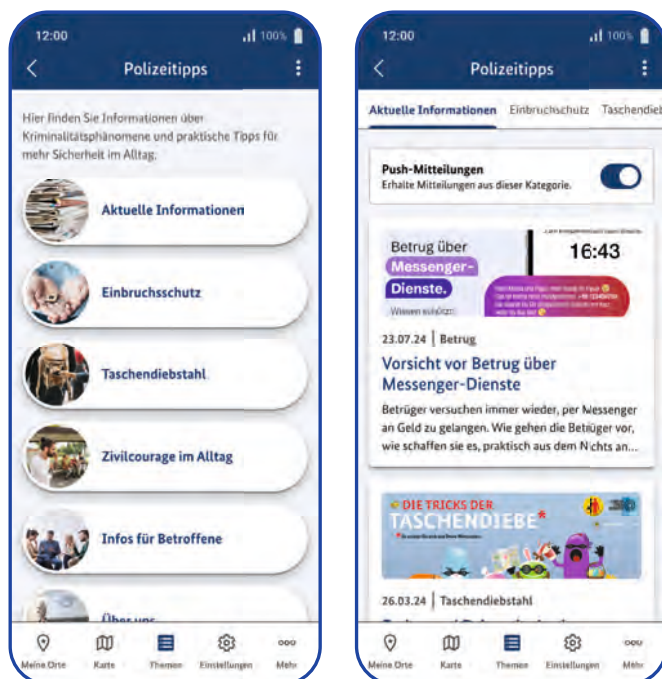
Es handelt sich bei den oben genannten Ereignissen um Polizeilagen mit einem hohen Gefahrenpotential. Dazu zählen:

- extreme Gewalttaten, wie beispielsweise Amok- und Terrorlagen,
- die Androhung von Gewalttaten, zum Beispiel Bombendrohungen sowie
- die Warnung vor zum Beispiel gefährlichen Straftätern, nach denen öffentlich gefahndet wird und von denen eine Gefahr für die Bevölkerung ausgeht.

Im Falle einer polizeilichen Warnung werden auch Handlungsempfehlungen angezeigt, die dabei helfen, sich vor den Auswirkungen des Ereignisses zu schützen. Einige dieser Handlungsempfehlungen werden mit Piktogrammen angezeigt, die die Polizei bereits nutzt.

Polizeitipps der Kriminalprävention

Die Zusammenarbeit der Geschäftsstelle des ProPK mit dem BBK begann zur Zeit der Corona-Pandemie. Damals stellte ProPK kriminalpräventive Tipps in dem damaligen Corona-Informationsbereich der Warn-App NINA ein. So wurde gemeinsam mit weiteren Partnern des BBK ein wichtiger Beitrag zur Information der Bevölkerung geleistet.



Die Bereiche Aktuelle Informationen, Einbruchsschutz, Taschendiebstahl, Zivilcourage im Alltag und Opferschutzhinweise für Betroffene von Straftaten können einzeln abonniert werden. (Quelle: BBK)

In dem neu eingerichteten Themenbereich Polizeitipps stellt das ProPK zukünftig in eigener Verantwortung Informationen über Kriminalitätsphänomene, Hinweise für Opfer von Straftaten und praktische Tipps für mehr Sicherheit im Alltag zur Verfügung. Wer zu einzelnen Polizeitipps aus diesem Themenbereich informiert bleiben möchte, kann hier die Push-Funktion aktivieren.

Der polizeiliche Präventions- und Warnbereich steht ab Sommer 2025 zur Verfügung. In der Warn-App NINA werden die Informationsbereiche Notfalltipps und Polizeitipps dann unter dem neuen Navigationspunkt Themen zu finden sein.

Mit der Integration der Polizeien der Bundesländer, des BKA und des ProPK in die Warn-App NINA wird der eingeschlagene kooperative Weg für eine intensivere Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der Warnung und Information der Bevölkerung in Deutschland fortgesetzt. Das BBK bündelt mit der Erweiterung seines Angebots den Service für die Bevölkerung in einer App und führt die Belange des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und der Polizei zusammen.

ProPK – Partner des BBK

Die Polizeiliche Kriminalprävention der Bundesländer und des Bundes ist eine Einrichtung aller Polizeibehörden der Bundesländer, des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei und der Deutschen Hochschule der Polizei.

**Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.**



Gemeinsame Ziele der Bund-Länder-Zusammenarbeit sind die Erhöhung der Sicherheit und die Verhinderung von Kriminalität durch Aufklärung der Bevölkerung, von Organisationen sowie Presse und Medien über deren Erscheinungsformen.

Die Schutzempfehlungen berühren alle relevanten Themen der Kriminalprävention, von Betrug über Diebstahl, Einbruch oder Extremismus bis hin zu Gefahren im Internet und Sexualdelikten aber auch den Bereich der Zivilcourage.

**Alle Informationsangebote
finden Nutzerinnen und Nutzer
im Medienangebot unter:**



Sabrina Mohr ist Kriminalbeamtin beim BKA, Erwachsenenbilderin M.A. und seit Juli 2023 für die Umsetzung von PolWarn-Präv im BBK zuständig. Zuvor war sie jahrelang bundesweit im Bereich der Kriminalprävention für Einbruchsschutz tätig, zuletzt beim ProPK. Sie arbeitet nebenberuflich als Dozentin, zertifizierte Mediatorin und Coach im Bereich der Gewaltprävention.

Sicherheit kennt keine Grenzen

Wie MoWaS den grenzüberschreitenden Austausch von Warnmeldungen möglich macht

Daniel Kellner und Karin Scherer



Gefahren und Bedrohungen kennen leider keine Grenzen. Unsere Bemühungen, die Sicherheit der Menschen zu erhöhen, kennen dementsprechend ebenfalls keine Grenzen.

Geprägt durch dieses Bewusstsein schuf das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung¹ in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Referatsgruppe Warndienst des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) sowie den 16 Bundesländern die Möglichkeit, das Modulare Warnsystem (kurz: MoWaS) über die sogenannte MoWaS-Datenschleuse (kurz: MDS) mit anderen internationalen und nationalen Warnsystemen sicher zu verbinden.

Zukünftig wird so der grenzüberschreitende Austausch von Warnmeldungen möglich gemacht. Mit der Anbindung internationaler Warnsysteme an MoWaS wird der Informationsfluss in den Grenzregionen und darüber hinaus entscheidend verbessert. Dies erhöht in der Folge die Sicherheit der dort ansässigen Menschen.

Belgien und Dänemark bereits an MoWaS angeschlossen

Die Warnsysteme der Nachbarstaaten Belgien (BE-Alert) und Dänemark (SIRENEN) konnten bereits an die MDS angeschlossen werden. Ebenso wie beispielsweise die Warnsysteme des Deutschen Wetterdienstes und des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie.

In enger Zusammenarbeit mit Fachverantwortlichen aus Belgien und Dänemark sowie der angrenzenden Bundesländer wurde MoWaS so erweitert, dass Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern

und Schleswig-Holstein sowie das BBK in Zukunft schnell und zuverlässig informiert werden können, sobald in den jeweiligen Nachbarstaaten Belgien und Dänemark eine Warnmeldung ausgesendet wird.

Die Informationen dieser sogenannten externen Warnmeldung werden dann zukünftig ohne zeitlichen Verzug von den jeweiligen Disponentinnen und Disponenten auf Bund-, Länder- und/oder kommunaler Ebene bewertet und bei Bedarf direkt für den Versand einer nationalen beziehungsweise regionalen Warnmeldung verwendet.

Um diesen Zustand herzustellen, werden innerhalb von MoWaS aktuell letzte technische Anpassungen vorgenommen. Daran wird sich zunächst eine interne und weiterhin eine externe Testphase mit den beteiligten Bundesländern und Kommunen anschließen, in der die Prozesse untersucht und gegebenenfalls optimiert werden.

Weiterhin wird geprüft, ob und wie in einem nächsten Schritt Warnmeldungen aus MoWaS heraus sowohl den belgischen als auch den dänischen Behörden und Organisationen mit Warnauftrag zur Verfügung gestellt werden können, um über Gefahren- und Bedrohungsereignisse auf deutscher Seite zu informieren.

Anbindung weiterer Nachbarstaaten geplant

Das EU-geförderte ISF-Projekt ist aktuell im Austausch mit weiteren Nachbarländern und prüft, ob und wie diese an MoWaS angebunden werden können. Langfristiges Ziel ist, in den kommenden Jahren möglichst alle Nachbarländer Deutschlands an MoWas anzuschließen. Als Teil der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärkt eine gut etablierte und funktionierende Kommunikation die Beziehungen und den Zusammenhalt mit den benachbarten Staaten entscheidend. So wird auch die Sicherheit der Menschen in den Grenzregionen maßgeblich erhöht.

¹ Das Projekt wird mit Mitteln des Inneren Sicherheitsfonds (kurz: ISF) der Europäischen Union gefördert.



Zukünftig können Warnmeldungen aus Belgien und Dänemark ohne zeitlichen Verzug in den betreffenden Leitstellen der angrenzenden Bundesländer verarbeitet werden. (Quelle: ISF-Projekt Warnung der Bevölkerung)

Das Modulare Warnsystem

In Deutschland werden Warnmeldungen über das satellitengestützte Modulare Warnsystem verschickt und empfangen. Dieses Netzwerk setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen, den sogenannten Modulen. Deshalb wird es „Modulares Warnsystem“ genannt, abgekürzt MoWaS.

MoWaS wurde vom BBK zu Zivilschutzzwecken entwickelt und aufgebaut. Die Warnung der Bevölkerung vor den „Besonderen Gefahren im Verteidigungsfall“ (Zivilschutz) führt der Bund durch, wobei er sich auf die Warn-Infrastrukturen in den Bundesländern stützt. Diese führen die Zivilschutzwarnungen in seinem Auftrag aus (vgl. § 1 Abs. 2 Ziff. 2 ZSKG). Die Bundesländer sind auf der Grundlage der jeweiligen Landesgesetze für Warnungen im Katastrophenfall (Katastrophenschutz) zuständig, während die Kommunen Warnungen in für die Bevölkerung relevanten Alltagslagen (Brandschutz, technische Hilfeleistung und öffentliche Sicherheit) herausgeben. Auf allen föderalen Ebenen dient das Modulare Warnsystem des Bundes dabei als einheitliche technische Plattform.

Die Übertragung einer Warnmeldung über MoWaS erfolgt via Satellit und redundant kabelgebunden. Das bedeutet, dass bei Ausfall der Satellitenübertragung eine kabelgebundene Übertragung möglich ist und umgekehrt. Diese technische Basis macht das System unempfindlich gegen Störungen.

Im Bund-Länder-Projekt wird MoWaS als zentrales technisches Element im deutschen Warnsystem ausgebaut und weiterentwickelt. So wurden von April 2019 bis Ende 2020 flächendeckend 250 internetbasierte MoWaS-Sende- und Empfangsstationen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene installiert und in Betrieb genommen. Diese ergänzen die satellitengestützten Systeme. Insgesamt gibt es nun mehr als 350 MoWaS-Stationen in ganz Deutschland.

Auch die Schulung der MoWaS-Anwendenden wurde als essentiell wichtig erkannt. Mit der „MoWaS-Academy“ entwickelte das ISF-Projektteam ein neuartiges Schulungssystem, um die Bedienung des Systems zugänglicher und einfacher zu machen.

Das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung

Im Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung arbeiten Bund und Länder gemeinsam daran, die Warnung in Deutschland zu verbessern. Das Projekt hat den Auftrag, Ideen zu entwickeln und umzusetzen, um die Menschen in Deutschland bei Gefahren und in Krisen noch effektiver zu warnen und zu informieren. Dabei werden sowohl technische als auch sozialwissenschaftliche Faktoren und Möglichkeiten identifiziert, erforscht und entwickelt. So wird im Bund-Länder-Projekt das Modulare Warnsystem als zentrales technisches Element im deutschen Warnsystem ausgebaut und weiterentwickelt. Im Fokus der Projektarbeit steht jedoch gleichermaßen auch die sozialwissenschaftliche Komponente in der Warnung, das heißt der Mensch und sein Verhalten im Warnprozess. Das im BBK angesiedelte Projekt wird gefördert durch den Fonds für Innere Sicherheit (Innerer Sicherheitsfonds) der Europäischen Union. Es startete im Oktober 2016, läuft zunächst bis Ende 2025 und wird voraussichtlich bis 2028 verlängert.

Informieren Sie sich auf <https://warnung-der-bevoelkerung.de/> über die Projektarbeit des ISF Bund-Länder-Projekts Warnung der Bevölkerung. Dort finden Sie auch alle im Projekt entstandenen Publikationen und Studien als Download.

Hier geht's zu den weiterführenden Informationen zur Projektarbeit:



Daniel Kellner ist Referent für den Fachbereich MoWaS und Karin Scherer ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung. Das Projekt ist angesiedelt im Referat Grundsatz, Verfahren und Multiplikatoren der Warnung des BBK. ISF-BLP-Warnung@bbk.bund.de

Katastrophenschutz-Leuchttürme in der Praxis

Ergebnisse einer Interviewstudie

Franz Kather, Gesine Hofinger und Cleo Becker

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Ein Ausfall der Stromversorgung auf großer Fläche über einen längeren Zeitraum stellt für die öffentliche Daseinsvorsorge eine Art Maximallage dar. Beinahe alle Prozesse des täglichen Lebens sind ohne Stromversorgung bestenfalls stark eingeschränkt ausführbar und wesentliche Teile der öffentlichen Infrastruktur fallen aus oder sind nur stark begrenzt nutzbar. Verkehr, Kommunikation, Be- und Entwässerung, Lebensmittelbevorratung und -versorgung, Zahlungs- und Finanzverkehr, ... die Liste der betroffenen Bereiche lässt sich nahezu beliebig weiterführen.

So ist damit zu rechnen, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (kurz: BOS) gerade in den Anfangsphasen eines längeren Stromausfalls vor Schwierigkeiten in der Priorisierung und Bewältigung eines erhöhten Anfragenaufkommens stehen. Darüber hinaus verstärkt ein länger anhaltender Stromausfall eine Reihe von spezifischen Vulnerabilitäts-Faktoren: beispielsweise sind medizinisch und pflegerisch Langzeitbetreute in nicht stationären Kontexten häufig nicht auf ein solches Szenario vorbereitet. Auch die psychosoziale Verfasstheit der Menschen ist bei einer so umfassenden Veränderung besonders strapaziert. Es ist mit erhöhten Informationsbedürfnissen und unterschiedlichsten Hilfebedarfen zu rechnen. Andererseits zeigt sich in Befragungen zu diesem Szenario, dass die meisten Menschen eine große Bereitschaft an den Tag legen, andere zu unterstützen, sich aktiv in die Schadensbewältigung einzubringen und ihre Fähigkeiten anzubieten, sofern sie hierzu die Möglichkeit haben (Ohder, Röpcke, Sticher, Geißler & Schweer, 2014).

Um in einer solchen komplexen Lage zum einen als Akteure des Katastrophenschutzes handlungsfähig zu bleiben und zum anderen Wege zu finden, eine solche Handlungsfähigkeit auch jenseits der BOS in der betroffenen Bevölkerung zu fördern, wurde 2012–2015 in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (kurz: BMBF) geförderten Forschungsprojekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für

die Bevölkerung in Krisensituationen“ das System der Katastrophenschutz-Leuchttürme (im Folgenden Kat-L) entwickelt und erprobt („Berliner Modell-Konzept“; Berliner Feuerwehr, Bereich Forschungsprojekte, 2015). Diese sind als dezentrale, wohnortnahe, notstromgesicherte Anlaufstellen konzipiert, die durch ein unabhängiges Kommunikationssystem an die BOS-Funkstrukturen angebunden sind. Hierdurch werden einerseits die Weitergabe von Notrufen und die Streuung von Lageinformationen ermöglicht, andererseits sind rudimentäre Versorgungsleistungen wie Erste Hilfe, die Kühlung überlebenswichtiger Medikamente oder das Erwärmen von Säuglingsnahrung vorgesehen. Das Berliner Modell-Konzept sieht die Einrichtung solcher Kat-L in Gebäuden von Bezirksverwaltungen und anderen kommunalen Zentren vor. Unterstützt durch die Möglichkeit der Einrichtung mobiler Kat-L in Feuerwehrfahrzeugen und zusätzlich flankiert durch die Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte (Kat-I) stellen sie eine basale Informations- und Kommunikationsschnittstelle zwischen Verwaltung, Krisenmanagement und Bevölkerung dar. Der freiwillige und eigenständige Betrieb der Kat-I durch geschulte Koordinatorinnen und Koordinatoren in Zusammenarbeit mit engagierten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den einzelnen Quartieren sowie freiwilligen Helfenden ermöglicht zudem eine soziostrukturelle Verankerung des Systems. Hierfür ist jedoch eine längerfristige Etablierung der Kat-L-Strukturen und Netzwerke von Helfenden auch jenseits akuter Katastrophenlagen vonnöten. Ein solches System fußt auf einer dauerhaften Interaktion mit und Einbindung von Bevölkerungsgruppen in ein integriertes und bevölkerungsnahes Risikomanagement im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft im Katastrophenschutz (Zehner et al., 2022).

Nach seiner Entwicklung und Erprobung fristete das System der Kat-L für einige Zeit jenseits einzelner Umsetzungsprojekte eher ein „Nischen-Dasein“. Durch die verstärkte Plausibilität einer möglichen Energiemangel-lage hat sich jedoch seit 2022 bundesweit eine große Zahl

von Katastrophenschutz-Behörden für die Einrichtung von Kat-L oder vergleichbarer Konzepte entschieden. Da landes- und ortsspezifisch unterschiedliche Voraussetzungen und rechtliche Rahmungen gelten, wurde das Konzept wohnortnaher Anlaufstellen während eines länger andauernden Stromausfalls mit unterschiedlicher Detailtiefe und verschiedenen Anpassungen ausdifferenziert. Es gibt bislang jenseits des Basiskonzepts wenig Forschung zu den Kat-L, auch sind nur vereinzelte Erfahrungsberichte publiziert (Reuber, 2024; Schedel, 2023).

Beschreibung der Untersuchung

Um vor dem Hintergrund heterogener Planungen und Erfahrungen Erkenntnisse zur Implementierung von Kat-L zu erfassen, wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) 2024 eine explorative Interviewstudie beauftragt (Kather, Becker, Hofinger & Fried, 2025).

In 38 Interviews mit Planungsverantwortlichen und an der Umsetzung beteiligten Personen in 13 Bundesländern wurden die folgenden grundlegenden Fragestellungen untersucht:

- Welche Formen nehmen die konkreten Umsetzungen der Kat-L an?
- Wie wird die Bevölkerung miteinbezogen?
- Welche Probleme stellen sich bei dieser Umsetzung? Welche Lösungen wurden gefunden? Lassen sich auf Basis dieser Erhebung tragfähige Lösungen und Empfehlungen identifizieren?

Um sich diesen Fragestellungen zu nähern, wurden die rechtliche und organisationale Einbindung (auch in Konzepte zur Warnung der Bevölkerung), die konkrete Ausgestaltung mit Blick auf Örtlichkeiten, Leistungen und Personal, die interne und externe Kommunikation, sowie bereits bestehende Erfahrungen aus der Praxis und Tipps, Hinweise aber auch zentrale Schwierigkeiten erfragt. Der Fokus der Befragung lag auf sozialwissenschaftlichen Aspekten. Abbildung 1 fasst Projektziele, Fragestellungen und Methoden im Überblick zusammen.

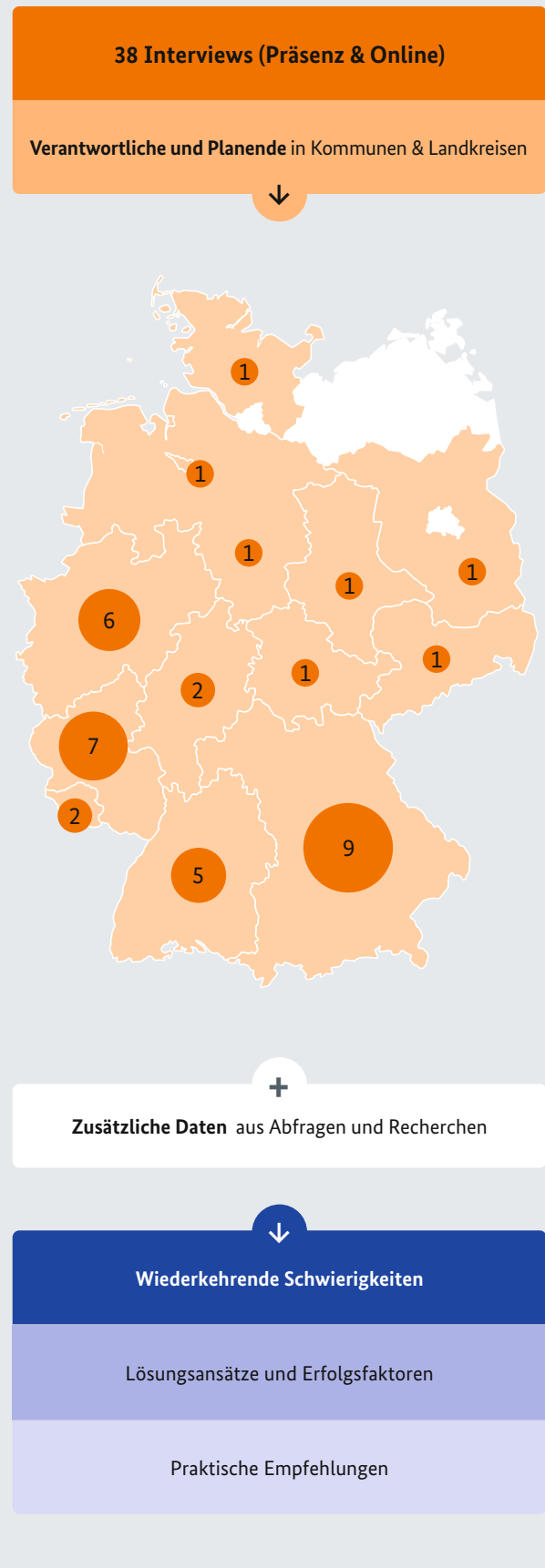
Der detaillierte Forschungsbericht (Kather et al., 2025) wird auf den Seiten des BBK bereitgestellt. Im Folgenden werden einige wesentliche Einblicke zusammengefasst.

Zum detaillierten Forschungsbericht
auf den Seiten des BBK:



Durchführung und Auswertung der Interviews aus sozialwissenschaftlicher Perspektive

Abbildung 1. (Quelle: eigene Darstellung)



Formenvielfalt: Örtlichkeiten von Kat-L o. Ä.

Abbildung 3: Nutzung von Feuerwehrrhäusern. (Quelle: eigene Darstellung)

(Verschiedene) Einrichtungen, aber keine Feuerwehrrhäuser

17

Mischung aus verschiedenen Einrichtungen unter Einbezug der Feuerwehrrhäuser

18

Nur Feuerwehrrhäuser

9

Abbildung 4 zeigt die Systematisierung einer Bund-Länder offenen Arbeitsgruppe (kurz: BLoAG), die zum Zweck einer einheitlichen Ausweisung und Beschilderung der Kat-L o. Ä. ein Logo und leistungsspezifische Icons verabschiedet hat. Diese zeigen mögliche Leistungen.



Abbildung 4: Logo und Icons zur Ausschilderung und Kennzeichnung von Kat-L o. Ä. (Quelle: BLoAG Katastrophenschutz-Leuchttürme)

Einbindung der Bevölkerung

Die im Basiskonzept vorgesehene Einbindung von Freiwilligen aus den jeweiligen Quartieren und Wohnumfeldern in den Betrieb der Kat-L o. Ä. (wie im Berliner Modell-Konzept vorgesehen) wurde von den Befragten weitgehend nicht beachtet. Dies weist auf eine nach wie vor vorhandene Skepsis bezüglich der Selbsthilfefähigkeit und Hilfsbereitschaft von Menschen in Krisenlagen insgesamt hin, gegen die in der Katastrophenforschung seit langem andiskutiert wird. Diese zeigt sich auch in den nicht selten formulierten Sorgen davor, „überannt“ zu werden oder sich allzu großer Leistungsansprüche erwehren zu müssen: Bevölkerung wird hier bisweilen

als antagonistisch wahrgenommen, nicht als Partnerinnen und Partner in der Gefahrenabwehr mit Motivation und eigenen Kapazitäten. Diese antizipierte Anspruchshaltung auf Seiten Betroffener spielt darüber hinaus auch in die Festlegung des Leistungsumfanges der Kat-L o. Ä. hinein. So zeigte sich einerseits, dass die Koordination von Hilfesuchen und Angeboten unterhalb der Notrufschwelle nur selten eine tragende Rolle im Konzept darstellte. Zwar wurden Koordinationskonzepte in Form von Schwarzen Brettern und vergleichbarem sowie vorgeplante Kooperationen mit örtlichen Unternehmen und Vereinen durchaus benannt – diese aber insbesondere zur Abfederung antizipierter öffentlicher Versorgungsbedürfnisse durch die öffentlichen Einrichtungen eingeplant. Andererseits wurde oftmals diskutiert, welche Leistungen von Seiten der Behörden nicht leistbar und daher bereits im Vorfeld kommunikativ abzuwenden seien.

Hindernisse, Erfolgsfaktoren und einige Empfehlungen

Trotz der großen Spannweite der Umsetzungsformen lassen sich aus den Befragungen einige grundlegende Gemeinsamkeiten einer erfolgreichen Planung ableiten. So wurden mit großer Einhelligkeit einige wesentliche Faktoren als ausschlaggebend für Erfolg oder Schwierigkeit in der Umsetzung benannt:

Erfolgreiche Etablierung der Kat-L o. Ä. gelang, wo ein Zusammenspiel aus einschlägiger Expertise und bestehendem Fachwissen im Bevölkerungsschutz mit politischem Rückhalt den Ressourcen-Spielraum eingeräumt bekam, im Rahmen längerfristiger Stellenkontingente Kooperationen aufzubauen, Austausch mit anderen Akteuren zu suchen, und auf Basis hinreichend konkreter Ziele und bestehender Vorgaben oder Standards Lösungen mit der nötigen Flexibilität finden zu können.

In der Studie fanden sich nur wenige der Befragten in einer Position, in der diese Faktoren alle zusammentrafen und sich fachliche Kreativität auf der Basis einer guten Ausstattung und hoher politischer Priorisierung voll entfalten konnte. In verschiedenen Konstellationen lassen sich aus dem Wegfall solcher Faktoren Schwierigkeiten in der Umsetzung ableiten. Fehlen finanzielle Mittel, Personal und logistischer Bestand, sind Planende deutlich stärker auf kreative Lösungen und Improvisation, auf die Nutzung bestehender Pläne und den Einbezug anderer Elemente der öffentlichen Infrastruktur und die örtliche Kooperativität angewiesen. Fehlen an diesen Stellen einschlägige Expertise und Erfahrung, aber auch professionelle und fachliche Netzwerke, um eine solche Planung auch unter erschwerten Ressourcenbedingungen oder bei fehlender politischer Priorisierung durchzuführen, ist die Aufgabe zusätzlich erschwert. Wenngleich sich hier eine bemerkbare Kreativität und pragmatische Blickweise auf Machbares zeigt, wurde gerade in kleineren Kommunen unter solchen Bedingungen oftmals der Bedarf an klaren, einheitlichen Verfahrensvorgaben und Planungshilfen geäußert. Gleichmaßen wurde vielfach der Wunsch nach einem verbindlicheren Rechtsrahmen geäußert, um eine Umsetzung bei bestehenden Angeboten durchsetzen zu können.

Auf dem Spektrum zwischen diesen Polen, auf dem sich die größte Zahl der Befragten bewegt und ihren eigenen Spielraum gestaltet, illustrieren zahlreiche individuellen Lösungsbeispiele und Umsetzungsformen den Bedarf nach verstärktem fachlichem Austausch mit dem Ziel der systematischeren Institutionalisierung der Kat-L und vergleichbaren Konzepten. Generelle Empfehlungen sind schwer aus dieser Vielfalt abzuleiten. Einige lassen sich mit Blick auf wiederkehrende Themenschwerpunkte der Befragung, aber auch mit Blick auf

das Berliner Modell-Konzept identifizieren. Abbildung 5 fasst immer wieder genannte zentrale Themen der Befragungen schlagwortartig zusammen.

Allgemeine Empfehlungen und deren beispielhafte Erläuterung

Die Planung sollte nicht zu isoliert, nicht „insulär“ vorgenommen werden. Es lohnt, darüber nachzudenken, wie einerseits bestehende Regelungen, Ressourcen, Planungsbestände und Infrastruktur aus dem Katastrophenschutz, aber auch anderen Bereichen der Verwaltung eingebunden werden können. Andererseits bietet es sich an, Kat-L o. Ä. in einer umfassenden Planung im Katastrophenschutz, aber auch allgemeiner in der kommunalen Planung einzubetten. Die Ausweitung der Einsatzszenarien über den Stromausfall hinaus und eine breitere Etablierung als Schnittstelle zur Kommunikation mit der Bevölkerung lässt sich im besten Fall mit einer Vermeidung von parallelen Planungen und Anschaffungen verbinden.

Dabei ist etwa an eine modulare Aufstellung zu denken, die es ermöglicht, bestimmte Fähigkeiten und Leistungen örtlich und zeitlich begrenzt bedarfsgerecht alarmieren zu können, um nicht dauerhaft Personal und Einsatzmittel in der Fläche für jede Einrichtung bereitstellen zu müssen. Vergleichbar können unterschiedliche Stufen für die Alarmierung definiert und entweder als separate Einrichtungen aufgerufen oder an bestehenden Einrichtungen zusätzlich aufgerufen werden.

Eine umfassendere Einbindung in die kommunale Planung kann auch im Sinne einer tiefergreifenden Einbindung von und Verankerung bei der örtlichen Bevölkerung bewirkt werden. Der frühzeitige und systematische Einbezug von Freiwilligen auch im Planungsprozess wurde von den Befragten zwar nur selten in Betracht gezogen. Wo dies der Fall war, wurde jedoch positiv von Interesse und Beteiligung berichtet. Auch hierin bietet sich eine Chance, Katastrophenschutz in einem umfassenderen Sinne an die öffentliche Kommunikation und Partizipation anzubinden und in einem längerfristigen Prozess sozialer Resilienzsteigerung mitwirken zu können. Zugleich lassen sich so Zusatzbelastungen von ohnehin in dieser Situation stark belasteten BOS vermeiden.

An eine solche partizipativere Form der Katastrophenvorsorge schließt die Empfehlung an, Vorannahmen zum Verhalten in und nach Krisensituationen kritisch zu prüfen und sich nicht von nach wie vor weit verbreiteten Befürchtungen vor fordernden, unselbstständigen und egoistischen Menschenmengen in eine defensive Planung und zurückhaltende Öffentlichkeitskommunikation drängen zu lassen.

Allgemeine Empfehlungen

Politischen Rückhalt geben

Rechtliche Klarheit schaffen

Planung durch Vorgaben und Vorlagen erleichtern

Austausch, Kooperation mit anderen

Mehrfachnutzung von Ressourcen

Personelle/finanzielle Ressourcen bereitstellen

Abbildung 5: Allgemeine Empfehlungen und weiterführende Themen zu Kat-L o. Ä. (Quelle: eigene Darstellung)

Abschließende Betrachtungen

Als ein erster Versuch, die Bandbreite der Umsetzungen von Kat-L o. Ä. abzubilden und Erfolgsfaktoren hierfür zu erfassen, kann diese Untersuchung keine Vollständigkeit oder Repräsentativität beanspruchen. Sie bildet einen Ausschnitt eines sehr dynamischen Praxisfeldes ab. Die befragten Gebietskörperschaften waren häufig erst in der Planungsphase. Auch bereits etablierte Kat-L o. Ä. wurden bislang kaum eingesetzt. Daher sind die aus der Untersuchung abgeleiteten Empfehlungen vorrangig auf Planung und Etablierung bezogen. Dass sich die meisten der geschilderten Erfahrungen auf die Planung und Einrichtung, nicht aber auf den Einsatz beziehen, war für die hier vorgestellte Studie eine Limitation. Andererseits bedeutet dies auch: langanhaltende, großflächige Stromausfälle sind bislang kein häufiges Ereignis.

Abschließend sollen zwei Bereiche benannt werden, die weiterer Konzepte, Umsetzungen und wissenschaftlicher Begleitung bedürfen:

1. Wie können die häufig geäußerten Wünsche nach einheitlichen Regelungen, koordinierter Umsetzung und „einsteigerfreundlichen“ Planungsvorlagen so umgesetzt werden, dass sie in verschiedenen Kontexten anwendbar sind und lokale Ressourcen und Besonderheiten berücksichtigt werden?
2. Wie kann die Verbindung von Bevölkerungsschutz und lokalen Gemeinschaften so gelingen, dass die Katastrophenschutz-Leuchttürme die Resilienz und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken?

LITERATUR

Berliner Feuerwehr, Bereich Forschungsprojekte (Hrsg.). (2015). Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen – ein Forschungsprojekt (Forschung für die zivile Sicherheit). Berlin: Berliner Feuerwehr, Bereich Forschungsprojekte.

Kather, F., Becker, C., Hofinger, G. & Fried, F. (2025). Katastrophenschutz-Leuchttürme: Erfahrungen, „Good Practice“ und Hindernisse in der Umsetzung des Basis-Konzeptes „Katastrophenschutz-Leuchttürme“ unter Berücksichtigung ihrer Verortung im Warnsystem. BBK.

Ohder, C., Röpcke, J., Sticher, B., Geißler, S. & Schweer, B. (2014). Hilfebedarf und Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall: Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken. Forschungsbericht im Projekt KatLeuchttürme. Berlin.

Reuber, W. (2024). Praktische Erprobung des Einsatzplanes für die Bewältigung eines möglichen Blackouts im Hochtaunuskreis. Einbindung aller Kommunen und Einrichtungen bei einer Vollübung. BrandSchutz, 78(4), 238–244.

Schedel, J. (2023). Katastrophenschutz-Leuchttürme. Vom abstrakten Begriff zum gebrauchstauglichen Konzept. brandwacht, 2023(4), 164–167.

Zehner, L., Fuchs, U., Lindemann, A.-K., Jungnickel, K., Schulze, A. & Böhl, G.-F. (2022). Risikokommunikation: Ein Handbuch für die Praxis. (Bundesinstitut für Risikobewertung & Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Hrsg.) (Stand: Februar 2022, 1. Version.). Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Franz Kather ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Team HF und befasst sich in qualitativer Forschung und aus Perspektive der Kultur- und Sozialwissenschaften im Schwerpunkt mit den Themen Stabsarbeit und Krisenmanagement. Gesine Hofinger forscht, lehrt und berät zu sozialwissenschaftlichen Aspekten des Bevölkerungsschutzes in ihren Funktionen Professorin für Psychologie im Bevölkerungsschutz an der Akkon Hochschule Berlin und als Partnerin von Team HF Human Factors Forschung Beratung Training. Cleo Becker ist freie wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Team HF in verschiedenen Forschungsprojekten zu Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement.

Teil 3: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021

Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV: Gruppendiskussionen mit Betroffenen und Einsatzkräften

Marvin Kubitza, Lars Tutt, Francesca Müller, Samuel Tomczyk und Frank Fiedrich

Die Flutkatastrophe 2021 in Deutschland führte zu einer außergewöhnlichen Belastungssituation für Einsatzkräfte, Betroffene und Spontanhelfende. Besonders im stark betroffenen Kreis Euskirchen waren viele Einsatzkräfte nicht nur durch die hohe Einsatzdichte, sondern auch durch eigene Betroffenheit gefordert. In diesem Kontext spielte die Psychosoziale Notfallversorgung (kurz: PSNV), als „Gesamtstruktur und [...] Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen beziehungsweise Einsatzsituationen“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [BBK], 2013) eine wichtige Rolle. Die Angebote der PSNV wurden allerdings individuell sehr unterschiedlich beurteilt und genutzt.

Um diese komplexe Situation näher zu beleuchten, wurde die Studie „FLUTPerspektive PSNV“ durchgeführt. Die Studie untersuchte die Sichtweisen von Betroffenen, Einsatzkräften und Spontanhelfenden auf Belastungen, verfügbare Ressourcen und die Bedeutung sozialer Medien während der Katastrophensituation. Basierend auf einer offenen Webumfrage (Teil I, Bevölkerungsschutz-Ausgabe 1/2024), Interviews (Teil II, Bevölkerungsschutz-Ausgabe 1/2024) sowie Gruppendiskussionen in Kooperation mit dem Kreis Euskirchen konnten wichtige Erkenntnisse zu Belastungsfaktoren, Einflussfaktoren auf das Stressempfinden und regionalen Unterschieden in der Bekanntheit der PSNV gewonnen werden.

Die Studie ist Teil des vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) geförderten Forschungsprojekts „Systematische Analyse der Kommunikation in sozialen Medien zur Anfertigung Psychosozialer Lagebilder in Krisen und Katastrophen“ (kurz: #sosmap). Die Ergebnisse der Studie liefern wichtige Einblicke in die psychosozialen Dynamiken während und nach der Flutkatastrophe und können zur Verbesserung zukünftiger Krisenbewältigungsstrategien beitragen.

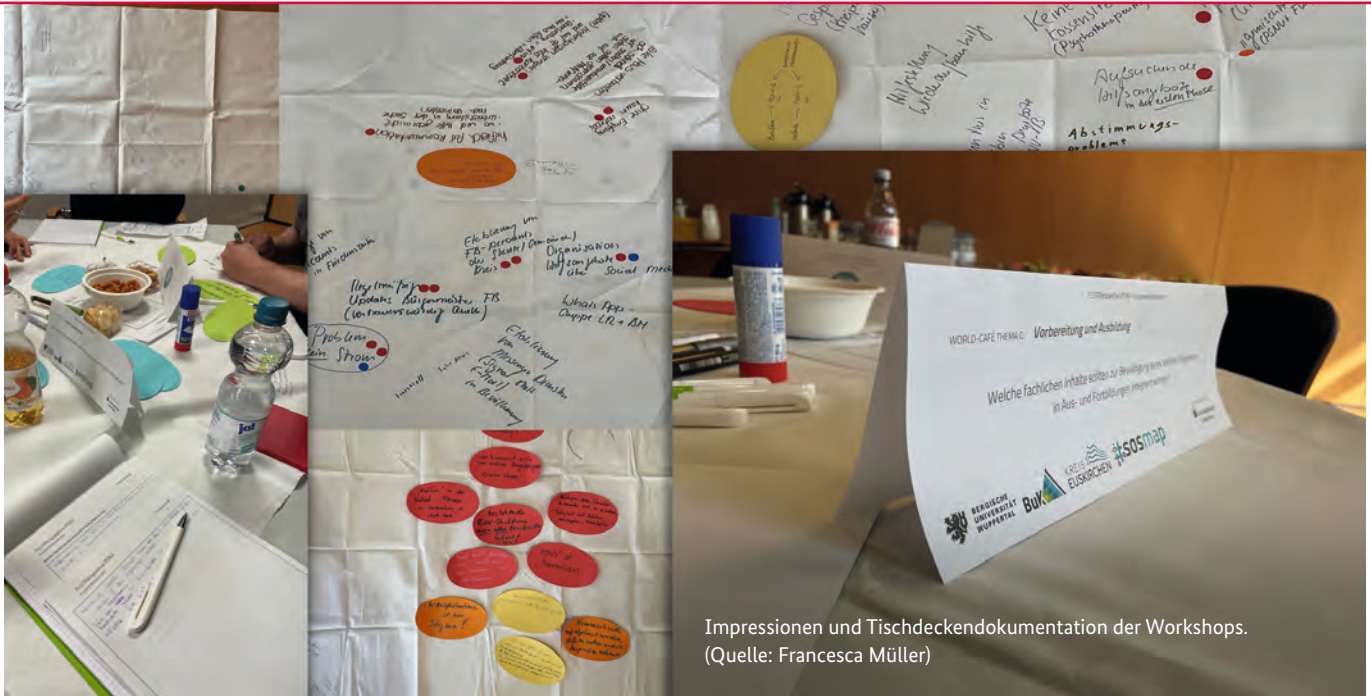
#sosmap, weitere Infos unter sosmap.info



Hintergrundinformationen: Flutkatastrophe 2021

Die Flutkatastrophe im Juli 2021 war ein verheerendes Ereignis, das weite Teile Europas betraf. Ausgelöst durch das Tiefdruckgebiet Bernd führten außergewöhnlich starke und anhaltende Regenfälle zu massiven Überschwemmungen in mehreren Ländern, darunter Deutschland, Belgien, die Niederlande und Luxemburg.

In Deutschland waren die Auswirkungen besonders gravierend. Neben der Zerstörung von Infrastruktur und ganzen Siedlungen durch Überschwemmungen und Erdrutsche kam es zu zahlreichen Todesopfern (Junghänel et al., 2021). Allein in Deutschland verloren mehr als 180 Menschen ihr Leben, davon etwa 48 in Nordrhein-Westfalen (Schröder, 2022). Diese Katastrophe stellte dadurch nicht nur die betroffenen Regionen, sondern auch die Einsatzkräfte und Helfenden vor enorme Herausforderungen, sowohl in der akuten Krisenbewältigung als auch in der langfristigen Verarbeitung der Ereignisse.



Impressionen und Tischdeckendokumentation der Workshops.
(Quelle: Francesca Müller)

FLUTPerspektive PSNV: Gruppendiskussionen im Kreis Euskirchen

Zwei Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe 2021 in Deutschland wurde die Studie „FLUTPerspektive PSNV“ durchgeführt. Der Fokus lag dabei auf den wahrgenommenen Belastungen, verfügbaren Ressourcen, psychosozialen Unterstützungsleistungen und der Nutzung sozialer Medien während und nach der Krise.

Nachdem die Ergebnisse der Umfrage sowie Interviews als Teil I und II im Rahmen der Bevölkerungsschutz-Ausgabe 1/2024 ausgeführt wurden, sollen hier die Erkenntnisse der Gruppendiskussionen dargestellt werden, welche ebenfalls als Teil der Studie im April 2023 im Kreis Euskirchen als World Café durchgeführt worden sind. Die World-Café-Methode ermöglicht einen strukturierten aber hinreichend offenen Dialog in einer entspannten Atmosphäre und fördert den Austausch verschiedener Perspektiven (Weidner, 2013).

Die Gruppendiskussionen wurden an drei Terminen durchgeführt, wobei jeweils unterschiedliche Zielgruppen einbezogen wurden:

1. Einsatzkräfte aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (kurz: BOS), die während der Flut 2021 im Kreis Euskirchen im Einsatz waren,
2. Betroffene, die PSNV in Anspruch genommen hatten, davon die Hälfte mit Hilfsorganisationshintergrund, und
3. Einsatzkräfte, die selbst PSNV geleistet hatten. Im Durchschnitt nahmen 14 Personen pro Termin teil.

Die gesammelten Daten wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (1991) ausgewertet. Diese

Methode ermöglicht es, tiefgehende Einblicke in die Erfahrungen und Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen zu gewinnen und komplexe Zusammenhänge zu identifizieren.

Erkenntnisse: Relevanz und Wahrnehmung von sozialen Medien

Während der Flutkatastrophe spielten soziale Medien eine prägende Rolle. In den Gruppendiskussionen stellte sich heraus, dass WhatsApp und Facebook die relevantesten Plattformen waren. Die Nutzungsintensität variierte dabei aus Sicht der Teilnehmenden stark zwischen keiner bis hin zu sehr intensiver Nutzung, was mit unterschiedlicher individueller Relevanz assoziiert war. Dabei zeigte sich nicht nur im Nutzungsverhalten eine große Bandbreite, sondern auch in der Wahrnehmung sozialer Medien während und nach der Katastrophe. Ein bemerkenswerter Aspekt war, dass einzelne Personen oft gleichzeitig positive und negative Sichtweisen auf die Rolle sozialer Medien in der Krisensituation hatten. Diese ambivalente Haltung wurde in den Gruppendiskussionen häufig mit der Phrase „Fluch und Segen“ umschrieben, was die komplexe und vielschichtige Bedeutung dieser Kommunikationskanäle in Krisensituationen unterstreicht.

Einerseits boten soziale Medien wertvolle Möglichkeiten zur Kommunikation und Koordination: Sie ermöglichten die Bildung von Gruppen, in denen Hilfsangebote geteilt, Informationen ausgetauscht und Ressourcen organisiert wurden. Besonders geschätzt wurden offizielle Informationsquellen, die angesichts der Menge an Fehlinformationen als verlässlich galten, sowie die Organisation von Geldspenden, Sachgütern und externer Hilfe, was viele Betroffene positiv berührte.

Andererseits zeigten sich jedoch auch deutliche Schattenseiten: Nicht alle Menschen, insbesondere ältere Menschen, hatten Zugang zu sozialen Medien oder dem Internet. Während der Katastrophe war die Kommunikation oft eingeschränkt, was zu belastender Ungewissheit führte. Bei Wiederherstellung der Verbindungen überwältigte die plötzliche Menge an Daten viele Betroffene. Auch die Unübersichtlichkeit durch die Vielzahl von Kommunikationsplattformen und Kommunikationskanälen sorgte für Überforderung. Die Verbreitung von Gerüchten und Falschinformationen, wie bearbeiteten Bildern oder irreführenden Ankündigungen, führte zu Verwirrung und zusätzlichem Stress. Das Fehlen offizieller Informationen zur Klärung der Situation verschärfte diese Problematik. Darüber hinaus war ein besonders belastender Faktor das Phänomen der „Fluttouristen“, die die Katastrophensituation für Selbstdarstellung in sozialen Medien genutzt haben, ohne einen erkennbaren Beitrag zur Bewältigung der Lage zu leisten. Noch gravierender war die Belastung durch Plünderer, die zusätzliche materielle Schäden verursachten.

In den Gruppendiskussionen wurden Bilder der zerstörten Umgebung, die in (sozialen) Medien präsentiert wurden, als belastend wahrgenommen. Besonders galt dies, wenn Bilder die Zerstörung vertrauter Orte zeigten.

Trotz dieser Herausforderungen wurden soziale Medien auch als stabiles Kommunikationsmedium geschätzt, sofern Zugang bestand. Sie ermöglichten die Vernetzung und den Informationsaustausch in selbstorganisierten Gruppen, was als wichtige Ressource wahrgenommen wurde. Besonders positiv wurden bereits im Vorfeld etablierte offizielle Konten und Profile bewertet, die ein Grundvertrauen genossen und verlässliche Informationen lieferten.

Soziale Medien wurden darüber hinaus von Einsatzkräften als „Bypass“ für dysfunktionale offizielle Kommunikations- und Meldewege genutzt. Auch dienten diese Kommunikationskanäle als wesentliche Quelle für Information über Verkehrswege.

Für die Bevölkerung zeigten sich soziale Medien als hilfreich bei der Suche nach Vermissten und substituierten hier klassische Mechanismen des Katastrophenschutzes – wie Personenauskunftsstellen.

Erkenntnisse: Relevanz und Wahrnehmung von PSNV

Die Untersuchung psychosozialer Bedarfe nach Katastrophen offenbart komplexe Reaktionen der Betroffenen. Ein häufig beobachtetes Phänomen ist die Tendenz der Betroffenen, ihre eigene Situation zu relativieren, indem sie sich mit schwereren Fällen vergleichen (im Rahmen der Studie als „Beanspruchungsdiffusion“ bezeichnet). Dies

beeinflusst maßgeblich ihre Wahrnehmung und Inanspruchnahme von PSNV.

Darüber hinaus zeigt sich der Bedarf an PSNV hochgradig variabel, sowohl in zeitlicher als auch in individueller Hinsicht. In den Diskussionen wurde thematisiert, dass während der akuten Katastrophenphase und den unmittelbaren Aufräumarbeiten die Betroffenen oft nicht über die notwendigen mentalen Kapazitäten verfügten, um Angebote der PSNV wahrzunehmen oder zu nutzen. Interessanterweise lässt sich aus den Diskussionen darüber hinaus ableiten, dass der Bedarf an professioneller Unterstützung typischerweise etwa drei Monate nach dem Ereignis ansteigt, wenn die unmittelbare Krisenbewältigung abklingt und die Betroffenen beginnen, das Erlebte zu verarbeiten.

Die initial bereitgestellten Angebote der PSNV, die überwiegend analog und tagsüber kommuniziert wurden, erreichten aus der Wahrnehmung der Teilnehmenden nicht alle Betroffenen. Viele äußerten rückblickend, dass professionelle Hilfe eher bei abendlichen Zusammenkünften, wie etwa gemeinsamen Lagerfeuern, hilfreich und willkommen gewesen wäre. Diese „geselligen“ Elemente im Rahmen der Katastrophenbewältigung wurden als besonders stärkend hervorgehoben. Das gilt sowohl für Betroffene als auch für Einsatzkräfte. Diese Erkenntnisse unterstreichen die Sinnhaftigkeit, Angebote der PSNV an solchen sozialen Treffpunkten zu unterbreiten. Es wurde gewünscht, dass PSNV keine eigenen Sozialstrukturen aufbaut, sondern sich in bestehende Sozialstrukturen eingliedert. In den Gruppendiskussionen zeigte sich sowohl eine positive Wahrnehmung der eigenen Selbstwirksamkeit bei Aufräum- und Reparaturarbeiten als auch das Gefühl der Betroffenen, sich in Gesprächen mit lokalen PSNV-Kräften besser aufgehoben zu fühlen als bei ortsfremden.

Für Einsatzkräfte existieren spezialisierte Angebote der PSNV (kurz: PSNV-E), die in den Gruppendiskussionen grundsätzlich als wichtig und wertvoll erachtet wurden. Die Kritik der mitdiskutierenden Teilnehmenden richtete sich dabei weniger gegen das Angebot selbst als vielmehr gegen strukturelle Umsetzungsbarrieren innerhalb der Einheiten. Insbesondere wurde ein mangelndes Verständnis seitens der Führungskräfte für die psychischen Belastungen der Einsatzkräfte hervorgehoben. Zudem wurden Schamgefühle unter Kolleginnen und Kollegen als Hemmnis bei der Inanspruchnahme von Hilfe genannt. Diese Faktoren führten dazu, dass betroffene Einsatzkräfte teilweise Unterstützung außerhalb ihrer eigenen Einheiten suchten, um über ihre Erfahrungen und Beanspruchungen zu sprechen. Dies unterstreicht, dass nicht die PSNV-E als Angebot, sondern vor allem die Einstellung und Unterstützung der Führungskräfte entscheidend für die Akzeptanz und Nutzung ist. Gruppenübergreifend wurde als

Erfahrungen und Meinungen zu sozialen Medien und PSNV aus Sicht von Betroffenen der Flutkatastrophe 2021

Abbildung 3. (Quelle: eigene Darstellung im Rahmen des Forschungsprojekts #sosmap)

Ambivalenz Sozialer Medien	Ambivalenz von PSNV-Angeboten
 - Substitution ausgefallener Kommunikation - Kontakt halten - Koordination von Hilfe - Information	- Anbindung an bestehende Unterstützungssysteme - Gemeinschaftsstärkende „Lagerfeuerabende“
 - Informationsmangel/-überlastung - Falschinformation - Sichtbarkeit von Zerstörung vertrauter Orte - Fluttourismus	- Verhältnisse psychosozialer Bedarfe und Angebote im Zeitverlauf - Stigmatisierung und Scham bei Inanspruchnahme - Negative Konnotation des Begriffs „Psychosozial“ - Fremde PSNV-Kräfte

eine Hürde für die Inanspruchnahme der PSNV die Bezeichnung des Angebots als „psychosozial“ benannt. Die Assoziationen mit diesem Begriff würden „Geisteskrankheit“ und Bedürftigkeit nahelegen und fordern daher in der Wahrnehmung von Betroffenen zur Abgrenzung heraus. Folglich lässt sich hier eine Stigmatisierung vermuten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Flutkatastrophe 2021 war für viele ein prägendes Ereignis, mit dessen physischen, psychischen und materiellen Folgen sie auch zwei Jahre später weiterhin konfrontiert sind. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus der Webumfrage und den Interviews (Teil I und II) lassen sich in diesem dritten Teil des Praxistransfers folgende Punkte aus den Gruppendiskussion im Rahmen der Studie FLUTPerspektive PSNV zusammenfassen:

- Soziale Medien nehmen in Katastrophensituationen eine ambivalente Rolle ein und werden gleichzeitig als hilfreich und herausfordernd wahrgenommen. Primär dienen sie als Ressource zur Gruppenorganisation, Koordination von Hilfsgütern sowie zur Kommunikation mit dem persönlichen Umfeld.
- Sowohl Informationsmangel als auch -überfluss können in Krisensituationen Stressreaktionen auslösen. Betroffene sind oft unsicher bezüglich der Vertrauenswürdigkeit von Informationsquellen, wobei potenzielle

Falschmeldungen zusätzlichen Stress verursachen können.

- Die Inanspruchnahme von PSNV erfolgt sowohl durch die allgemeine Bevölkerung als auch durch Einsatzkräfte. Der Bedarf an PSNV und psychosozialer Versorgung lässt basierend auf den Gruppendiskussionen eine zeitliche Dynamik vermuten: Während der Bedarf in zeitlicher Nähe zur Katastrophe gering ist, steigt er etwa drei Monate später signifikant an, wenn Betroffene beginnen, das Erlebte zu verarbeiten und akut notwendige physische Tätigkeiten geringer werden. Hier ist eine gute Abstimmung der Versorgungsleistungen erforderlich.
- Es bestehen weiterhin Hürden bei der Inanspruchnahme von Angeboten der PSNV, was auf Optimierungspotenzial in der Zugänglichkeit und Akzeptanz dieser Dienste hinweist.

Aus diesen Punkten lassen sich einige Praxisempfehlungen mit Blick auf die psychosoziale Lage in Katastrophen ableiten:

Soziale Medien können eine stabilisierende Funktion haben, wenn offizielle Absender (Verwaltung, Feuerwehr, Hilfsorganisationen) verlässliche Informationen über diese Kanäle liefern und Falschinformationen damit möglichst wenig Raum lassen. Insbesondere wurde von Betroffenen die ehrliche Kommunikation von einzelnen

Verantwortungstragenden gelobt, die die Kommunikation aufrechterhalten haben. Wichtig ist, im Vorfeld einer Katastrophe Nutzende bereits auf diese Kanäle zu lenken oder zumindest hinzuweisen, sodass Bewusstsein über die Vertrauenswürdigkeit eines Kanals hergestellt werden kann. Dabei stellt die Erreichbarkeit offizieller Internetseiten einen wesentlichen Faktor dar, sodass der Aufbau resilienter Strukturen, die auch bei einem regionalen Ausfall der Infrastruktur funktionsfähig bleiben, notwendig erscheint.

Mit Blick auf entlastende Aspekte zeigen die Gruppendiskussionen die besondere Relevanz einiger der fünf Elemente, die Hobfoll (2002) als stärkend in der akuten Krisenbewältigung identifiziert hat: Sowohl für Einsatzkräfte als auch für Betroffene, waren abendliche Zusammenkünfte ein positiver Faktor (Element: Verbundenheit fördern). Aufgabe der PSNV sollte es daher sein, Orte und Gelegenheiten für solche Zusammenkünfte zu organisieren und zu kommunizieren. Gleichzeitig bieten sie geeignete Orte um Angebote der PSNV niederschwellig zu unterbreiten. Ein wesentlicher weiterer Faktor ist die Selbstwirksamkeit, die Betroffene beim Aufräumen und Wiederherstellen ihres Umfeldes erleben können. Solche Aktivitäten sollten unterstützt und durch PSNV begleitet werden, um mögliche Belastungen währenddessen aufzufangen zu können. Wenn es Menschen nicht möglich ist, an diesen Aktivitäten teilzuhaben (zum Beispiel aufgrund ihres Gesundheitszustands), sollte PSNV mit Betroffenen gemeinsam überlegen, wie dennoch Selbstwirksamkeit gestärkt werden kann. Auch das Erleben von Sicherheit hat herausragende Bedeutung. Insbesondere zeigt sich dies an der hohen Belastung, die Verunsicherung durch Falschinformationen verursacht hat. Hieraus lässt sich ableiten, dass die Vermittlung von Sicherheit durch eine verlässliche und präzise Darstellung der Situation eine zentrale Aufgabe der Krisenkommunikation als Handlungsfeld des psychosozialen Krisenmanagements darstellt. Dadurch kann eine Grundlage für die Sicherheitsvermittlung im Rahmen der PSNV geschaffen werden.

Organisatorisch weist die Arbeit in den Fokusgruppen darauf hin, dass Angebote der PSNV so zu planen sind, dass in der akuten Phase arbeitsbegleitende Angebote gemacht werden (zum Beispiel bei abendlichen Zusammenkünften) und vor allem nach einer ersten mehrwöchigen oder mehrmonatigen Phase der Betriebsamkeit von Betroffenen, mittel- und langfristig ausreichend Betreuungsangebote vorgehalten und kommuniziert werden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass ein effektiver PSNV-Ansatz langfristig angelegt und niedrigschwellig sein muss. Er sollte die individuellen Bedarfe und zeitlichen Dynamiken der Betroffenen berücksichtigen und gleichzeitig eine klare Struktur und verbesserte Kommunikation der Angebote bieten.

LITERATUR

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.). (2013). Praxis im Bevölkerungsschutz: Bd. 7. Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien: Teil I und II (4. Aufl., Stand 09.2013). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-07-psnv-qualitaet-stand-leitlinien-teil-1-2.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Hobfoll, S. E. (2002). Social and Psychological Resources and Adaptation. *Review of General Psychology*, 6(4), 307–324. <https://doi.org/10.1037/1089-2680.6.4.307>

Junghänel, T., Bissolli, P., Daßler, J., Fleckenstein, R., Imbery, F., Janssen, W., Kaspar, F., Lengfeld, K., Leppelt, T., Rauthe, M., Rauthe-Schöch, A., Rocek, M. Walawender, E. & Weigl, E. (2021). Hydro-klimatologische Einordnung der Stark- und Dauerniederschläge in Teilen Deutschlands im Zusammenhang mit dem Tiefdruckgebiet „Bernd“ vom 12. bis 19. Juli 2021.

Mayring, P. (1991). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick (Hrsg.), *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 209–213). Psychologie-Verl.-Union. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/3727/1/ssoar-1991-mayring-qualitative_inhaltsanalyse.pdf

Schröder, L. (2022). Die Flutkatastrophe 2021: Ein Protokoll. <https://www.ardmediathek.de/video/heimatflimmern/die-flutkatastrophe-2021-ein-protokoll/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWEyNjg1MDEwLWZhZmYtNDUyOS1hNDgwLTI3YmU1ZjNmNDAYZg>

Weidner, C. (2013). Let's do IT: Business-IT-Alignment im Dialog erreichen. Xpert.press. Springer Vieweg.

Marvin Kubitz, Francesca Müller und Frank Fiedrich arbeiten an der Bergischen Universität Wuppertal im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit. Samuel Tomczyk ist Juniorprofessor für Digital Health and Prevention an der Universität Greifswald. Lars Tutt lehrt an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



Ein starker Partner im Bevölkerungsschutz

Der Copernicus Emergency Management Service

Marie-Luise Kautz

Das Copernicus-Programm

Copernicus ist das Erdbeobachtungsprogramm der Europäischen Union. Das Programm liefert Daten über die Umwelt sowie den Zustand des Planeten und ist vielseitig einsetzbar. Die Erdbeobachtungsdaten des Programms werden überwiegend von den Sentinel-Satelliten der Europäischen Weltraumorganisation (engl.: European Space Agency, kurz: ESA) und In-situ-Daten (Bodensensoren) erfasst. Die Sentinel-Satelliten wurden und werden eigens für die Bedarfe des Copernicus-Programms entwickelt und werden durch weitere staatliche sowie kommerzielle Satellitenmissionen von sogenannten beitragenden Missionen (engl.: contributing missions) ergänzt. Mit dem Sentinel-1A startete im Jahr 2014 die Datenerhebung aus dem All und seither werden die aufgezeichneten Daten beim Überflug einer Bodenstation an die Erde geschickt, dort weiterverarbeitet und im Anschluss archiviert. Die Copernicus-Daten werden der Öffentlichkeit über Webseiten (siehe weiterführende Links am Ende des Artikels) kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Das Copernicus-Programm ist in sechs thematische Dienste unterteilt:

- Meeresumwelt
- Klima
- Atmosphäre
- Krisen- und Katastrophenmanagement
- Sicherheit
- Landmonitoring

Jeder dieser Dienste verarbeitet und analysiert die gesammelten Satelliten- und In-situ-Daten fachspezifisch, um

beispielsweise Trends und Veränderungen zu detektieren und themenspezifische Kartenprodukte abzuleiten. Deutschland wird für diese sechs Dienste jeweils durch eine nationale Kontaktstelle vertreten. Die Fachkoordinatoren der Kontaktstellen beraten die Fachanwender der Dienste, erheben deren Bedarfe und vertreten diese in nationalen und internationalen Gremien zur Weiterentwicklung der Dienste.

Für den Copernicus-Dienst des Katastrophen- und Krisenmanagements (engl.: Copernicus Emergency Management Service, kurz: CEMS) ist die nationale Kontaktstelle im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) angesiedelt. Der CEMS stellt qualitätsgesichert für alle Akteure im Bevölkerungsschutz raumbezogene Analysen und Mehrwertprodukte bei Großschadenslagen im In- und Ausland bereit.

Das Standardportfolio des Copernicus Emergency Management Service analysiert Satellitenbilder während Naturkatastrophen, wie zum Beispiel bei Hochwasser, Waldbränden, oder Erdbeben, aber auch bei humanitären Krisen. Ziel der Analysen ist es eine Einschätzung über das Ausmaß der betroffenen Bereiche sowie mögliche Schäden zu erhalten. Das Portfolio beinhaltet auch das Erstellen von Referenzkarten vor dem Ereignis, oder das Monitoring von Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Ereignis. In der Natur der Sache unterliegen Satellitenbildaufnahmen physikalisch-technischen Limitationen, welche Einfluss auf die Nutzung der Daten für gewisse Ereignisse hat. Sie sind zum Beispiel an ihre Umlaufbahn gebunden, deshalb sind weder Echtzeitinformationen noch Ereignisse mit sofortigem Bedarf (Minuten bis wenige Stunden) mit Fernerkundungsinformationen abbildbar. Satellitenbilder sind auch für sehr

kleinräumige Ereignisse, wie zum Beispiel ein Hausbrand, oder kurz andauernde (wenige Stunden) Ereignisse nicht geeignet.

Für wen ist der Copernicus EMS?

Die abgeleiteten Produkte sind vorwiegend an Personen mit Aufgaben in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr adressiert, zum Beispiel:

- Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aller Ebenen
- Feuerwehren
- Hilfsorganisationen, aber auch für:
- das Technische Hilfswerk (kurz: THW)
- Landeshochwasserzentralen
- Umweltministerien

Die fernerkundlichen Analyseprodukte liefern zeitnah einen flächendeckenden, informativen Überblick über (Schadens-)Ereignisse. So können sie eine wertvolle Entscheidungsgrundlage darstellen und dies nicht nur vorbeugend und abwehrend, sondern auch in der Lagebewältigung und im Anschluss daran für Wiederaufbaumaßnahmen.

Das BBK und der Copernicus EMS für Deutschland

Das BBK stellt die nationale Kontaktstelle für den CEMS und ist somit die erste Anlaufstelle für die Benutzer und ihre Anfragen. Die Aufgabenbereiche der nationalen Kontaktstelle sind zweigeteilt, aber nicht strikt getrennt:

- a) Die Fachkoordination CEMS im BBK berät umfangreich zum Produktportfolio (Karten, Analyse, Reports), bietet Schulungen zur Nutzung der Produkte an und vertritt deutsche Interessen in nationalen und europäischen Copernicus-Gremien.
- b) Das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (kurz: GMLZ) ist die autorisierte Stelle in Deutschland zur Aktivierung des CEMS bei der Europäischen Kommission im Ereignisfall und nimmt die Produkthanforderungen von Nutzern entgegen.

Wie ist der Copernicus EMS aufgebaut und welche Produkte gibt es?

Die Funktionalität des CEMS kann in zwei Hauptkomponenten – Frühwarnkomponente (engl.: early warning) und Kartierung (engl.: mapping) – zusammengefasst werden. Diese orientieren sich an dem Krisenmanagementzyklus und sind rund um die Uhr an jedem Tag des Jahres verfü-

bar. Die einzelnen Komponenten sind direkt mit einander verknüpft und greifen ineinander. Die Frühwarnkomponente liefert frühzeitig Informationen, ob die Anforderung einer Notfallkartierung für ein Gebiet notwendig sein könnte.

Die Komponenten unterteilt nach dem Krisenmanagementzyklus:

- Zur Frühwarnung (Preparedness)
-> **Warnung**
- Der Ereignisbewältigung (Emergency Response)
-> **Kartierung**
- Während des Wiederaufbaus (Recovery)
-> **Kartierung**

Preparedness – Early warning and monitoring



Eine frühzeitige Warnung auf ein mögliches größeres Schadensereignis ist besonders wichtig, um im Ereignisfall schnell und zielgerichtet zu agieren. Zur frühen Erkennung von potentiellen Gefahren und zur Abschätzung der Auswirkungen, aber auch um ein sogenanntes „pre-tasking“

der Satelliten durchführen zu können. Dies ist besonders für die Satelliten der beitragenden Missionen wichtig, welche zur Datenaufnahme „hinzugebucht“ werden, im Laufe einer Aktivierung. Es wurden drei Frühwarnkomponenten aufgebaut und werden kontinuierlich weiterentwickelt:

Hochwasser

Das European Flood Awareness System (kurz: EFAS) ist ein Frühwarnsystem für Hochwasser in Europa. Es wurde entwickelt, um die Gefährdung durch Überflutungen in Europa frühzeitig zu erkennen und diese Informationen relevanten Akteuren zu übermitteln. Das EFAS wertet die eintreffenden Sentinel-Daten kontinuierlich aus und nutzt eine Kombination aus Wettervorhersagen, hydrologischen Modellen und geografischen Informationssystemen (kurz: GIS), um potenzielle Überflutungsflächen vorherzusagen und Karten mit Risikoinformationen zu erzeugen.

Vegetationsbrand

Das European Forest Fire Information System (kurz: EFFIS) ist eine Plattform für Vegetationsbrände in Europa. Es dient als zentrale Informationsquelle über Waldbrände und bietet detaillierte Analysen und Statistiken über Häufigkeit, Ausmaß und Auswirkungen von Vegetationsbränden. Die bereitgestellten Informationen basieren auf Satellitendaten

und Bodenbeobachtungen. Sie werden genutzt, um Prognosen zur Brandgefahr und Brandentstehung abzuleiten.

Dürre

Das European Drought Observatory (kurz: EDO) ist eine Plattform, die zur Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Dürreereignissen in Europa dient. Das EDO verwendet Satellitendaten, hydrologische Modelle und Klimadaten, um Dürreindikatoren abzuleiten und zu visualisieren.

Der Notfallkartierungsdienst: Emergency Response – On-demand mapping

Im Ereignisfall hilft der Blick von oben, um sich ein einheitliches Bild der Lage zu verschaffen. Hierbei unterstützt der Copernicus EMS mit der Rapid Mapping-Komponente, welche unmittelbar nach der Frühwarnung oder dem Eintritt des Ereignisses angefordert werden kann. Die Anforderung der Analyseprodukte für ein Interessensgebiet (engl.: area of interest, AOI) erfolgt über das GMLZ im BBK. Die bedarfstragende Stelle, zum Beispiel das Innenministerium eines Landes, in welchem weitreichende Hochwasser vorhergesagt werden, füllt das Anforderungsformular des Copernicus EMS aus und sendet dieses an das GMLZ.

Das GMLZ prüft die Anforderung auf Vollständigkeit und leitet die Anforderung an das Emergency Response Coordination Centre (kurz: ERCC) der Europäischen Union weiter. Eine detaillierte Beschreibung ist in der Abbildung 1 zu sehen. Der Copernicus EMS wurde damit aktiviert, der Prozess der Produkterstellung startet. Jede Aktivierung erhält eine eindeutige Nummer, unter dieser alle Produkte zu dem Ereignis online publiziert werden.

Basierend auf den im Anschluss aufgenommenen Satellitenbildern werden Standardprodukte abgeleitet. Diese beschränken sich auf vier Produkttypen: First Estimate Product (kurz: FEP, Ersteinschätzung), Delineation Map (kurz: DEL, Schadensausdehnung), Grading Map (kurz: GRA, Schadensintensität) und Reference Map (kurz: REF, Referenzkarte).

Nach Abschluss der Analyse werden die Produkte an die anfordernde Stelle ausgeliefert beziehungsweise im Webportal für die Öffentlichkeit bereitgestellt, sofern nicht eingestuft. Der Detailgrad und Informationsgehalt der Karte nimmt mit den einzelnen Produkttypen zu, damit einhergehend auch der Analyseaufwand sowie die Produktionszeit. Für die Produkte zwei und drei wird zusätzlich ein Situationsbericht (engl.: Situational Report, SR) angefertigt. Der Bericht beinhaltet Informationen



Autorisierter Nutzer ist GMLZ (BBK)

Abbildung 1: Zeitplan einer Rapid Mapping Anforderung (modifiziert, nach Copernicus Emergency Management Service.
Quelle: <https://emergency.copernicus.eu/> (Zugriff: 02.03.2025).

über die Gesamtheit der betroffenen Fläche, betroffene Personen und Infrastruktur, sowie weiterführende Hinweise zu der Erstellung der Produkte. Im Folgenden werden die einzelnen Produkttypen kurz erläutert:

1. Das FEP ist eine Erstabschätzung. Es zielt darauf ab eine sehr schnelle, somit grobe, Übersicht der am meisten betroffenen Regionen innerhalb des Interessengebiets zu erstellen. Das FEP wird genutzt um:
 - a) möglicherweise betroffene Bereiche hervorzuheben,
 - b) die ursprünglichen Produktspezifikationen (Produkttyp, Interessengebiete, etc.) zu überprüfen und zu konkretisieren,
 - c) oder über die Stornierung der ursprünglich angeforderten Produkte zu entscheiden.

Die Erstabschätzung dauert in der Regel zwei Stunden, dieser folgt meist eine Schadensausdehnungskartierung.

2. DEL bieten eine Bewertung der Auswirkungen und des Umfangs des Ereignisses. In der Regel werden die DEL-Produkte fortlaufend aktualisiert – Monitoring – und der Verlauf des Ereignisses wird kartiert. Die Auslieferung der Produkte erfolgt innerhalb von sieben Stunden.

3. GRA geben Informationen über den Schadensgrad – destroyed, damaged, possibly damaged – und die räumliche Verteilung des Schadens an der Infrastruktur.
4. REF ist das einzige Prä-Ereignis-Produkt und ist nur für die Aktivierung außerhalb Europas beziehungsweise nicht EU-Staaten vorgesehen. Die Karte besteht aus ausgewählten topografischen Merkmalen vor der Katastrophe des betroffenen Gebiets. Zusätzlich werden exponierte Vermögenswerte und anderen verfügbaren Informationen, die den Nutzern bei ihren spezifischen Krisenmanagementaufgaben helfen könnten, in der Karte dargestellt.

Der SR ist ein Online-Bericht zu der jeweiligen Aktivierung und stellt die Ergebnisse auf visuelle und informative Weise bereit. Wichtige Informationen und die erkannten Auswirkungen sind dort zusammenfasst. Der Bericht wird während der laufenden Aktivierung regelmäßig aktualisiert, um einen einheitlichen und umfassenden Überblick über das Ereignis im zeitlichen Verlauf wiederzugeben.

In der Abbildung 2 sind die einzelnen Produkte mit zunehmender Detailtiefe und Herstellungsdauer, nach einer Satellitenbildaufnahme, dargestellt.

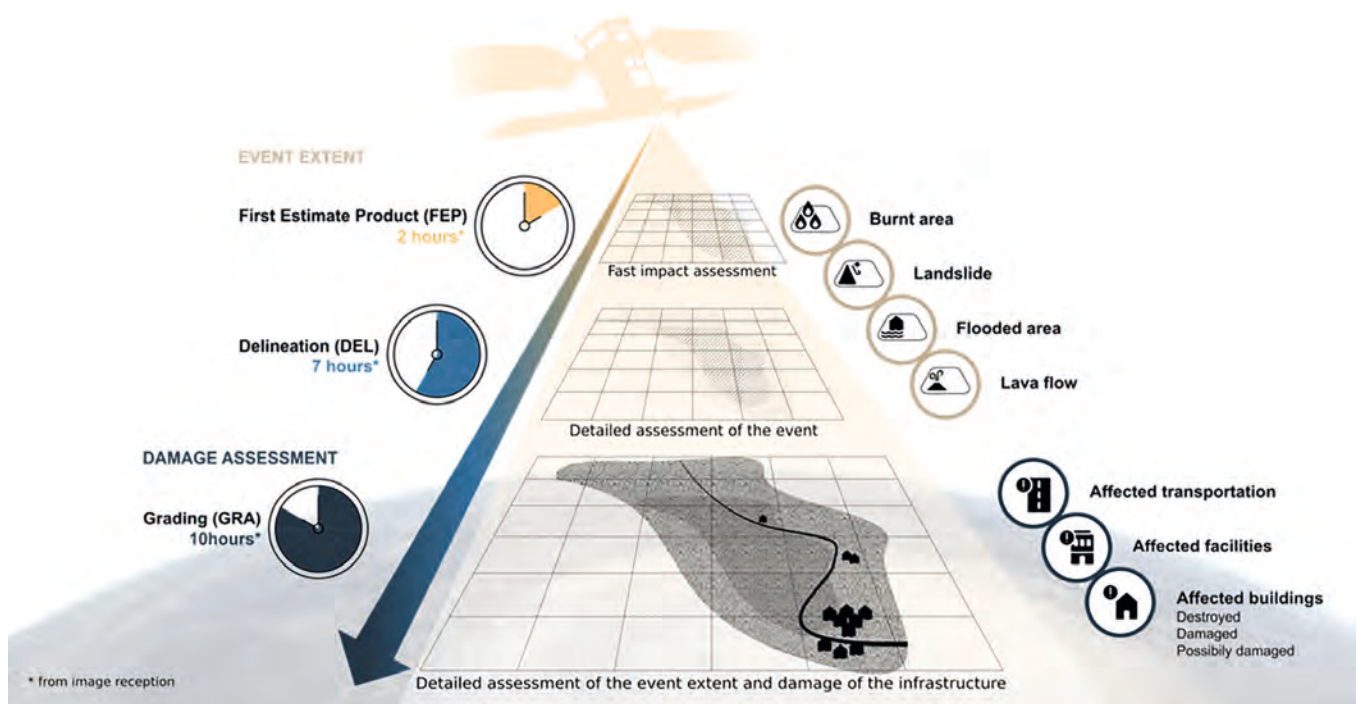


Abbildung 2: Schematische Übersicht zur Rapid Mapping Produkterstellung. Copernicus Emergency Management Service.
Quelle: <https://emergency.copernicus.eu/> (Zugriff: 27.03.2025).

Recovery – besser vorbereitet sein.

Nach einer Katastrophe ist vor einer Katastrophe. Der CEMS unterstützt im Nachgang mit der Risk and Recovery Mapping-Komponente, mit weiterführenden und retrospektiven Analysen, um zum Beispiel einen detaillierten Ereignisverlauf zu rekonstruieren oder bei Wiederaufbaumaßnahmen den (Fortschritts-)Überblick zu behalten. Hierfür werden verschiedene Erdbeobachtungsdaten und Methoden verwendet, wie zum Beispiel eine Re-Analyse der aufgenommenen Satellitenbilder, digitale Geländemodelle und hydrologische Modelle.

Risk and Recovery-Aktivierung am Beispiel Hochwasser 2024 im Saarland

Im Mai 2024 kam es im Zusammenhang mit Tiefdruck „Katinka“ im Südwesten Deutschlands zu anhaltenden und starken Niederschlägen. Laut dem Deutschen Wetterdienst (kurz: DWD) fielen über 100 Liter Regen pro Quadratmeter in 24 Stunden, eine außergewöhnlich hohe Niederschlagsmenge, insbesondere in der Zeit vom 16. bis 19. Mai 2024. Diese führte zu lokalen Überschwemmungen und Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Das Saarland forderte über das BBK, eine retrospektive Analyse des Flutverlaufs an. Das Produkt liefert Einblicke in die Wasserdynamik für das Untersuchungsgebiet über den kritischen Zeitraum hinweg.

Die vollständigen Analyseprodukte sind hier abrufbar:



Das Portfolio der Risk and Recovery Komponente ist sehr umfangreich. Für weiterführende Informationen wenden Sie sich bitte an die Copernicus EMS Fachkoordination im BBK.

Der Copernicus EMS im Jahr 2024

Für das Jahr 2024 zählt der Copernicus Emergency Management Service insgesamt 99 Aktivierungen weltweit und produzierte 1.108 Produkte. In Deutschland wurde der Dienst insgesamt elf Mal aktiviert. Die häufigste Ursache für die Aktivierung des Copernicus EMS waren

Hochwasser. Sieben Mal wurde die Rapid Mapping-Komponente genutzt, vier Anforderungen wurden durch das Risk and Recovery Portfolio abgedeckt, unter anderem eine Anforderung im Rahmen der EU-Katastrophenschutzübung „Magnitude“ in Baden-Württemberg.

Fazit und Ausblick

Seit mehr als zehn Jahren liefert der Copernicus Emergency Management Service qualitätsgeprüfte sowie zuverlässige Informationen und unterstützt so unmittelbar die Verantwortlichen in der Lagebewältigung. Auch in der Vorbereitung auf ein Ereignis, zum Beispiel für Übungen von komplexen und großflächigen Lagen, im In- und Ausland, unterstützen die fernerkundlichen Analysen und Produkte die Zuständigen im Bevölkerungsschutz. Durch die enge Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch von BBK und den bedarfstragenden Stellen in Deutschland werden wichtige Erkenntnisse zur Nutzung und Optimierung des Dienstes zusammengeführt und in die europäischen Gremien eingebracht. Dies führte bereits in der Vergangenheit zu neuen und ergänzenden Darstellungsformen wie dem Situational Report, oder die Erschließung von zusätzlichen Datenlieferanten. Die kontinuierliche Verbesserung des Copernicus Emergency Management Service, dessen Produkte und die Erweiterung des Nutzerkreises sind auch weiterhin Aufgaben für die Zukunft, an der die Fachkoordination des Copernicus Emergency Management Service im BBK zusammen mit den Akteuren im Bevölkerungsschutz arbeitet.

WEITERFÜHRENDE LINKS**Fernerkundung im Bevölkerungsschutz:**

https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Krisenmanagement/Lagebild/Fernerkundung/fernerkundung_node.html

Copernicus Emergency Management Website:

<https://emergency.copernicus.eu/>

Copernicus in Deutschland:

<https://www.d-copernicus.de/>

Copernicus Datenbrowser:

<https://browser.dataspace.copernicus.eu/>

Marie-Luise Kautz arbeitet im BBK im Referat für Entwicklung Lageprodukte, Datenanalyse und Visualisierung. Sie ist Teil der nationalen Fachkoordination Copernicus Emergency Management Service im BBK. copernicus.ems@bbk.bund.de



Abbildung 1: Das HPI-Projektteam im Jahrgang 2020/21 „Große Katastrophe auf kleinem QR-Code“. (Quelle: HPI/Kay Herschelmann)

Programmieren für die Ausbildung im Bevölkerungsschutz

Potsdamer Informatik-Studierende entwickeln zusammen mit BBK, Johannitern und Maltesern digitale Simulationstrainings für das MANV-Training von morgen

Christian Schäffer, Philipp Rocker, Dr. Frank Sensen und Prof. Dr. Holger Giese

Neue Impulse für den Bevölkerungsschutz kommen nicht immer mit Einsatzkräften in großen neuen Blaulichtfahrzeugen daher. Manchmal kommen sie auch in Gestalt von jungen Studentinnen und Studenten mit Laptops und kreativen Ideen.

In Potsdam ist in den vergangenen Jahren gleich eine ganze Serie von solchen Impulsen entstanden, die das Potential haben, die Ausbildung für den richtigen Umgang

mit einem Massenanfall von Verletzten (kurz: MANV) nachhaltig zu verbessern und damit einen wertvollen Beitrag für die Qualifizierung im medizinischen Bevölkerungsschutz zu leisten.

Ausgangspunkt war eine Reihe von sogenannten Bachelorprojekten, die am renommierten Potsdamer Hasso-Plattner-Institut (kurz: HPI) durchgeführt wurden. Das Bachelorprojekt ist das Herzstück des praxisnahen

Bachelorstudienganges IT-Systems-Engineering. Es ist eine Art Abschlussprojekt, bei dem Studierendenteams über zwei Semester gemeinsam mit externen Projektpartnern vollständige Softwareprojekte umsetzen, von Recherche und Konzeption über die Implementierung bis zur Erprobung und der Präsentation für die Öffentlichkeit (siehe Infokasten).

Von der Informatik zum Bevölkerungsschutz

Zwischen 2020 und 2024 hat das Fachgebiet von Prof. Dr. Holger Giese am HPI in jedem Jahrgang ein Bachelorprojekt zur Digitalisierung von Ausbildungswerkzeugen für den Bevölkerungsschutz angeboten. Praxispartner waren (je nach Jahrgang) das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK), der Malteser-Hilfsdienst e.V. Berlin, die Johanniter-Akademie NRW Campus Münster und das Zentrum für angewandte Notfallwissenschaft (kurz: ZaNowi) in Essen.

Die insgesamt vier Projektteams wurden dabei stets vor dieselbe übergeordnete Herausforderung gestellt: Medizinische Einsatzkräfte sind üblicherweise gut ausgebildet in Individualmedizin, aber deutlich schlechter vorbereitet für einen MANV. Bei einer solchen Lage – mit mehr Patientinnen und Patienten als mit normalen Kapazitäten versorgt werden können – sind grundsätzlich andere Einsatztaktiken erforderlich. Aufgrund der Seltenheit dieser Lagen fehlt allerdings sowohl den Profis in Rettungsdienst und Krankenhäusern als auch den Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz die nötige Routine. Folglich ist regelmäßiges Training erforderlich, damit die Einsatzkräfte besser auf den Fall der Fälle vorbereitet sind. Ideale Trainingsbedingungen stellen sogenannte Vollübungen mit Verletztendarstellerinnen und -darstellern dar. Aufgrund von hohem Aufwand und Kosten kommen solche Vollübungen allerdings nur selten zustande. Es ist daher notwendig, neue Ausbildungswerkzeuge zu schaffen, mit denen jenseits von Vollübungen günstig und häufig trainiert werden kann. Die Studierendenteams sollten in ihrem einjährigen Projektzeitraum jeweils für eine spezielle Zielgruppe im medizinischen Bereich ein solches digitales Ausbildungswerkzeug konzipieren und implementieren.

Um ohne Vorwissen im Blaulicht-Bereich diese Herausforderung wirklich zu verstehen und am Ende innovative, hilfreiche Lösungen erdenken zu können, haben die Teams ihr Projektjahr jeweils mit einer Recherchephase begonnen. In dieser Phase konnten – aufbauend auf dem Netzwerk der Projektpartner – Expertinnen und Experten interviewt, Bevölkerungsschutzstandorte besichtigt und Übungen begleitet werden.

Als besonderes Highlight gab es in jedem Jahrgang die Möglichkeit, dass einige der Studierenden für einige Tage in das MANV-Seminar an der Bundesakademie für

Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (kurz: BABZ) herein schnuppern. Dort konnten sie nicht nur mit Aktiven aus dem ganzen Bundesgebiet ins Gespräch kommen, sondern haben auch die analogen Simulationssysteme des BBK für die MANV-Ausbildung – namentlich die dynamische Patientensimulation (kurz: dPS) und Führungssimulation (kurz: FüSim) MANV – kennengelernt.

Die Beschäftigung mit den BBK-Simulationssystemen war eigentlich vor allem als Inspiration gedacht für eine möglicherweise komplett neue Lösung. Es ist den Studierendenteams allerdings in jedem Jahrgang gelungen, ein Konzept zu erarbeiten, das die Grundideen und Stärken des jeweiligen analogen Simulationssystems originalgetreu digital umsetzt. Der Vorteil: Statt einen neuartigen und spannenden, aber „leeren“ Softwareprototypen mit minimalem Nutzwert zu programmieren, konnten die Studierenden ihre Produkte um einen erprobten Datensatz herum entwickeln. Dadurch hatten ihre Projektergebnisse von Anfang an genug Umfang für den Einsatz in der Praxis.

Ergebnis der vier Projekte sind mehrere Softwaresysteme, deren Prototypen als Open Source Software veröffentlicht werden. Open Source heißt, dass jede und jeder die Software weiterentwickeln oder benutzen kann, zum Beispiel um die Software innerhalb der eigenen Organisation zu betreiben. Einige davon werden sogar bereits im praktischen Ausbildungsbetrieb genutzt. Die Ansätze der Studierenden und die entstandenen Ausbildungswerkzeuge sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Große Katastrophe auf kleinem QR-Code

Das in der Breite wohl bekannteste Simulationssystem des BBK ist die dPS, die ursprünglich von Dr. Frank Sensen und Wolfram Polheim entwickelt wurde. Bei der analogen Fassung werden verletzte Personen durch am Übungsort verteilte laminierte A3-Karten repräsentiert, bei denen große Teile initial mit Aufklebern abgedeckt sind. Die Spielerinnen und Spieler können sich im Raum bewegen und die Abläufe und Kommunikationswege bei einem MANV realistisch trainieren, wobei sie für medizinische Maßnahmen lediglich kleine Aufkleber auf den Patientenkarten anbringen. Für die namensgebende dynamische Entwicklung der Patienten sind initial große Bereiche der A3-Karten mit Aufklebern abgedeckt, die abhängig von den durchgeführten Maßnahmen entfernt werden, um den aktuellen Gesundheitszustand zu zeigen.

Die analoge dPS, die inzwischen über zehn Jahre alt ist, wird heute von vielen Hilfsorganisationen und Rettungsdienstschaften genutzt und gilt als der Goldstandard für ein dynamisches Simulationssystem, bei dem einzelne Einsatzkräfte die MANV-Abläufe ohne Darstellerinnen und Darsteller üben können. Nichtsdestotrotz

ist der hinter einer dPS-Übung stehende Aufwand sehr hoch: Die Karten und Aufkleberbögen müssen für jede Übung aufwändig präpariert werden, und für gutes Feedback muss jede Interaktion mit den Karten von Trainerinnen und Trainern beobachtet werden.

Die Kernidee für eine digitale Variante der dPS ist offensichtlich: Anstatt die Karten und Aufkleber händisch zu verwalten soll ein Computer die durchgeführten Maßnahmen sowie die medizinischen Zustände der Patienten organisieren, sodass die aufwendige Kartenvorbereitung vorab und die manuellen, die Immersion brechenden Zustandswechsel während der Simulation entfallen. Zudem sollen alle Maßnahmen digital protokolliert werden, sodass Übungen detailliert ausgewertet werden können.

Die große Herausforderung für das Studierendenteam war daraufhin, die Spielerinnen und Spieler möglichst passend für die gewünschte Übungsart mit den nun digitalen Patientinnen und Patienten interagieren zu lassen. Das Ziel war es, speziell Ehrenamtlichen günstige Übungen zu ermöglichen, für die kein zusätzliches Material angeschafft werden muss. Zugleich sollten die identifizierten Stärken der analogen dPS, insbesondere die Bewegung der Einsatzkräfte im Raum und Kommunikation an der Einsatzstelle erhalten bleiben.

Die Lösung der Studierenden: Mittels ausgedruckten QR-Codes werden verletzte Personen dargestellt. Jede mit spielende Einsatzkraft benötigt lediglich ein Smartphone und kann damit die QR-Codes auf einer App scannen, um

Vitalparameter einzusehen und Maßnahmen durchzuführen. Das Material wird ebenfalls vom Aufkleber zum virtuellen Inventarinhalt, was durch Scannen eines QR-Codes aus Behältnissen entnommen werden kann.

In Testrunden hat sich allerdings gezeigt, dass bei den Zetteln mit QR-Code viel von dem wichtigen Ersteindruck verloren geht. Bei der analogen dPS kann man nicht nur einige Verletzungsmuster schon aus der Ferne erkennen, sondern sieht beispielsweise auch an der Anzahl an Maßnahmen-Aufklebern, ob jemand schon behandelt wurde. Als Gegenmaßnahmen wurde bereits mit Tablets anstelle von QR-Code-Zetteln experimentiert, die auch aktuelle Details anzeigen. Diese Variante erhöht allerdings massiv die Kosten pro Übung.

Der Prototyp für die digitale dPS wurde zum Projektabschluss an die Projektpartner übergeben und erfolgreich mit diesen getestet, unter anderen in einem Seminar an der BABZ mit den Fachdozenten der Landesfeuerwehrschulen. Vor einem Release für die breite Öffentlichkeit ist allerdings noch weitere Entwicklungsarbeit erforderlich.

Chaos im Krankenhaus

Die dPS ist hauptsächlich für die Präklinik gedacht. Allerdings haben die dPS-Erfinder zusätzlich noch ein Modul für Übungen in der Klinik entwickelt. Bei dieser Variante sind die Patienten deutlich facettenreicher und es gibt wesentlich mehr Behandlungsmöglichkeiten. Entsprechend genügt das aufkleberbasierte Format nicht mehr – Patienten werden stattdessen durch ein Heftchen dargestellt, wobei jede Seite einen möglichen Gesundheitszustand darstellt, zwischen denen abhängig von der Behandlung hin und her geblättert wird. In der Praxis hat sich dieser Ansatz als benutzbar, aber zu komplex für alltägliche Übungen in der Breite erwiesen.

Nicht zuletzt da sich die detaillierten Patienten nicht mehr sinnvoll auf einem kleinen Smartphone-Display darstellen lassen musste das mit der Klinik-dPS betraute Studierendenteam eine Alternative für Apps und QR-Codes finden. Zusätzlich hat es bei seiner Recherche herausgefunden, dass bei Übungen im Klinik-Kontext die einzelne Einsatzkraft, die im Raum ausgeschwärmt und allein Patienten sichtet und behandelt, weniger relevant ist. Vielmehr behandeln oft mehrköpfige Teams in Schockräumen und auf Stationen einzelne Patienten, wobei das „wer macht was“ innerhalb der Teams aufgrund der Routine der Mitarbeitenden nicht mehr geübt werden muss. Im Vordergrund stehen soll bei den Übungen dagegen die Ressourcenverteilung („Welcher Patient bekommt wie viel Personal und welche Geräte?“) und die medizinischen Entscheidungen („Welche Maßnahmen haben Priorität?“).

Dazu hat das Team eine komplett neue digitale dPS-Variante entwickelt: Pro Patienten gibt es ein Gerät mit einem Web-Browser, optimalerweise ein Tablet.

Abbildung 2: Eine Malteser-Helferin untersucht bei einer Übung mit der dPS-App einen simulierten Patienten, der durch einen QR-Code repräsentiert wird. (Quelle: RettMedia/André Schweigler)



Dort kann ausgewählt werden, welches Personal und welche Geräte (zum Beispiel EKG, Beatmungsgeräte, ...) dem Patienten zugeordnet werden, sowie welche Maßnahmen am Patienten durchzuführen sind, wobei die Ressourcen pro Bereich begrenzt sind. Vom einzelnen Personal kann daher komplett abstrahiert werden, es üben effektiv nur die Entscheidungsträger. Dabei können auch mehrere Übende in einem Bereich die Entscheidungen für die anwesenden Patienten miteinander besprechen oder unter sich aufteilen.

Dieses Konzept ermöglicht es zudem, Patienten zwischen Bereichen zu verschieben, sei es in Klinikräumen, wo Betten mit Tablets darauf verschoben werden können, oder in einem Übungsraum, wo Tablets zwischen Tischen hin und her gereicht werden können. Die Kommunikation zwischen den Verantwortlichen für die Bereiche (zum Beispiel Triagebereich, Schockraum, Normalstationen) und die klinikweite Ressourcen- und Bettenplanung wird dadurch ebenfalls zum Übungsaspekt.

Die digitale Klinik-dPS liegt als nutzbarer Prototyp vor, der den grundlegenden Übungsablauf unterstützt, aber dem noch einige Komfortfunktionen fehlen, die für eine Nutzung in der Praxis sinnvoll wären.

Digitales Planspiel für Führungskräfte

Das nächste MANV-Simulationssystem des BBK, welches von HPI-Studierenden digital umgesetzt wurde, ist die sogenannte Führungssimulation (kurz: FüSim). Wie bei der Präklinik-dPS kommen in der analogen Variante ebenfalls laminierte Karten für verletzte Personen vor, allerdings in kleinerer Größe und mit weniger Details.

Die dynamische Veränderung besteht weiterhin, basiert aber nicht mehr auf einzelnen durchgeführten Maßnahmen, sondern nur darauf, ob hinreichend Personal mit entsprechenden Qualifikationen zur Verfügung steht. Dementsprechend gibt es neben den Patientinnen und Patienten in der analogen Simulation noch Fahrzeuge und Einsatzkräfte, die in Form von kleinen Magnetschildern dargestellt werden. Während einer FüSim-Übung werden dann an mehreren Whiteboards verschiedene Einsatzabschnitte gespielt. Fahrzeuge und Personal können zwischen diesen Bereichen disponiert werden. Geübt wird dabei vor allem die Kommunikation zwischen den Führungskräften in den Patientenablagen, Bereitstellungsräumen oder Ladezonen untereinander oder mit einer übergeordneten Führung. Durch die simulierten Patientinnen und Patienten hat jeder Bereich individuelle Bedarfe, während die Ressourcen limitiert sind. Mit Stoppuhren für die Wegstrecken zwischen Bereichen oder für die Eintreffzeiten nachalarmierter Kräfte kann mit einem gewissen manuellen Aufwand zusätzlicher Realismus umgesetzt werden.

Die Grundlage für die digitale Variante ist ein Editor für Übungsszenarien, der im Web-Browser geladen und verwendet werden kann. Dazu definieren Übungsleiter auf einer Satellitenbildkarte verschiedene Bereiche als Einsatzabschnitt und verbinden diese mit Transferwegen (denen jeweils eine Reisezeit zugeordnet ist). In den Abschnitten können virtuelle Patientinnen und Patienten sowie erste Fahrzeuge und Einsatzkräfte platziert werden. Zusätzlich können für verschiedene Alarmierungsschritte die eintreffenden Rettungsmittel mit gestaffelten Eintreffzeiten sowie die Krankenhäuser für den Abtransport festgelegt werden.



Abbildung 3: Erstellung eines Übungsszenarios mit der digitalen FüSim MANV. (Quelle: HPI/Christian Schäffer)



Abbildung 4: Führungskräfte verwalten im Rahmen einer Simulationsübung auf einem Smartboard eine Patientenablage. (Quelle: HPI/Matthias Barkowsky)

Wenn ein Übungsszenario einmal erstellt wurde, kann es beliebig oft durchgeführt werden. Dafür wird für jeden Einsatzabschnitt ein Internetfähiges Gerät benötigt, auf dem der entsprechende Abschnitt in einem Browser geöffnet wird. Möglich sind dabei sowohl Tablets und Laptops als auch Smartboards, vor denen – angelehnt an die FūSim Whiteboards – mehrere Üben­de gemeinsam stehen und die nächsten Schritte diskutieren können. Die Üben­den, die jeweils nur einen Einsatzabschnitt sehen, müssen diesen ordnen und dazu untereinander kommunizieren, zum Beispiel über Funk. Je nach Szenario kann den Üben­den auch erlaubt werden, zwischen Abschnitten hin- und herzugehen. Dadurch, dass alle Fahrzeugbewegungen zwischen Abschnitten Zeit brauchen und dass die Patienten sich mit der Zeit verbessern oder verschlechtern, entsteht ein herausforderndes dynamisches Übungsgeschehen. Zusätzlich können auch Üben­de ohne einen verwalteten Einsatzabschnitt mitspielen, zum Beispiel als übergeordnete Führung in einem richtigen ELW, die dann auf Informationen der anderen Üben­den angewiesen ist.

Die digitale FūSim wurde in verschiedenen Kontexten ausgetestet, sowohl mit kleinen Lagen als auch mit sehr großen Szenarien mit mehreren 100 Patienten. Bei diesen Übungen haben sich schnell große Vorteile gegenüber der Papiervariante gezeigt, ohne besonders ausgeprägte Nachteile. Neben dem geringen Vorbereitungsaufwand und Materialkosten entfallen die manuellen Phasenwechsel bei den Patientenkarten und damit Übungsunterbrechungen, sodass die Teilnehmer im Szenario verbleiben. Zusätzlich können durchgeführte Übungen in einem Aufzeichnungsmodus zur nachträglichen Analyse wieder „abgespielt“ werden.

Katastrophe auf Knopfdruck

In einem Nachfolgeprojekt hat sich ein zweites Studienteam mit Simulationsaspekten für die digitale FūSim beschäftigt, um sehr große Übungsszenarien zu ermöglichen. Die konkrete Problemstellung war, dass bei großen FūSim-Szenarien (analog wie digital) viele Teilnehmende wenig interessante Führungsrollen spielen müssen, die zum funktionierenden Ablauf der Übung erforderlich sind, aber keinen wirklichen Lerneffekt beschieren. Die Studierenden haben deshalb eine Erweiterung programmiert, mit der die Leitung von Patientenablagen, Bereitstellungsräumen und Ladezonen an den Computer übergeben werden kann. Die menschlichen Üben­den können sich somit auf die besonders lehrreichen Aufgaben der übergeordneten Führungsebenen konzentrieren.

Mit dem Wegfallen der nun simulierbaren Führungsrollen fehlen allerdings die von ihnen gelieferten Funksprüche oder anderweitigen Meldungen aus den Einsatzabschnitten, mit denen die eigentlichen Üben­den herausgefordert wurden. Dieser Informationsfluss zwischen der Simulation und den menschlichen Übungen musste von den Studierenden daher zusätzlich umgesetzt werden. Optimal wäre eine Sprach-KI gewesen, was aber mit den begrenzten Ressourcen nicht umsetzbar war. Als Lösung wurde daher die neue Rolle eines „Schnittstellenfunkers“ erdacht, welcher Funksprüche aus allen Einsatzabschnitten vom Computer abliest und diese an die menschlichen Üben­den durchsagt sowie Anweisungen der Üben­den annimmt und zur Umsetzung in die Simulation eingibt.

Die digitale FūSim ist nach Abschluss von zwei Bachelorprojekten in einem sehr ausgereiften Zustand, und wird bereits an mehreren Bildungseinrichtungen aktiv genutzt, zum Beispiel für die Abtransport-Übung bei den MANV-Seminaren an der BABZ, an der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie sowie an der Johanniter-Akademie NRW.

Das Hasso-Plattner-Institut stellt zudem unter fuesim-manv.de einen Server kostenlos für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Hier können Interessierte die Simulation ausprobieren und für beliebige Übungsszenarien nutzen. Dieser Dienst wird ohne Gewährleistung angeboten, für den professionellen Einsatz wird der Betrieb eines eigenen Servers empfohlen.

Fazit

Die Ausbildung für den Fall der Fälle im Bereich des Bevölkerungsschutzes wie auch im Rettungsdienst ist sehr aufwändig und erfordert meist einen hohen Ressourceneinsatz. Da Übungen daher vielerorts nur selten zustande kommen, ist es umso sinnvoller, neue Methoden zu etablieren und mehr Übungsmöglichkeiten jenseits der Vollübung zu schaffen.



Abbildung 5: Der organisatorische Leiter Rettungsdienst verschafft sich bei einer Simulationsübung einen Überblick über den Bereitstellungsraum, der von einer Führungskraft verwaltet wird. (Quelle: HPI/Matthias Barkowsky)

Die erfolgreichen Projekte zeigen, dass aus gut funktionierenden analogen Methoden mit dem richtigen Know-How zeitgemäße Softwarelösungen geschaffen werden können. Sie zeigen auch, wie mit minimalem Ressourceneinsatz Lösungen erreicht werden können, die den Praxistest bestehen und Innovation in die Ausbildung für den medizinischen Bevölkerungsschutz bringen.

Die entwickelten Softwareprototypen zeichnen sich jeweils durch ein für die jeweilige Zielgruppe zugeschnittenes, intuitives Bedienkonzept aus, was mit geringem Aufwand ein Eintauchen ins jeweilige Übungsszenario ermöglicht. Anders als bei grafisch aufwendigen (VR-)Softwareprogrammen sind die technischen Anforderungen minimal und die Programme mit nahezu jedem aktuellen Endgerät nutzbar, weswegen unsere Ansätze bisher auf viel Zuspruch gestoßen sind.

Gerade in der Ausbildung für ehrenamtliche Bevölkerungsschützer sind finanzielle Mittel oft knapp und nur wenige Neuerungen erreichen die Breite der Ehrenamtlichen in Hilfsorganisationen. Es ist daher zu erwarten, dass die bewusst für die Breite gedachten Ansätze für digitale dPS- und FüSim-Übungen einen wichtigen Beitrag zur besseren Vorbereitung auf den Fall der Fälle leisten können, wenn sie zu einem zentralen, kostenlos und professionell bereitgestellten Angebot weiterentwickelt werden.

Ein Blick in die Zukunft lässt anhand des vorhandenen Potenzials vermuten, dass noch einiges zu erwarten ist. Die Kombinationsmöglichkeiten zahlreicher Technologien, wie etwa NFC, RFID, Bluetooth, WLAN und andere kabellose Übertragungswege sind uns aus dem Alltag bereits geläufig – doch wir nutzen ihr Potential für den Bevölkerungsschutz noch lange nicht aus. Das Limit für das MANV-Training von morgen ist also noch lange nicht erreicht, und auf Basis der hier vorgestellten Prototypen und darüber hinaus sind viele weitere Innovationen zu erwarten.

Die Projekte im Überblick unter manv-simulation.de



Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei den mittlerweile 17 Studierenden des HPI, die in ihren Abschlussprojekten die hier beschriebenen Lösungen konzipiert und implementiert haben. Besonderer Dank gebührt außerdem Fritjof Brüne von der BABZ für die Förderung der Projekte und für das Teilen seiner Expertise zu den analogen Simulationssystemen.

Christian Schäffer (geb. Zöllner) ist Informatiker und hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter am HPI die Projekte initiiert und federführend betreut. Er ist ehrenamtlich im Sanitätsdienst und Katastrophenschutz bei den Maltesern in Potsdam und Berlin aktiv. christian.schaeffer@hpi.de

Philipp Rocker ist Schulleiter der Rettungsdienstschule an der Johanniter-Akademie NRW, Campus Münster. Als Medizinpädagoge und Notfallsanitäter hat er bereits zahlreiche Übungen im Bereich der Patientensimulationen konzipiert, begleitet und evaluiert. philipp.rocker@johanniter.de

Dr. Frank Sensen ist Anästhesist, Notfallmediziner und Mit-Erfinder der präklinischen und klinischen dPS. Er war viele Jahre ÄLRD in Düsseldorf. Frank.sensen@outlook.de
Prof. Dr. Holger Giese ist Leiter des Fachgebiets Systemanalyse und Modellierung am HPI und hat die beschriebenen Projekte geleitet. Er forscht und lehrt unter anderem zur Modellierung und Analyse komplexer Systeme, wobei die Simulation eine der betrachteten Techniken ist. holger.giese@hpi.de



Abbildung 1: Loreen Sethmann, Clara Baur und Kerstin Jänsch (v.l.n.r.) aus Bremerhaven nehmen in Berlin den Förderpreis von Bundesinnenministerin Nancy Faeser entgegen. (Quelle: ARKAT Bund e. V.)

Notläuten – Kirchen warnen im Zivilschutz- und Katastrophenfall

Innovativer Warnkanalmix für Bremerhaven

In Zeiten zunehmender Ereignisfolgen von Naturkatastrophen, großen Schadenslagen und mannigfaltigen Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird es immer wichtiger, die Bevölkerung schnell und zuverlässig zu warnen. Ein prominentes Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die verheerende Überschwemmung in Westdeutschland im Jahr 2021. Dadurch wurde das Bewusstsein für effektive Katastrophenwarnsysteme geschärft. Um eine flächendeckende Warnung der Bevölkerung zu gewährleisten, setzt die Seestadt Bremerhaven auf ein innovatives Konzept, das weit über die klassischen Sirenenanlagen hinausgeht.

Im Rahmen der Umsetzung eines umfassenden Warnkanalmixes setzt Bremerhaven nicht nur auf die bewährte Technik von stationären und mobilen Sirenenanlagen, sondern auch auf das Notläuten der lokalen Kirchenglocken. Diese Maßnahme stellt einen neuartigen Bestandteil des städtischen Warnkanalmixes dar, der sich als sowohl einfach umsetzbar als auch durchaus wirkungsvoll erweist.

Der Ursprung des Konzepts

Die Grundlage für das Einbinden der Kirchenglocken in den Warnkanalmix wurde bereits im Jahr 2021 durch eine Machbarkeitsstudie geschaffen. Beauftragt von der Feuerwehr wurde untersucht, welche zusätzlichen Warnmittel in Bremerhaven sinnvoll eingesetzt werden können. Bewusst wurde das Studiendesign so gewählt, dass auch unkonventionelle Ideen (wie das Notläuten) als Untersuchungsgegenstand mit aufgenommen werden konnten. Im Ergebnis wurde das Notläuten vor allem zur Reduzierung von naturgemäß existenten Warnlücken des Sirenennetzes als geeignete Ergänzung der Warnkanäle bewertet.

Der Hintergrund für diese Empfehlung: In einer Katastrophen- oder Gefahrenlage sollen so viele Menschen wie möglich erreicht werden. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, eine breite Zielgruppe anzusprechen – unabhängig davon, ob sie sich gerade in der Nähe einer stationären Sirenenanlage befindet oder nicht. Und genau hier bieten die Kirchenglocken einen großen



Abbildung 2: Resilienzarbeit mit Roll-Up in der Christuskirche Bremerhaven. (Quelle: ARKAT Bund e.V.)

Vorteil. Sie existieren bereits verteilt im gesamten Stadtgebiet und können auf einfache Weise in das bestehende Warnsystem integriert werden.

Die Umsetzung in der Praxis

Dank der engen Zusammenarbeit zwischen der Ortskatastrophenschutzbehörde und den evangelischen sowie katholischen Kirchengemeinden konnte das Konzept erfolgreich umgesetzt werden. Heute sind sechs Glockentürme in Bremerhaven aktiv eingebunden und läuten im Notfall für einen Zeitraum von 15 Minuten.

Die Verantwortung für das Auslösen des Notläutens liegt bei den Glöcknerinnen und Glöcknern der jeweiligen Kirchen, die im Falle eines Alarms von der zuständigen Integrierten Regionalleitstelle über DIVERA alarmiert werden. Sie setzen dann das außergewöhnlich langanhaltende Glockenläuten in Gang, das eine klare Botschaft sendet: Die Bevölkerung wird aufgefordert, in die Warn-App zu

schauen und/oder das Radio einzuschalten, um weitere Informationen und Handlungsanweisungen zu erhalten.

Flankiert wird das Projekt Notläuten durch regelmäßige Bevölkerungs- und Resilienzarbeit zum Thema Warnung der Bevölkerung. Hierfür wurden beispielsweise Roll-Ups mit Informationen zum Notläuten und zur Warn-App NINA beschafft, die vor den Gottesdiensten in den Eingangsbereichen der Kirchen aufgestellt werden können (siehe Abbildung 2). Auf diese Weise können weitere Personenkreise erreicht und über die Bedeutung von Warnungen aufgeklärt werden.

Der Mehrwert des Notläutens

Was das Notläuten so besonders macht, ist die Kombination von „traditionellem“ Klang und modernen digitalen Informationssystemen wie der Warn-App NINA. Obwohl das Läuten von Kirchenglocken grundsätzlich ein vertrautes Geräusch darstellt, ist allein der Weckeffekt zur Nachtzeit hervorzuheben. Das auffällig langanhaltende Läuten schafft unweigerlich Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. In der Seestadt Bremerhaven wurden die Kirchtürme gezielt aufgrund ihrer Lage bestimmt, um das bestehende Sirennennetz sinnvoll zu ergänzen und bestehende Warnlücken in der Stadt effektiv zu schließen. Die Maßnahme ergänzt somit das bestehende System, ohne große Investitionen in neue Infrastruktur zu erfordern.

Ein wegweisender Schritt

Das Notläuten in Bremerhaven ist vor allem eine bemerkenswerte Form der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen und religiösen Gemeinschaften. Bremerhaven zeigt mit diesem Modell, wie Städte auf kreative Weise ihre Warnsysteme erweitern und modernisieren können, um die Bevölkerung im Notfall noch effektiver zu schützen. Das Konzept könnte in Zukunft auch als Vorbild für andere Städte dienen, die nach zusätzlichen Wegen suchen, ihre Bürgerinnen und Bürger im Ereignisfall zu wecken und zu warnen.

Das Projekt wurde im letzten Jahr mit Deutschlands wichtigster Auszeichnung zur Würdigung von Engagement im Bevölkerungsschutz geehrt. Im Bundesministerium des Innern und für Heimat nahm Frau Pastorin Kerstin Jänsch die Auszeichnung stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Glöcknerinnen und Glöckner entgegen (Abbildung 1).

Sören Makel und Loreen Sethmann sind beide Mitglieder des Magistrats der Stadt Bremerhaven (Feuerwehr).



Knut Fleckenstein, Bundesvorsitzender des ASB, eröffnete den Bevölkerungsschutzkongress. (Quelle: ASB/Katarzyna Mazur)

Wie widerstandsfähig ist Deutschland?

Krisenresilienz im Fokus des ASB-Bevölkerungsschutzkongresses 2025

Auf dem Bevölkerungsschutzkongress des ASB diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Hilfsorganisationen über Resilienz, zivile Verteidigung und die Rolle der Gesellschaft in der Krise.

Berlin, 10. April 2025 – Es war ein Tag, der die Schatten der Gegenwart nicht beschönigte – aber zugleich Mut machte. Beim Bevölkerungsschutzkongress des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V. (kurz: ASB) im Berliner Tagungswerk ging es nicht weniger als um die Frage, wie widerstandsfähig dieses Land in Zeiten multipler Krisen eigentlich ist – und wie es das werden kann.

„Wir haben den Frieden für selbstverständlich gehalten.“

Knut Fleckenstein

Knut Fleckenstein, Bundesvorsitzender des ASB, eröffnete den Kongress mit einer eindringlichen Standortbestimmung. „Wir haben geglaubt, dass der Frieden in Europa auf alle Ewigkeiten hält“, sagte er – und meinte damit nicht nur die sicherheitspolitische Naivität früherer Jahre, sondern auch das kollektive Vergessen, was zivile Vorsorge bedeutet. Die Pandemie, das Hochwasser 2021, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine – alle diese Ereignisse zeigen, dass Resilienz keine Floskel sei, sondern eine Notwendigkeit.

Mit Blick auf die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen vom Samariterbund, die unter ständigen Luftalarmen ihre Arbeit fortführen, erinnerte Fleckenstein daran, wie konkret Resilienz sein kann. „Die sogenannten Betreuungspunkte der Unbeugsamkeit in Kiew zeigen, was machbar ist – auch in größter Not“, sagte er. Diese Praxisbeispiele und was man auch in Deutschland darüber lernen kann, standen später in einem Workshop im Zentrum.

„Zivile Verteidigung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Ralph Tiesler

In der anschließenden Keynote sprach Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK), von einer „fundamentalen Zeitenwende“. Zivile Verteidigung sei heute nicht mehr nur eine staatliche Aufgabe, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag – einer, der aktives Mitdenken und Mitwirken erfordert. „Es reicht nicht, wenn der Staat vorbereitet ist – auch die Bevölkerung muss mitziehen“, betonte Tiesler. Und er warnte vor Illusionen: „Die hybride Bedrohungslage ist real. Wir müssen uns auf Szenarien einstellen, die vor einigen Jahren noch als unwahrscheinlich galten.“

In einer weiteren Keynote sprach Prof. Martin Voss, Leiter der Krisen- und Katastrophenforschungsstelle der



Die Besucherinnen und Besucher konnten einen Blick auf ein Vorratslager für eine vierköpfige Familie werfen. (Quelle: ASB/Katarzyna Mazur)

Freien Universität Berlin, über den Schutz der Bevölkerung im Epochenwandel: „Der Schutz der Bevölkerung ist das Zusammenwirken ganz unterschiedlicher Kräfte zur Vermeidung und zur Bewältigung einer Schadenslage und das eben zeichnet den Bevölkerungsschutz als Institution aus: Er funktioniert, weil er nach Regeln arbeitet, die sich nicht auf Gesetze beschränken.“ Voss betonte, dass gesellschaftliche Normen, Erwartungen und Rollen vielmehr dafür sorgen, dass so viele Menschen in Deutschland hilfsbereit und kooperativ agieren würden. Oder mit anderen Worten: „Bevölkerungsschutz ist eine gesamtgesellschaftliche, eine kulturelle Leistung.“

Zwischen Planspiel und Praxis

Der Bevölkerungsschutzkongress zeigte in seinem dicht gepackten Programm, wie breit das Thema Resilienz gedacht werden kann – und muss. Vom Planspiel zur hybriden Bedrohung über den Klimawandel bis hin zur Resilienz besonders gefährdeter Gruppen reichten die Workshops. Was auffiel: Die klassische Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz, Außen- und Innenpolitik, Haupt- und Ehrenamt verschwimmt zunehmend. Stattdessen wurde der Kongress zur Bühne eines integrativen Verständnisses von Sicherheit.

Marie-Luise Beck vom Deutschen Klima-Konsortium warnte davor, Klimarisiken als Nebenschauplatz zu sehen: „Der Klimawandel ist ein Risikomultiplikator – er trifft die Schwächsten zuerst.“ Und Ingo Schlotterbeck vom ASB Ostwestfalen-Lippe zeigte, wie sich regionale Gliederungen ganz konkret aufstellen können – mit mobilen Betreuungseinheiten, Vorratskonzepten und ehrenamtlichem Training.

Das Ehrenamt – Rückgrat mit Rückenschmerzen

Immer wieder kam zur Sprache, was viele denken, aber zu selten sagen: Der Bevölkerungsschutz in Deutschland steht auf den Schultern Ehrenamtlicher. 90 Prozent aller Akteure sind Freiwillige – und stoßen zunehmend an Grenzen.

Fleckenstein forderte daher nicht nur eine bundeseinheitliche Helferfreistellungsregelung, sondern auch eine rechtliche und finanzielle Stärkung der Hilfsorganisationen: „Das geht so nicht mehr – das Ehrenamt muss gestärkt werden.“

Auch das Publikum, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Hilfsorganisationen, Behörden, Wissenschaft und Politik, nutzte die Gelegenheit zum offenen Austausch. In einem der Präsentationsräume konnten die Besucherinnen und Besucher einen Blick auf ein Vorratslager für eine vierköpfige Familie werfen – und sich dabei fragen: Wo stehe ich eigentlich beim Thema Resilienz?

Dieses Thema ist auch eine zentrale Fragestellung des ASB-Resilienzprogramms, das den Rahmen des Kongresses bildete. In dem von Aktion Deutschland Hilft geförderten Forschungsprojekt werden in Zusammenarbeit mit der Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität Berlin und der Hochschule Bielefeld Bedarfe durch Einbindung mit relevanten lokalen Akteuren identifiziert, Kommunikationslücken aufgedeckt und Lösungsansätze entwickelt.

Durch diesen partizipativen Ansatz können zielgruppenorientierte, barrierearme und praxistaugliche Methoden entwickelt und den Kommunen sowie Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. So soll die Bevölkerung in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und Einsatzeinheiten befähigt werden, sich in Notlagen besser selbst zu schützen.

Erste Ergebnisse des Programms wurden während des Kongresses präsentiert und diskutiert, zudem wurde im Rahmen eines Workshops das Thema detaillierter beleuchtet. Dadurch bot der Kongress die Möglichkeit Erfahrungen und Perspektiven verschiedener Akteure des Bevölkerungsschutzes in das Programm einfließen zu lassen.

Fazit: Zwischen Appell und Aufbruch

Am Ende des Kongresses stand nicht nur die Erkenntnis, dass Deutschland beim Thema Bevölkerungsschutz viel aufzuholen hat. Es war auch spürbar: Es gibt eine Bereitschaft zum Wandel. In der Abschlussdiskussion, moderiert von ASB-Bundesvorständin Kristin Schuhmann, wurden konkrete Handlungsempfehlungen formuliert – vom Ausbau der Ausstattung über mehr Mittel für Selbstschutz-Schulungen bis hin zu einer stärkeren Rolle der Hilfsorganisationen in staatlichen Strukturen.

Fleckensteins Resümee war klar und unmissverständlich: „Wir können das. Und wir sind bereit.“ Eine wichtige Botschaft, die man von diesem Tag mitnehmen konnte.



DEUTSCHER
FEUERWEHR
VERBAND

DFV-Präsident Karl-Heinz Banse.
(Quelle: DFV/K. Neuhauser)



„Der Bevölkerungsschutz muss sich auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und Krieg einstellen.“

Karl-Heinz Banse

Anm. d. Red.: Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 1. April. Die vom DFV im Folgenden gestellten Forderungen könnten sich teilweise bereits in der Umsetzung befinden.

Fachverband der 1,4 Millionen Feuerwehrangehörigen wendet sich an Bundespolitik

Deutscher Feuerwehrverband fordert dringende Anpassung des Zivil- und Katastrophenschutzes

„Angesichts der zunehmend spürbaren Auswirkungen des Klimawandels und der aktuellen geopolitischen Veränderungen ist eine dringende Anpassung des Zivil- und Katastrophenschutzes erforderlich“, stellt Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (kurz: DFV), mit Nachdruck fest. Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes hat sich nun mit einem umfassenden Positionspapier an die Bundespolitik gewandt. Hintergrund ist der Plan der designierten Bundesregierung, die notwendigen Investitionen in die zivile Verteidigung zu erhöhen, da eine effektive militärische Verteidigung auch eine funktionierende zivile Verteidigung voraussetzt.

„Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 hat die Friedensordnung in Europa erheblich destabilisiert und erfordert eine sicherheitspolitische Neuausrichtung. Deutschland und seine Bevölkerung müssen wehrhafter und resilienter werden. Diese Herausforderungen können nicht ausschließlich militärisch bewältigt werden; sie erfordern eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Der Bevölkerungsschutz muss sich auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und Krieg einstellen“, resümiert Banse.

Nach einer Erläuterung der finanziellen, organisatorischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen geht das

Präsidium konkret auf notwendige Maßnahmen und Strategien zur Krisenbewältigung ein. Genannt werden hier unter anderem die Umsetzung der bestehenden Ausstattungsprogramme der ergänzenden Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten, Ausbildung, zivil-militärische sowie internationale Zusammenarbeit, Bürgerbeteiligung und Resilienz sowie Kooperation mit Industrie und Handwerk.

„Die Umsetzung eines effektiven Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland erfordert eine umfassende, koordinierte und flexible Strategie auf allen Ebenen – von der Ausbildung über die Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten bis hin zur internationalen Zusammenarbeit und der Einbindung der Bevölkerung. Nur durch einen ganzheitlichen Ansatz, der alle relevanten Akteure – von staatlichen Institutionen bis hin zur Industrie und der Zivilgesellschaft – in die Vorbereitung und Bewältigung von Krisen einbezieht, kann Deutschland die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern“, heißt es im Positionspapier.

Positionspapier des DFV



Deutscher Feuerwehrverband


 DLRG

Ehrenamt, Bevölkerungsschutz und Infrastruktur

Forderungen der DLRG für die Zukunft.

FRB-Übung. (Quelle: DLRG/Daniel-André Reinelt)

Anm.d.Red.: Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 1. April. Die von der DLRG im Folgenden gestellten Forderungen könnten sich teilweise bereits in der Umsetzung befinden.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (kurz: DLRG) ist mit knapp 630.000 Mitgliedern einer der mitgliederstärksten Vereine in Deutschland und die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt. Seit 1913 sind ihre Mitglieder ehrenamtlich tätig – mit dem Ziel, den Tod durch Ertrinken zu verhindern. Die Aufgaben der DLRG sind vielfältig. Fast alle Bürgerinnen und Bürger kommen früher oder später mit ihr in Berührung. Es gibt allerhand Ansatzpunkte, wie die Bundespolitik am Ziel der DLRG, den Tod durch Ertrinken zu bekämpfen, aktiv mitwirken kann.

Ehrenamt ist Ehrensache

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland wird von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern getragen: Mehr als 90 Prozent der Einsätze bewältigen Freiwillige der Hilfsorganisationen. Um mitwirken zu können, nehmen diese Menschen nach ihrem Feierabend, im Urlaub

und am Wochenende an Aus- und Fortbildungen und Einsatzübungen teil. Sie opfern einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit, um Menschen zu helfen und Deutschland krisenfest zu machen.

Den rechtlichen Rahmen für die Einsatzkräfte der DLRG bilden die Rettungsdienst-, Hilfeleistungs- oder

Katastrophenschutzgesetze der Länder. Jedoch existieren teils erhebliche Unterschiede zwischen diesen gesetzlichen Regelungen. Das betrifft den Versicherungsschutz, die Freistellung und Lohnfortzahlungen für Einsätze und Übungen sowie Regelungen für finanzielle Entschädigungen. Doch nicht nur in Bezug auf die Länder werden Helfende ungleich behandelt. Es gibt auch Unterschiede zwischen den Einsatzorganisationen: Während Angehörige des Technischen Hilfswerks (kurz: THW) und der Feuerwehren von umfassenden Regelungen und rechtlichem Schutz profitieren, gilt dies im Bevölkerungsschutz nicht für Ehrenamtliche der DLRG und der anderen Hilfsorganisationen. Sie alle arbeiten am gleichen Einsatzort, leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der öffentlichen Gefahrenabwehr, werden aber unterschiedlich behandelt. Das ist den Ehrenamtlern nicht zu erklären. Respekt vor der Arbeit der Einsatzkräfte sieht anders aus.

Dieser Missstand muss behoben werden. Es braucht ein politisches Bestreben zusammen mit der Innenministerkonferenz, um die Helfergleichstellung durchzusetzen. Damit für gleiches Engagement auch die gleichen Rechte gelten.

Bevölkerungsschutz stärken

Die Zeiten haben sich dramatisch gewandelt. Der Klimawandel und die angespannte geopolitische Situation Deutschlands erfordern dringende Anpassungen im Bevölkerungsschutz. Anpassungen, die die Bundesebene vornehmen muss.

Die Flutkatastrophe 2021 in Deutschland oder zuletzt die massiven Überflutungen in Spanien mit über 200 Toten offenbarten, dass Hochwasser häufiger und dramatischer auftreten. Einsatzkräfte benötigen besondere Fähigkeiten, um bei Hochwasserlagen und in überfluteten Wohngebieten sicher helfen zu können. Die DLRG bildet dafür Spezialisten aus. Inzwischen haben sich bereits 4.300 Strömungsretterinnen und -retter qualifiziert. Für alle DLRG Kräfte, die im Bevölkerungsschutz tätig sind, braucht es aber eine praxisnahe Aus- und Fortbildung in einer möglichst realistischen Trainingsumgebung. Auch bei Feuerwehren, Bundeswehr und anderen Hilfsorganisationen besteht dieser Ausbildungsbedarf, um Kompetenzen zu erweitern und im Einsatz sicherer zu agieren.

Zu diesem Zweck schlägt die DLRG den Bau eines Hochwasserausbildungszentrums vor, das mit der Hilfe des Bundes realisiert werden kann (ausführlichere Information in der Bevölkerungsschutz 1/2025). In diesem können Hochwasserszenarien simuliert werden. Alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben können dort den Einsatz im Hochwasser trainieren. Das Ausbildungszentrum wäre das erste seiner Art in der Europäischen Union und ein Leuchtturmprojekt für den Bevölkerungsschutz.

Eine funktionierende Wasserrettung ist elementar für den Katastrophenschutz – aber auch für den Zivilschutz, der in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Das veranschaulicht die Sprengung des Kachowka-Staudammes im Jahr 2023 in Folge des russischen Angriffskrieges. Ukrainische Einsatzkräfte waren plötzlich mit der Aufgabe konfrontiert, die Zivilbevölkerung aus Wassergefahren zu retten und sie über Gewässer zu transportieren. Im Verteidigungsfall können Notlagen entstehen, die eine Wasserrettung erfordern. Jedoch ist dieser Aspekt nicht im Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (kurz: ZSKG) verankert.

Es bedarf einer Novellierung des § 13 ZSKG im Hinblick auf die Wasserrettung in Zivilschutzlagen. Durch diese Ergänzung kann der Zivilschutz im Allgemeinen und die Organisationen der Wasserrettung im Besonderen besser aufgestellt werden.

Extremwetter machen vor Landesgrenzen nicht halt. Darum haben die DLRG und das THW eine gemeinsame Auslandseinheit aufgebaut, um im Rahmen des europäischen Katastrophenhilfeverfahrens Verantwortung zu übernehmen. Mit dem deutschen EU-Modul Flood Rescue using Boats (kurz: FRB) werden beide Organisationen europaweit bei Bergungs- und Rettungseinsätzen in Überschwemmungsgebieten Hilfe leisten.

Damit die DLRG und Deutschland ihrer Verantwortung gegenüber den europäischen Partnern gerecht werden können, ist fortlaufend eine vollständige budgetäre Absicherung der Aktivitäten durch den Bundeshaushalt notwendig.

Schwimmausbildung. (Quelle: DLRG/Daniel-André Reinelt)



Infrastrukturpolitik: Mit Investitionen die Fähigkeiten zur Selbsthilfe stärken

Die Infrastruktur in Deutschland wurde zu einem beträchtlichen Teil in den 1960er und 1970er Jahren geschaffen. Das gilt auch für die Schwimmbäder. Bund, Länder und Kommunen entwarfen gemeinsam einen Plan und schufen damit auch die Grundlage für die deutsche Bäderlandschaft, wie sie in großen Teilen noch heute besteht. Doch seit der Jahrtausendwende sind hunderte Schwimmbäder dauerhaft geschlossen worden. Die Hälfte der bestehenden Anlagen sind mittlerweile sanierungsbedürftig.

Bäder sind die elementare Voraussetzung für die DLRG-Arbeit und für die Sicherheit der Menschen am und im Wasser: Vor der Gründung der DLRG lag der Anteil von Nichtschwimmern in Deutschland bei 97 Prozent; über 5.000 Menschen ertranken jährlich.

Mittlerweile sind nur noch fünf Prozent der Gesamtbevölkerung Nichtschwimmer und die Ertrinkungszahlen sind auf durchschnittlich rund 400 gesunken. Der positive Trend droht jedoch zu kippen. Mittlerweile verlässt mehr als jedes zweite Kind die Grundschule, ohne sicher schwimmen zu können. Bäder sind aber nicht nur unerlässlich für die Ausbildung im Schwimmen und Rettungsschwimmen. Die Bäder sind Orte der sozialen Teilhabe, der Naherholung, sie fördern die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und machen jede Stadt lebenswerter.

Die DLRG fordert, dass Bund, Länder und Kommunen wieder gemeinsam Verantwortung übernehmen. Zusammen mit den Betreibern und Nutzern der Bäder soll ein flächendeckender Bäderbedarfsplan erstellt werden. Mit dessen Umsetzung sollen die größer werdenden Lücken auf der Landkarte geschlossen und Bestandsbauten modernisiert werden.



Hochwasser in Bayern. (Quelle: DLRG/Daniel-André Reinelt)



Bundeswettbewerb der Bereitschaften 2024 in Cloppenburg: Szene Unfall mit einem Auto und einem Motorrad. Aufgeregte Zeugin bringt die eingetroffenen Sanitäter zum Unfallort. (Quelle: DRK)

Psychosoziale Notfallversorgung im Deutschen Roten Kreuz

Ergebnisse und Zukunftsperspektiven aus Forschungsprojekt PsychoKat

Als nationale Hilfsgesellschaft trägt das Deutsche Rote Kreuz (kurz: DRK) eine besondere Verantwortung in der Psychosozialen Notfallversorgung (kurz: PSNV). Schließlich stellt sie einen zentralen Bestandteil des Bevölkerungsschutzes dar. Seit über 160 Jahren setzt sich das DRK mit seinen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für Menschen in Krisensituationen ein und hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten als einer der wichtigsten Anbieter in der PSNV etabliert. Mit mehr als 100 PSNV-Teams, die überwiegend ehrenamtlich arbeiten, ist das DRK deutschlandweit aktiv.

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (kurz: BMBF) geförderte Verbundprojekt „Bewältigung psychosozialer Lagen in Krisen und Katastrophen“ (kurz: PsychoKat) untersuchte die psychosozialen Auswirkungen von Krisen wie der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe 2021 im Ahrtal. Das Projekt wurde interdisziplinär von der Technischen Universität Braunschweig (kurz: TUBS), dem Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (kurz: FOKUS) und dem Generalsekretariat des DRK realisiert. Ziele waren die Erstellung eines psychosozialen Lagebilds, die Analyse des Hilfesuchverhaltens der Bevölkerung sowie Optimierungsbedarfe der PSNV innerhalb von Hilfsorganisationen am Beispiel des DRK zu identifizieren. Die Ergebnisse wurden abschließend in einer multifunktionalen Kriseninformationsplattform für psychosoziale Lagen gebündelt.

Im Projekt fungierte das DRK als Vermittler zwischen Wissenschaft und Praxis, unterstützte den Forschungsverbund, in dem es Zugang zu relevanten Zielgruppen ermöglichte und verantwortete praxisorientierte Analysen sowie Entwicklungsarbeiten. Die Ergebnisse verdeutlichen: Um die zunehmenden und komplexer werdenden Anforderungen in Krisen und Katastrophen auch in Zukunft wirksam zu bewältigen, sollte die PSNV systematisch weiterentwickelt werden sowohl innerhalb der Organisation als auch in ihrer gesamtgesellschaftlichen Einbettung.

Bestandsaufnahme der PSNV-Strukturen im DRK

Im Projektverlauf wurde erstmalig eine systematische Erhebung und Kartierung der PSNV-Strukturen innerhalb des DRK-Gesamtverbands vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen eine ressourcenstarke Struktur: 66 Prozent der befragten Kreisverbände (Antwortrate: 36 Prozent) gaben an, über ein aktives PSNV-Team zu verfügen. 83 Prozent dieser Teams sind rund um die Uhr einsatzbereit (Horváth et al., 2025, zur Veröffentlichung akzeptiert). Trotz dieses Angebots zeigen sich deutliche Diskrepanzen in der öffentlichen Wahrnehmung: Lediglich 15 Prozent der Bevölkerung sind mit den PSNV-Angeboten des DRK vertraut (Horváth et al., 2025, zur Veröffentlichung akzeptiert). Unter denjenigen, die entsprechende Leistungen in Anspruch nahmen, wurde jedoch ein hohes Maß an Zufriedenheit verzeichnet.

Entwicklung eines standardisierten PSNV-B-Einsatzprotokolls

Eine bedeutende Erkenntnis des Projekts ist die Notwendigkeit standardisierter Einsatz- und Dokumentationsprozesse. In einem partizipativen Entwicklungsprozess wurde ein standardisiertes PSNV-B Einsatzprotokoll konzipiert, das erfolgreich in realen PSNV-Einsätzen getestet wurde (Giesemann, Horváth et al., 2025; zur Veröffentlichung akzeptiert). Das Protokoll erfüllt zentrale Anforderungen der Qualitätssicherung und Einsatznachsorge, erleichtert den Vergleich von Einsätzen und schafft eine Grundlage für den Wissenstransfer in föderalen Strukturen (Giesemann, Horváth et al., 2025; zur Veröffentlichung akzeptiert).

Handlungsempfehlungen

Auf Basis der Projekterkenntnisse wurden zwei zentrale Handlungsempfehlungen entwickelt, die das Potenzial haben, die PSNV noch weiter zu stärken (Horváth et al., 2025, zur Veröffentlichung akzeptiert):

1. **Interne Optimierung:** Durch die Entwicklung gemeinsamer Standards und die Harmonisierung von Einsatz- und Dokumentationsprozessen wird die Vernetzung der PSNV-Teams weiter gefördert, was zu einer noch effektiveren Zusammenarbeit führt.
2. **Externe Maßnahmen:** Die Verbesserung des Wissens über PSNV in der Gesellschaft, die breitere Zugänglichkeit der PSNV-Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sowie der verstärkte internationale Wissensaustausch eröffnen neue Möglichkeiten, die PSNV nachhaltig weiterzuentwickeln und die Resilienz der Gesellschaft zu stärken.

PSNV in überregionalen Einsatzlagen

Ein besonders hervorzuhebender Aspekt aus dem Forschungsprojekt ist die Rolle der PSNV in überregionalen Einsatzlagen. Während der Projektlaufzeit wurden vorangegangene Erkenntnisse auf dem Feld mit den eigenen Daten untermauert. Sie zeigten, dass die bestehenden Strukturen

und Angebote in überregionalen, langfristigen und komplexen Krisensituationen an ihre Grenzen stoßen. Die Folgen für Betroffene können schwerwiegend sein. Hier bedarf es weiterentwickelter Konzepte, einer verbesserten Vernetzung des kompletten psychosozialen Hilfeleistungssystems mit seinen kurz-, mittel- und langfristigen Versorgungsangeboten und einer stärkeren Einbindung sozialer Strukturen vor Ort, um eine kontinuierliche psychosoziale Versorgung auch im überregionalen Einsatzfall stets umfassend sicherzustellen (Giesemann, Günther et al., 2025, zur Veröffentlichung akzeptiert).

Zukunftsperspektiven

Um die PSNV zukunftsfähig zu gestalten, bedarf es einer gezielten Stärkung der intra- und interorganisationalen Vernetzung, gemeinsame Standards sowie einer verbesserten Transparenz entlang der gesamten Versorgungskette. Zugleich muss die Bevölkerung besser über Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der PSNV informiert werden, um realistische Erwartungen zu fördern und die Inanspruchnahme im Bedarfsfall zu erleichtern. Die Erkenntnisse aus PsychoKat ebnen den Weg für weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie konkrete Maßnahmen. Das DRK wird seiner Verantwortung nachkommen, die PSNV kontinuierlich zu optimieren und als starke Säule im Bevölkerungsschutz weiter auszubauen.

LITERATUR

Giesemann, S., Günther, P. S., Horváth, S. & Saltzmann, C. (2025, zur Veröffentlichung akzeptiert). Psychosoziale Notfallversorgung in Großschadenslagen: Neue Erkenntnisse aus praxisorientierter Forschung: In BBK (Hrsg.), Forschung für den Bevölkerungsschutz (Tagungsband).

Giesemann, S., Horváth, S., Aurich, I. & Saltzmann, C. (2025; zur Veröffentlichung akzeptiert). Standardisierung von PSNV-Einsatzprotokollen im Deutschen Roten Kreuz: Ein Beitrag zur systematischen Wissensgenerierung in föderalen Organisationen: In: Gerhold, L., Stelzmann, D., Sterl, S., Glunz, E., & Karge, J. (Hrsg.). Psychosoziale Lage im Bevölkerungsschutz - Grundlagen, Daten und technische Umsetzung (Schriftenreihe Sicherheit).

Horváth, S., Giesemann, S., Aurich, I. & Saltzmann, C. (2025, zur Veröffentlichung akzeptiert). Psychosoziale Notfallversorgung: Gemeinsam stark in Krisenzeiten. Deutsches Rotes Kreuz.



DRK-Sanitätsdienst auf der Fanmeile zur Fußball-WM 2018 in Berlin (Quelle: DRK, Brigitte Hiss)

Sina Giesemann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt PsychoKat beim DRK
Dr. Carolin Saltzmann, Sachgebietsleitung Sicherheitsforschung beim DRK
Sarah Horváth, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt PsychoKat beim DRK



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Thomas Mähnert, Mitglied
des Bundesvorstands der
Johanniter-Unfall-Hilfe.
(Quelle: Johanniter-Unfall-Hilfe)



Kernforderungen der Nationalen Plattform Resilienz an die neue Bundesregierung. (Quelle: www.katrima.de/NP_Statement2025)

Johanniter unterzeichnen aktuelles Statement der Nationalen Plattform Resilienz

Resilienz stärken und Deutschland zukunftsfähig machen

Die Johanniter haben gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus den kommunalen Spitzenverbänden, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur und Bildung das aktuelle Statement der Nationalen Plattform Resilienz unterzeichnet, das am 7. März 2025 veröffentlicht wurde. Unter dem Titel „Resilienz stärken & Deutschland zukunftsfähig machen“ enthält das Statement sieben konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung, um die Widerstandsfähigkeit Deutschlands zu stärken. „Der Bevölkerungsschutz und die Krisenvorsorge stehen vor großen Herausforderungen, die eine Weiterentwicklung bestehender Systeme und den Aufbau neuer Strukturen erforderlich machen. Viele Handlungsansätze, wie die Resilienz von Staat und Gesellschaft verbessert werden kann, liegen vor. Als große Hilfsorganisation unterstützen wir mit unserer Unterschrift die Forderungen der Nationalen Plattform Resilienz an die Bundesregierung, mit den staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren über alle Ebenen und Ressorts hinweg schnell ins Handeln zu kommen“, so Thomas Mähnert, Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Forderungen umfassen die Verbesserung der Koordination, die Förderung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, die Sicherstellung ausreichender Finanzierung, die Schaffung neuer Kooperationsformen und gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie die Implementierung von Resilienzstandards und eines inklusiven Katastrophenrisikomanagements. Insgesamt streben die Mitglieder der Plattform eine ganzheitliche und nachhaltige Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Resilienz an, um Deutschland besser auf zukünftige Krisen und Katastrophen vorzubereiten. Anne Ernst, Geschäftsbereichsleiterin Krisenmanagement & Nothilfe bei den Johannitern, wirkt für die Zivilgesellschaft im Umsetzungsbeirat der Nationalen Plattform im Bundesministerium des Innern und für Heimat mit und war an der Erstellung des Papiers beteiligt: „Es war ein intensiver und interessanter mehrwöchiger Prozess, sich gemeinsam mit den verschiedenen Interessensgruppen auf die Positionen zu einigen und diese zu schärfen. Dabei ist es uns gut gelungen, die Handlungsnotwendigkeiten im Bevölkerungsschutz deutlich sichtbar zu machen.“ Im nächsten Schritt geht es nun darum, die Umsetzung der Resilienzstrategie auch mit der neuen Bundesregierung voranzubringen.

Sieben Kernforderungen an die neue Bundesregierung

Die Bundesregierung hat bereits 2022 mit der deutschen Resilienzstrategie Ziele und Maßnahmen formuliert. In dem Forderungspapier werden die aus Sicht der Mitglieder der Nationalen Plattform Resilienz dringendsten Maßnahmen für die kommende Legislaturperiode hervorgehoben. Die

Das aktuelle Statement der Nationalen Plattform Resilienz finden Sie hier:





Malteser
...weil Nähe zählt.



Der ehrenamtliche Leiter, Pascal Neuendorf (r.), und sein Team. (Quelle: Julian Stähle/Malteser)

Hilfe im Hintergrund

Neue Leitstelle in Berlin eröffnet

In Berlin hat eine der bundesweit modernsten Funkzentralen der Malteser ihren Sitz. Von dort aus koordinieren Einsatzkräfte die Lage bei Veranstaltungen oder Großschadenslagen. Ehrenamtliche haben die hochmoderne Leitstelle eigenständig geplant und aufgebaut.

Laute Technomusik, bunt geschmückte Trucks und eine tanzende Menge: Draußen auf der Straße des 17. Juni in Berlin feierten im Sommer 2024 mehrere Hunderttausend Menschen bei einer der größten Demonstrationen in der Hauptstadt. Doch davon ließ sich drei Kilometer entfernt in der Funkzentrale der Malteser niemand aus der Ruhe bringen. Zehn Funker plus Einsatzleitung überwachten dort von elf Uhr morgens bis weit nach Mitternacht den Großeinsatz, um im Notfall sofort handeln zu können. Am Ende des Tages lief zum Glück fast alles reibungslos. „Dabei war das Einsatzaufkommen knackig“, fasst Pascal Neuendorf, ehrenamtlicher Leiter der Fernmeldezentrale, zusammen.

Für ihn und sein dreißigköpfiges Team „Information und Kommunikation“ (kurz: IuK) bedeutete der Einsatz auch: Feuerprobe bestanden! Denn erstmals wurde bei einem Ereignis dieser Größenordnung aus der neuen hochmodernen Funkzentrale der Berliner Malteser gefunkt. Sie befindet sich im Dachgeschoss der Dienstgeschäftsstelle in Berlin-Charlottenburg.

Von ehrenamtlichem Team in Eigenleistung realisiert

Dort, wo früher noch mit Zettel und Stift die Funksprüche bei Großveranstaltungen aufgenommen wurden, ist vor



Ein Arbeitsplatz in der neuen Funkzentrale. (Quelle: Julian Stähle/Malteser)



Trotz moderner Technik – ohne Ehrenamtler liefе gar nichts. (Quelle: Julian Stähle/Malteser)

einigen Monaten alles auf moderne IT-Infrastruktur mit neuen Computern, Monitoren und einem eigenen Rechenzentrum umgestellt worden. Das Besondere: „Den Umbau und die Renovierung der neuen Fernmeldezentrale hat unser ehrenamtliches Team in Eigenleistung vollbracht“, sagt Neuendorf. In jeder freien Minute und nach Feierabend kamen Ehrenamtliche mit verschiedensten Expertisen wie Informatik, Ingenieurwesen und Elektrik in die Funkzentrale und bestückten die Serverschränke mit neuester Technik. Diese ermöglicht es, dass die Funker in Spitzenzeiten an acht Arbeitsplätzen bis zu zehn Funkgruppen gleichzeitig ansprechen können. „Das wäre mit analoger Technik nicht machbar gewesen“, erklärt Neuendorf.

„Wir helfen mit unserer Stimme“

Ein halbes Jahr nach der Großdemonstration haben sich die Einsatzkräfte erneut in ihrer Fernmeldebetriebsstelle versammelt und simulieren noch einmal den Einsatz aus dem Sommer 2024. Jeweils drei Monitore liefern den Funkern an ihren Arbeitsplätzen einen Überblick über die Einsatzlage. An der Seite zeigt ein riesiger Bildschirm an der Wand eine interaktive Lagekarte vom Einsatzgebiet rund um den Berliner Tiergarten. Dort markiert sind kleine taktische Zeichen mit den verfügbaren Fahrzeugen und Sanitätstrupps. Kommt es zu einem Notfall, bekommen die am nächsten gelegenen freien Trupps eine Alarmierungsinfo als Text auf das Display ihres Funkgerätes. Das ist von Vorteil, weil es auf den meisten Festivals und Großveranstaltungen sehr laut ist. Bei Rückfragen schicken die Einsatzkräfte über die Taste 5 ihres Funkgerätes einen sogenannten Sprechwunsch ab. Ein solcher geht gerade am Arbeitsplatz von Vinzenz Pavlotsky ein. Über sein

Headset kommuniziert er mit einem Sanitätstrupp. „Ja, verstanden, bewusste Person. Ich entsende einen Notarzt und einen Rettungswagen zu Ihrer Einsatzstelle“, sagt der 24-Jährige. Er spricht seine Sätze ruhig und bestimmt, klingt dabei wie ein Tagesschausprecher. Eine Reihe weiter spricht zur selben Zeit Simon Tümmeler in sein Headset. „Johannes KTW 7410/1, Übung. Ich habe aufgenommen: Patient weiblich, 25 Jahre, Verdacht auf Sonnenstich.“ Parallel prüft er auf einem Bildschirm, in welcher nahe gelegenen Unfallhilfsstelle gerade Behandlungskapazitäten verfügbar sind. Ein paar Plätze weiter sitzt Nico Sonack und erklärt, welche Herausforderungen es für die Funker gibt bei solchen Einsätzen. „Wir müssen uns immer aus der Ferne ein Bild von der Lage vor Ort machen“, sagt er. Beim Funken hätten die Disponenten eigentlich nur ein Einsatzmittel, ergänzt sein Kollege Pascal Neuendorf. „Wir helfen mit unserer Stimme“. Die Helfenden bleiben unsichtbar für die Sanitäterinnen und Sanitäter und arbeiten im Hintergrund.

Oberstes Gebot: Ruhe bewahren

Obwohl viele im Raum zeitgleich sprechen, ist es erstaunlich ruhig in der Fernmeldezentrale. Warum das so ist, erklärt Fabian Fröhling, Leiter Notfallvorsorge bei den Berliner Maltesern. „Wenn es hier zugehen würde wie in New York an der Börse, droht Gefahr, dass die Informationen falsch übermittelt werden und dann im schlimmsten Fall die Sanitätstrupps komplett in die falsche Richtung zum Patienten laufen.“ Ruhe und Besonnenheit sei das oberste Gebot, denn im schlimmsten Fall geht es um die Rettung von Menschenleben. Doch auch in stressigen Situationen sind es alle im Team gewohnt, innerhalb kürzester Zeit überlegt Entscheidungen zu treffen.

75 ultramarinblaue Jahre

Das THW feiert Jubiläum

Nach der Verwüstung infolge von Sturmtief „Bernd“ errichteten THW-Kräfte im Ahrtal zahlreiche Behelfsbrücken. (Quelle: THW/Michael Matthes)

Am 22. August 2025 feiert das Technische Hilfswerk (kurz: THW) sein 75-jähriges Bestehen. Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen mitgebracht, an denen das THW gewachsen ist. Heute zeigt es sich schlagkräftiger, vielfältiger, internationaler denn je. Unverändert geblieben ist das Selbstverständnis als operative Zivil- und Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Oder wie es im ersten Leitsatz der Bundesanstalt schlicht heißt: „Wir sind jederzeit bereit, in Deutschland und weltweit zu helfen.“

Das THW gibt es seit dem 22. August 1950: An diesem Tag erhielt Otto Lummitzsch durch Bundesinnenminister Gustav Heinemann den Auftrag zum Aufbau eines zivilen Ordnungsdienstes. Bereits im Sommer 1951 gab es in rund 250 Orten Ansprechpartner für potenzielle Ortsverbände. Ein halbes Jahr später hatten sich bereits 3.000 ehrenamtliche Helfende eingefunden. Alleine bis 1958 stieg ihre Zahl auf 52.500. Nach der Wiedervereinigung wurden 1991 auch in den neuen Bundesländern die ersten 20 Ortsverbände gegründet – mittlerweile sind es rund 100.

Überhaupt ist das THW größer geworden: Im Jahr 2025 haben deutschlandweit rund 88.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte in 668 THW-Ortsverbänden ihr zweites Zuhause gefunden. Hand in Hand mit ihnen arbeiten rund 2.200 hauptamtlich Beschäftigte. Große Zahlen! Was aber zieht so viele Menschen gerade ins THW-Ehrenamt?

Doppelte Faszination – das Besondere am THW-Ehrenamt

Wer sich ehrenamtlich beim THW engagiert, findet Kameradschaft, fachliche Expertise und einzigartige Ausrüstung – vor allem aber eine unmittelbar sinnhafte Tätigkeit. Die Anziehungskraft der „Faszination Helfen“ zeigt sich in den stetig wachsenden Mitgliedszahlen, die auch von der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 kaum betroffen waren. Die THW-Helferinnen und -Helfer sind heute nicht nur zahlreicher, sie sind auch diverser denn je. Ortsbeauftragte, Kraftfahrerinnen, Truppführerinnen – mehr als 15.500 der rund 88.000 Ehrenamtlichen sind weiblich. Das war nicht immer so: Erst ab 1959 war es Frauen überhaupt erlaubt, sich im THW zu engagieren, damals etwa als Sanitätshelferinnen oder in der Verwaltung. Ab dem Jahr 1968 durften sie dann auch an Einsätzen teilnehmen – sofern diese körperlich nicht belastend

waren. Erst in den 1970er-Jahren wurden Frauen im THW umfassend ausgebildet.

Ein weiterer Anreiz für ein Ehrenamt im THW findet sich schon im Namen der Bundesanstalt: die „Faszination Technik“. Um auch komplexe Katastropheneinsätze zu bewältigen, bedienen sich die Einsatzkräfte in der heutigen Zeit hochspezialisierter Ausstattung. In den Anfangsjahren des THW wurde bewusst auf komplexe technische Gerätschaften verzichtet. Einfache, aber pragmatische Ausstattung sollte die Einheiten befähigen, autark zu agieren. Zur typischen Ausstattung zählte ein Bergungsrucksack, der verschiedene Werkzeuge, Decken, Sanitätsausstattung und Handscheinwerfer enthielt. Auch der multifunktionale Einsatzanzug (kurz: MEA) hatte einen schlichten Vorläufer: Wo heute Materialien aus Funktionsfasern vor Schnitten, Stichen, Hitze, Wind und Minustemperaturen schützen, mussten sich die Einsatzkräfte in den Anfangsjahren des THW mit weißem Leinen- und Baumwollstoff begnügen. Trotz wachsender Gerätschaften sind die THW-Kräfte agil geblieben: Um Motorkettensägen, Trennschleifer, Stromerzeuger, Pumpen und Abstützmaterial zum Einsatzort zu transportieren, bringt der klassische Gerätekraftwagen 300 PS mit – der Tempo Matador, der Kastenwagen der ersten motorisierten Bereitschaftszüge, kam damals auf 34 PS.

So haben sich die THW-Kräfte über die Jahre mit wechselnden Mitteln in mehr als 140 Ländern diversen Katastrophen entgegengestellt.

Sturmflut, Erdbeben, Flutkatastrophen – 75 Jahre Einsätze

Der erste Auslandseinsatz des THW fand kurz nach seiner Gründung statt. Anfang Februar 1953 wurden die Niederlande von der schwersten Nordsee-Sturmflut des 20. Jahrhunderts getroffen. Sechs Tage nachdem „de Ramp“ verheerende Verwüstung angerichtet hatte, trafen die ersten



Nach der Hollandsturmflut 1953 halfen die THW-Taucher maßgeblich bei den Bergungsarbeiten. (Quelle: THW)



Mit dem Hilfeersuchen der polnischen Regierung begann für das THW im Jahr 1997 ein mehrwöchiger Oderfluteinsatz. (Quelle: THW/Christian Stutterheim)

THW-Kräfte mit Pumpen, Notstromaggregaten, Motorkettensägen und Schaufeln ein. Während des mehr als sechswöchigen Einsatzes retteten sie Menschen aus dem eiskalten Wasser, transportierten Lebensmittel oder Sandsäcke und schlossen Deichdurchbrüche. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg halfen deutsche Einsatzkräfte wieder im Ausland.

Im Jahr 1962 folgte ein Großeinsatz im eigenen Land: Eine Sturmflut verwüstete Hamburg und Norddeutschland. In mehr als 230 Einzeleinsätzen retteten rund 6.500 THW-Einsatzkräfte unter orkanartigen Schneestürmen Menschen, bargen Güter und sicherten Deiche. Der bis dato größte Einsatz des THW zeigte jedoch auch, dass die Helfer noch nicht in ausreichendem Maße über geeignete Bekleidung, Fahrzeuge und Funkausrüstung verfügten. Deshalb beschafften die Länder unter anderem Transporter für das THW oder Trinkwasseraufbereitungsanlagen, die das THW betrieb.

Ein weiterer Großeinsatz veränderte das Einsatzspektrum des THW im Jahr 1985. Zwei schwere Erdbeben erschütterten Mexiko. Während einer Woche unermüdlicher Arbeit retteten 40 THW-Kräfte 26 Menschen aus den Trümmern. Im Nachgang dieses Einsatzes gründete das THW die Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (kurz: SEEBA). Heute sind SEEBA-Kräfte innerhalb weniger Stunden nach Alarmierung abflugbereit – und können am Zielort mindestens zehn Tage lang ohne Unterstützung und Versorgung von außen operieren.

Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt von großen Hochwassereinsätzen im eigenen Land. Immer wieder retteten THW-Kräfte Menschen, befüllten und verbauten Sandsäcke, arbeiteten mit Hochleistungspumpen gegen die Fluten an und bereiteten Trinkwasser auf. So war es im Jahr 1993 zunächst der Rhein, der über seine Ufer trat und mehrere Tausend THW-Kräfte um die Weihnachtszeit forderte. Schon 1995 folgte das nächste Rhein-Hochwasser. Zwei Jahre später waren THW-Kräfte in Tschechien, Polen



Im Jubiläumsjahr heißt es: „75 Jahre ehrenamtliches THW – stark im Zivil- und Katastrophenschutz!“ (Quelle: THW)



Eine Werkzeugkiste auf Rädern: Der THW-Gerätekraftwagen transportiert bis zu neun Helferinnen und Helfer sowie Klein-, Groß- und Spezialwerkzeug. Er besitzt einen Allradantrieb sowie eine Seilwinde. (Quelle: THW/Andy Schmiedichen)

und Deutschland bei Überschwemmungen im Einsatz, nachdem die Oder über ihre Ufer getreten war. Im Jahr 2002 verbauten THW-Helferinnen und -Helfer bei einem Elbe-Hochwasser in sieben Bundesländern rund 33 Millionen Sandsäcke und legten unter anderem einen Sandsackring um die Dresdner Frauenkirche.

Im Jahr 2015 begegnete das THW einer neuen Art der Herausforderung. Für die zahlreichen Geflüchteten aus Krisengebieten engagierten sich in diesem Jahr rund 14.200 Ehrenamtliche an mehr als 800 Orten in Deutschland – nie zuvor waren THW-Kräfte an so vielen Stellen bundesweit gleichzeitig im Einsatz. Sie richteten Notunterkünfte ein, halfen dabei, Infrastruktur für Strom, Wasser und Abwasser aufzubauen, oder übernahmen logistische Aufgaben. Außerdem bauten sie Sandkästen für geflüchtete Kinder oder gemeinsam mit Asylsuchenden Fahrradständer aus Holz.

Den größten Einsatz in seiner Geschichte erlebte das THW, als Starkregenfälle infolge des Tiefs Bernd Mitte Juli 2021 eine Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen auslösten. Erstmals waren alle 668 THW-Ortsverbände in den betroffenen Gebieten im Einsatz, retteten Menschen, befestigten Deiche und pumpten Keller leer. In den darauffolgenden Wochen und Monaten verlagerten sich die Einsatzschwerpunkte der über 17.000 THW-Kräfte auf die Wiederherstellung der Infrastruktur. In rund 2,7 Millionen Einsatzstunden versorgten sie Schulen und Krankenhäuser mit Strom, entsorgten ausgelaufenes Heizöl oder kontaminierten Schlamm und räumten Straßen. Sie bereiteten fast fünf Millionen Liter sauberes Wasser auf. Auch eine Kernkompetenz des THW zahlte sich bei diesem Einsatz aus: So hatte die Flut alleine im Landkreis Ahrweiler 62 Brücken zerstört. Bereits zwei Wochen nach der Katastrophe stand die erste THW-Behelfsbrücke. 33 weitere Brücken folgten in den Wochen nach der Verwüstung durch Sturmtief Bernd. Der Einsatz verschaffte

den THW-Kräften eine neue Sichtbarkeit: Noch im selben Jahr traten mehr als 3.770 neue Helferinnen und Helfer bei – der größte Zuwachs in der Geschichte des THW.

Viele Hände waren auch notwendig, als 2022 mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine der größte Logistikeinsatz in der Geschichte des THW begann. Im Auftrag der Bundesregierung beschaffte das THW überwiegend mit Mitteln des Auswärtigen Amts Hilfsgüter im Wert von insgesamt mehr als 138 Millionen Euro, darunter Fahrzeuge, Baumaschinen und Stromerzeuger.

Der Blick nach vorn – neue Zeiten, altvertraute Aufgaben

Es ist der geopolitischen Lage dieser Tage geschuldet, dass sich nach 75 Jahren ein Kreis schließt: 1950 wurde das THW gegründet, um im Zivilschutzfall technische Hilfe zu leisten. Dazu kam es bisher glücklicherweise nicht. Stattdessen nutzte das THW seine Ressourcen, um den Katastrophenschutz auf Länderebene zu unterstützen – doch der gesetzliche Auftrag der Gründerjahre dauert fort. Heute ist die Zivilschutzfähigkeit des THW verstärkt in den Fokus gerückt – im Jubiläumsjahr gilt explizit: „75 Jahre ehrenamtliches THW – stark im Zivil- und Katastrophenschutz!“ Um in Zeiten hybrider Kriegsführung weiterhin resilient zu bleiben, baut das THW seine Fähigkeiten und Ressourcen weiter aus. Auch im Zivilschutzfall würde es von 75 Jahren verschiedenster Katastropheneinsätze profitieren, die ein breites Feld an Expertise hervorgebracht haben. Als Zivil- und Katastrophenschutzorganisation des Bundes ist das THW für die Zukunft gut aufgestellt – dank des Engagements der 88.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Nachrichten

Wegweiser für IT-Fragen von Kommunalverwaltungen ist online



Hier geht's zum
Wegweiser:



Seit Dezember 2024 ist die Handreichung „Kommunale IT-Krisen: Handlungsfähigkeit sichern. Ein Wegweiser zur Bewältigung und Prävention“ vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) und vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (kurz: BSI) online verfügbar.

Die Idee eines solchen Wegweisers für Kommunalverwaltungen entstand im Dialog mit Kommunen und kommunalen IT-Dienstleistern. Er soll dabei helfen, auch mit wenig Finanz- und Personalaufwand eine bessere Vorsorge gegenüber Bedrohungen aus dem Cyberraum zu treffen. Hier wird ein niedrigschwelliger Einstieg in die Thematik geboten und ein effizienter

Umgang mit IT-Krisen in der öffentlichen Verwaltung gefördert. Auch die verschiedenen Anregungen, die von Kommunen genutzten Daten und Infrastrukturen effektiver vor Gefahren zu schützen, stärken die kommunale IT-Resilienz.

Durch ihren modularen Aufbau und viele konkrete Beispiele ist die Handreichung verständlich und anschaulich ausgearbeitet. Somit ist sie auch für IT-fachfremde Personen geeignet. Dazu enthält sie eine umfangreiche Sammlung weiterführender Informationen und Hinweise zu verwandten Themen. Die zahlreichen Verlinkungen verhelfen schnell und effizient zur Vertiefung einzelner Themen.

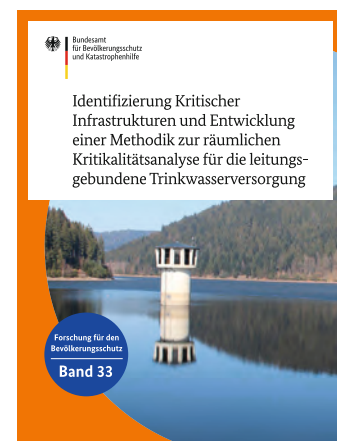
Das BBK-Projekt KritisGIS-T¹ stellt Methodik zur Kritikalitätsanalyse von Trinkwasserversorgungsanlagen vor

Die Funktionsfähigkeit Kritischer Infrastrukturen (kurz: KRITIS) ist für die Versorgung der Bevölkerung mit kritischen Dienstleistungen entscheidend. Zu den kritischen Dienstleistungen zählen beispielsweise die Strom- und Wasserversorgung. Um die Versorgung mit kritischen Dienstleistungen auch in einer Krise weitestgehend aufrechtzuerhalten, ist eine zielgerichtete Erreichung von Maßnahmen im Kontext des Risiko- und Krisenmanagements notwendig. Dafür ist es wichtig, Kritische Infrastrukturen zu identifizieren. Die Trinkwasserversorgung ist als unerlässliches Element der Daseinsvorsorge als KRITIS definiert. Um sowohl im Krisenfall als auch bei präventiven Maßnahmen eine Priorisierung einzelner Bestandteile der Trinkwasserversorgung zu ermöglichen, ist die Bewertung der Kritikalität der einzel-

nen Anlagen erforderlich. Im Rahmen dieses BBK-Projektes KritisGIS-T wurde deshalb eine Methodik entwickelt, um die Bedeutung einzelner Anlagen vergleichbar zu machen. Die Methodenentwicklung erfolgte anhand von drei Modellgebieten, die unterschiedliche Wasserversorgungsstrukturen aufweisen. Zur Plausibilisierung beziehungsweise Methodenvalidierung wurden fiktive Szenarien analysiert sowie ehemalige mit aktuell veränderten Strukturen der Wasserversorgungssysteme verglichen. Die Eingangsgrößen sowie die Ergebnisse der Kritikalitätsanalyse sollten keineswegs veröffentlicht werden, da es sich um sensible Daten im Kontext KRITIS handelt.

Erschienen ist die Kritikalitätsanalyse in der Reihe „Forschung für den Bevölkerungsschutz“ Band 33.

Weitere Informationen
finden Sie hier:



¹ Der Projektname KritisGIS-T steht für die Identifizierung Kritischer Infrastrukturen und Entwicklung einer Methodik zur räumlichen Kritikalitätsanalyse für die leitungsgebundene Trinkwasserversorgung.

Zwei neue Veröffentlichungen zur Notstromversorgung



2024 wurde der Leitfaden Notstromversorgung in Unternehmen und Behörden überarbeitet. Er erläutert die Schritte, die für eine passgenaue und einsatzbereite Notstromversorgung nötig sind. In der Neuauflage hat das BBK mit der Normungsorganisation Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (kurz: DKE) zusammengearbeitet. Ergänzt wurden zum Beispiel Punkte zur Einbindung von Batteriespeichern oder Photovoltaikanlagen. Herausgekommen ist ein rundum erneuerter Leitfaden, der weiterhin eine gut verständliche Hilfestellung für den Aufbau und Betrieb einer wirksamen Notstromversorgung bietet.

Hier finden Sie die
Publikation:



Ebenfalls 2024 erschienen sind die Ergebnisse der Studie „Einsatz erneuerbarer Energieanlagen und -speicher zur mobilen und stationären Notstromversorgung“. Diese wurde 2021 von der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg im Auftrag des BBK durchgeführt. In ihr wurde systematisch die Eignung verschiedener erneuerbarer Energien für die Notstromversorgung untersucht und anhand von definierten Anforderungen abgeprüft. Während konventionelle Generatoren derzeit die Anforderungen insgesamt noch besser erfüllen, zeigen die untersuchten Alternativen in einzelnen Kategorien Vorteile. Die Studie zeigt zudem Ansätze auf, wie erneuerbarer Erzeugungsanlagen perspektivisch stärker zur Notstromversorgung beitragen können.

Hier finden Sie die
Publikation:



IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<https://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Nathalie Schopp (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-2400
Sebastian Heuft,
Tel.: 022899-550-3621
Manuela Schönfeld,
Tel.: 022899-550-3613

Layout:

Manuela Schönfeld, Sebastian Heuft

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (März, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an:
redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26,
33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Titelbild: ©BBK

Das Chilehaus in Hamburg

2015 wurden zwei Hamburger Stadtareale unter dem offiziellen Titel „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. Ein weltweit einzigartiges Ensemble maritimer Speicherrhäuser und modernistischer Bürogebäude, zugleich außergewöhnlicher Ausdruck der Folgen des rasanten internationalen Handelswachstums im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Schon allein die besondere Hervorhebung im Namen des offiziellen Welterbe-Ensembles lässt erahnen, welche herausragende Bedeutung das Chilehaus trägt.

Architektonische Meisterleistung zwischen Moderne und Hommage an die Seefahrt

Noch heute gilt das expressionistische Backsteingebäude, das nach Entwürfen von Fritz Höger von 1922 bis 1924 errichtet wurde, als Meilenstein der Architekturgeschichte. Seinen Namen verdankt das bekannteste Kontorhaus dem Bauherrn des Gebäudes: Henry B. Sloman, der im kolonialen Chile durch den Handel mit Salpeter großen Reichtum erlangt hatte. Als Hommage an das Land, das den wirtschaftlichen Erfolg der Familie begründet hatte, lässt er das Chilehaus errichten.

Mit seiner Vision einer modernen, zugleich an die hanseatische Tradition angelehnten Architektur, setzt Höger neue Maßstäbe. Die Architektur des Chilehauses lässt sich auf verschiedene historische Strömungen zurückführen und stellt durch die neuartige Interpretation einen gestalterischen Aufbruch dar. Besonders prägend ist der Einfluss der norddeutschen Backsteingotik, die sich in der vertikalen Fassadengliederung und der Verwendung von Backstein zeigt. Doch auch der Einfluss der amerikanischen Wolkenkratzer-Architektur, kombiniert mit Charakteristika des Expressionismus, wird an der betonten Höhenwirkung, der dynamischen Fassadenführung und der klar strukturierten, geometrischen Formensprache erkennbar. Besonders markant ist die scharf zulaufende Gebäudespitze, die an den Bug eines Ozeandampfers erinnert.

Eine weitere Besonderheit sind die kunstvollen Klinkerfassaden. Höger verwendete speziell gebrannte, unregelmäßige Klinkersteine, die dem Bau eine lebendige Textur verleihen. Zudem ist jeder siebte Stein leicht gedreht eingebaut, um eine zusätzliche Struktur und Tiefe zu erzeugen. Beim Bau des Chilehauses wurden beeindruckende Mengen an Material verbaut: Rund 4,8 Millionen Klinkersteine prägen die Fassade, zudem wurden 2.800 Fenster im ikonischen Bürogebäude verbaut.

Das Chilehaus: UNESCO-Welterbe heute noch ein lebendiger Ort, der Historie und Gegenwart verbindet.
(Quelle: Union Investment)



Durch seine innovative Gestaltung prägt fortan das Chilehaus das Stadtbild und bleibt selbst im zweiten Weltkrieg weitestgehend unbeschadet.

In den 1930er-Jahren bemühte sich der Architekt Fritz Höger um eine Annäherung an das nationalsozialistische Regime. Doch als einer der wichtigsten Vertreter des Backstein-Expressionismus fand die Gestaltung seiner Bauwerke bei den Nationalsozialisten wenig Anklang.

Architektur als Ausdruck einer Epoche und kulturelles Erbe

Das Chilehaus verkörpert den architektonischen und wirtschaftlichen Optimismus der Weimarer Republik und ist zugleich Spiegel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs: Ein außergewöhnliches Zeugnis der baulichen Tradition Hamburgs als Hanse- und Hafenstadt und des Selbstverständnisses ihrer Kaufleute. Nach einem Jahrhundert bleibt das Chilehaus auch heute ein lebendiger Ort, der Historie und Gegenwart miteinander verbindet, und ein zentraler Bestandteil des Hamburger Wirtschaftslebens. Es beherbergt eine Vielzahl an Unternehmen, darunter Anwaltskanzleien, Medienfirmen und Handelsgesellschaften. In seiner Rolle als UNESCO-Welterbe bleibt das Chilehaus ein prägendes Element des städtischen Raums und ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie Architektur die Identität und Geschichte einer Stadt bewahren kann.

Weiterführende Links: www.chilehaus.de, www.hamburg.de, www.unesco.de

Sabina Libertini arbeitet im Referat Baulicher-technischer Schutz und Kulturgutschutz im BBK.

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn





Heterogene Lerngruppen stellen im Bevölkerungsschutz eine besondere Herausforderung dar. (Quelle: Notfallseelsorge Mülheim an der Ruhr)

Das „BeSchuDi“-Projekt im Überblick

Professionalisierung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten im Bevölkerungsschutz

Harald Karutz, Angela Hammerl und Corinna Posingies

Das Projekt **Entwicklung einer bereichsspezifischen, kompetenzorientierten Bevölkerungsschutzdidaktik** (kurz: BeSchuDi) wird von September 2023 bis September 2025 durchgeführt. Die ausführende Einrichtung ist das Institute for Psychosocial Crisis Management an der MSH Medical School Hamburg; Projektleiter ist Prof. Dr. Harald Karutz. Gefördert wird das Projekt vom BBK.

Hier geht's zur Projektseite:



Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im gesamten Bevölkerungsschutzsystem befinden sich derzeit in einem dynamischen Veränderungs- und Professionalisierungsprozess. Vor diesem Hintergrund finanziert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) ein Forschungsprojekt, in dem ein bereichsspezifisches, kompetenzorientiertes Rahmenmodell für eine Bevölkerungsschutzdidaktik erarbeitet werden soll. Dieses Projekt, das Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der MSH Medical School Hamburg bearbeiten, wird nachfolgend in einem orientierenden Überblick vorgestellt.

Hintergrund

Nachdem Erkenntnisse aus der Erziehungswissenschaft im Bevölkerungsschutzsystem lange Zeit weitgehend unbeachtet geblieben sind (Karutz und Mitschke, 2014), zeichnet sich seit einigen Jahren eine deutliche pädagogische Professionalisierung ab (Karutz und Mitschke, 2018a). Dazu beigetragen haben sicherlich veränderte formelle Vorgaben wie zum Beispiel die Forderung nach akademisch qualifizierten Lehrkräften in der Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern (Weyland und Grunau, 2013).

Aber auch unabhängig von solchen gesetzlichen Regelungen scheint längst (an-)erkannt worden zu sein, dass die Entwicklung von Handlungs-, Problemlösungs- und Entscheidungskompetenzen durch eine zeitgemäße, pädagogisch und psychologisch fundiert begründete Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen tatsächlich begünstigt wird (siehe zum Beispiel Franke und Mitschke, 2013; vergleiche auch Siebert und Rohs, 2017 sowie Bräuer, 2022). Schon vor einigen Jahren wurden Aus-, Fort- und Weiterbildungen in den verschiedenen Hilfsorganisationen entsprechend modifiziert (zum Beispiel Spiewok, 2015), und auch die Feuerwehr-Dienstvorschriften werden derzeit kompetenzorientiert überarbeitet (Bräuer, Höfs und Meyer, 2013).

Hinzu kommt, dass die verschiedenen aktuellen Krisenlagen nicht nur – einmal mehr – die grundsätzliche Notwendigkeit angemessener Qualifizierungsmaßnahmen aufgezeigt haben. Vielmehr ist, zumindest in bestimmten Bereichen des Bevölkerungsschutzes, auch ein deutliches Optimierungspotential erkennbar geworden: Insbesondere die Handlungskompetenz von Krisenstabsmitgliedern setzt eine entsprechende Vorbereitung voraus, die offenbar noch verbessert werden könnte (Gißler, Herbe und Fathi, 2024). Der Teilnahme an entsprechenden Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen – vor allem realitätsnahen Simulationstrainings und Übungen – kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu.

Schließlich hat sich auch die Coronavirus-Pandemie ausgewirkt: Einerseits ist durch sie die Vulnerabilität und Kritikalität des gesamten Bildungswesens, also auch der Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz, eindrucksvoll erkennbar geworden (Karutz, Posingies und Dülks, 2022). Andererseits hat die Pandemie im Hinblick auf Digitalisierungsprozesse völlig neue Perspektiven aufgezeigt und somit auch beziehungsweise gerade im Bildungswesen einen Entwicklungsschub ausgelöst (Eickelmann und Gerick, 2020). Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass sich die Bildung und Ausbildung im gesamten Bevölkerungsschutzsystem derzeit sehr stark wandelt.

Forschungsstand

Grundgedanken und erste Strukturierungsversuche für eine spezifische Notfallpädagogik sind – in Analogie zur Notfallmedizin und zur Notfallpsychologie – ab circa 2004 veröf-

fentlicht worden (Karutz, 2004a). Ein Sammelband, in dem zielgruppenspezifisch differenzierte Konzepte für das pädagogische Handeln im Bevölkerungsschutz systematisch dargestellt sind, ist 2011 erschienen (Karutz, 2011). In den darauffolgenden Jahren wurde das ursprüngliche Konzept einer Notfallpädagogik daraufhin zu einer Bevölkerungsschutzpädagogik weiterentwickelt (Mitschke und Karutz, 2017). Dabei haben insbesondere die in der Erwachsenenbildung generell zu beobachtenden Paradigmenwechsel

- von der Input- zur Outputorientierung beziehungsweise
- von der Wissens- zur Kompetenzorientierung,
- vom fächerzentrierten Unterricht zum Lernfeldansatz,
- von Frontalsettings zu methodischen variierenden Lernarrangements,
- vom allwissenden Dozieren zur Lernbegleitung auf Augenhöhe beziehungsweise
- von der Lehrenden- zur Lernendenzentrierung,
- von einer Vermittlungsdidaktik zu einer Ermöglichungs- beziehungsweise Aneignungsdidaktik sowie
- von der Fremd- zur überwiegenden Selbstorganisation und Selbstverantwortung

im Vordergrund gestanden (ausführlich siehe zum Beispiel Arnold, 2012; Arnold und Schüssler, 2015; Erpenbeck und Sauter, 2016; Siebert, 2015).

Aktuelle Erkenntnisse aus der Erziehungswissenschaft, insbesondere im Hinblick auf eine konstruktivistisch begründete Erwachsenenbildung, haben insofern auch im Bevölkerungsschutzsystem bereits Eingang in die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen sowie die Formulierung pädagogischer Leitbilder und Konzepte gefunden (siehe zum Beispiel BBK, 2015a und b; BBK, 2017). Inzwischen liegen sogar erste Evaluationsstudien einzelner Bildungsangebote im Bevölkerungsschutz vor (Mähler, Hofinger, Künzer et al., 2019). Dennoch sind aus erziehungswissenschaftlicher Sicht noch immer zahlreiche Fragen ungeklärt, so beispielsweise

- die Frage nach der grundsätzlichen Übertragbarkeit und Anwendbarkeit von Erkenntnissen aus der Berufspädagogik beziehungsweise anderen Subdisziplinen der Erziehungswissenschaft auf Bildung und Ausbildung im Bevölkerungsschutz (vergleiche Hahnen und Karutz, 2018),
- die Abgrenzung einer Bevölkerungsschutzpädagogik von sowie die exakte Schnittstellengestaltung

zu benachbarten Disziplinen wie zum Beispiel der Krisenpädagogik (Adl-Amini, 2022; Burgheim, 2002) und der Gesundheitspädagogik (Beerlage, 2017),

- die Frage danach, welche Anforderungs- und Kompetenzprofile eigentlich für welche Tätigkeiten im Bevölkerungsschutz erforderlich sind und wie eine entsprechende Eignungsdiagnostik etabliert werden kann,
- die Frage danach, wie Kompetenzen nicht nur systematisch angebahnt und weiterentwickelt, sondern auch nachhaltig erhalten und überprüft werden können,
- die Frage danach, wie sich institutionalisierte sowie informelle Lernprozesse hilfreich miteinander verknüpfen lassen und nicht zuletzt
- die sehr grundsätzliche Frage danach, wie konkret in didaktischer und methodischer Hinsicht auf die Besonderheiten und Erfordernisse des Bevölkerungsschutzes reagiert werden soll.

Zwar wurden bereits diverse kompetenzorientierte Curricula erarbeitet und auch durchaus erfolgreich in der Praxis etabliert (zum Beispiel Bockemühl, 2018; Runte, Karutz und Neumeier, 2021). Eine befriedigende Lösung für sämtliche methodischen und didaktischen Herausforderungen, die mit notfall- und krisenbezogenem Unterricht verbunden sind, gibt es bislang jedoch nicht. Daraus ergibt sich, dass viele Lehrkräfte im Bevölkerungsschutz auf improvisiertes und intuitives pädagogisches Handeln angewiesen sind. Das muss nicht zwingend schlecht, das heißt ineffektiv oder kontraproduktiv sein. Dennoch wäre eine wissenschaftlich begründete beziehungsweise legitimierte Herangehensweise wünschenswert.

Forschung zur Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bevölkerungsschutz

Ein erstes Forschungsprojekt, in dessen Rahmen eine wertvolle Bestandsaufnahme von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten im Bevölkerungsschutz vorgenommen worden ist, wurde von 2017 bis 2020 durchgeführt, und als Ergebnis wurde dabei ein umfangreicher Bildungsatlas Bevölkerungsschutz vorgelegt (Guerrero Lara und Gerhold, 2020).

An die Ausführungen dieser Studie wird derzeit mit dem BeSchuDi-Projekt angeknüpft. Darin wird nun ein didaktisches Rahmenmodell entwickelt, das Akteurinnen und Akteuren auf allen Handlungsebenen als eine Reflexions- und Orientierungshilfe für die Bildungsorganisation,

die inhaltliche Ausrichtung sowie die methodische Strukturierung institutionalisierter Lehr- und Lernprozesse im Bevölkerungsschutzsystem dienen soll. Im Einzelnen werden folgende Projektziele verfolgt:

- Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im Bevölkerungsschutz werden durch die Bezugnahme auf ein didaktisches Rahmenmodell weiter professionalisiert.
- Die spezifischen Besonderheiten von Lehr- und Lernprozessen im Bevölkerungsschutz werden identifiziert und systematisch dargestellt, um sie im pädagogischen Handeln besser als bisher berücksichtigen zu können.
- In diesem Zusammenhang wird ein zeitgemäßes, Lehrende und Lernende verbindendes Verständnis von Bildung beziehungsweise Ausbildung im Bevölkerungsschutz erarbeitet.
- Die zielgruppenspezifische Planung, Durchführung und Nachbereitung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten wird unterstützt.
- Im Hinblick auf das Lernen für Krisen, Kriege und Katastrophen sowie im Hinblick auf das Lernen aus derartigen Ereignissen werden spezifische Handlungsempfehlungen sowie Reflexions- und Planungshilfen vorgelegt.
- Es werden Ansätze für eine Kompetenzdiagnostik sowie die Erarbeitung von Anforderungs- und Kompetenzprofilen im Bevölkerungsschutz aufgezeigt.
- Schließlich werden auch für die Gestaltung und Etablierung digitaler Lehr- und Lernangebote Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Nicht zuletzt soll das Projekt – wie es aktuell ja auch von der Bundesregierung gewünscht und gefordert wird – einen Beitrag dazu leisten, die gesellschaftliche Resilienz zu erhöhen (BMI, 2022): Bildung ist immer auch Krisen- und Katastrophenvorsorge (Hufschmidt und Dikau, 2013), so dass verbesserte Bildungsangebote eine ebenfalls verbesserte Vorbeugung, Vorbereitung und Bewältigungsfähigkeit aller involvierten Akteurinnen und Akteure zur Folge haben. Im Einzelnen werden im BeSchuDi-Projekt folgende Arbeitspakete umgesetzt:

Arbeitspaket 1: Auswertung und systematische Zusammenfassung der relevanten Fachliteratur

Im Rahmen des ersten Arbeitspaketes erfolgt zunächst eine umfangreiche Recherche und Auswertung der

relevanten Fachliteratur. Neben berufspädagogischen Publikationen wird dabei auf Fachliteratur aus der systematischen Pädagogik beziehungsweise zur Bildungstheorie, zur Erwachsenenbildung, zur allgemeinen Didaktik, zur pädagogischen Psychologie sowie zum Bildungsmanagement zurückgegriffen. Außerdem werden die bereits vorliegenden Arbeiten aus dem Feld der Bevölkerungsschutzpädagogik selbst einbezogen: Hier ist beispielsweise hinzuweisen auf

- didaktische Modelle und Konzepte für die Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern (zum Beispiel Karutz, 2004b; Mangelsdorf, 2019),
- Ansätze zur Novellierung der Feuerwehrausbildung (siehe zum Beispiel Bräuer, Höfs und Meyer, 2013),
- Überlegungen zu den Rahmenbedingungen des pädagogischen Handelns im Bevölkerungsschutz (Karutz und Mitschke, 2018b),
- Konzepte für die Ausbildung von Krisenstabsmitgliedern (Adler und Sauter, 2017) sowie
- Überlegungen zu zeitgemäßen Ansätzen für Qualifikationsmaßnahmen im Ehrenamt (Birnkraut, 2013; BBE, 2015, Simonson und Romeu Gordo, 2017).

Es wird sowohl eine Datenbankrecherche als auch eine Recherche nach relevanten Quellen vorgenommen, die naturgemäß nicht in wissenschaftlichen Datenbanken zu finden sind, das heißt es werden auch sogenannte graue Quellen aus dem Bereich der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes sowie des BBK einbezogen. Als Ergebnis dieses Arbeitspaketes wird ein Überblick über den gesamten relevanten Forschungsstand verfügbar sein.

Arbeitspaket 2: Analyse fachlicher Erfordernisse im Bevölkerungsschutzsystem

Im zweiten Arbeitspaket sollen die spezifischen fachlichen Erfordernisse analysiert werden, die im Rahmen eines jeden bevölkerungsschutzpädagogischen Engagements zu berücksichtigen sind. Hier geht es um eine theoriegeleitete Erarbeitung derjenigen Merkmale, die das Handeln in Krisen, Kriegen und Katastrophen charakterisieren und die erst eine eigenständige Bevölkerungsschutzpädagogik legitimieren. Dabei soll deutlich werden, inwiefern sich das gesamte Handeln im Bevölkerungsschutz – bezogen auf Maßnahmen zur Vorbeugung, Vorbereitung, Bewältigung und den Wiederaufbau – von anderen Handlungs-

feldern unterscheidet. So kann (nach Karutz, 2011 sowie Karutz und Mitschke, 2018b) verwiesen werden auf

- die besondere Ereignisvarianz von Unglücken, Krisen und Katastrophen und ihre relative Seltenheit,
- die daher nur begrenzt verfügbaren Vorerfahrungen,
- die Uneindeutigkeit und Ergebnisoffenheit von Gefahren- und Schadenslagen,
- die enorme, oftmals mit Kaskadeneffekten verbundene Komplexität von Entscheidungsprozessen,
- die existenzielle Relevanz des jeweiligen Geschehens,
- die emotionale Aufladung,
- grundsätzlich bestehenden, oftmals auch politisch verstärkten Handlungsdruck sowie
- den damit verbundenen Stressfaktor.

Diese und weitere Merkmale des Themenfeldes, die in einem didaktischen Rahmenmodell berücksichtigt werden müssen, werden als Ergebnis von Arbeitspaket 2 vorgestellt.

Arbeitspaket 3: Analyse einzelner Zielgruppen im Bevölkerungsschutzsystem

Arbeitspaket 3 zielt darauf ab, die unterschiedlichen Zielgruppen in Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten des Bevölkerungsschutzes zu analysieren und ihre jeweiligen Bedarfe und Bedürfnisse hinsichtlich der Ausgestaltung von Bildungsprozessen aufzuzeigen. Hinzuzuweisen ist hier beispielsweise auf hauptberuflich, nebenberuflich und ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz aktive Lernende aus den unterschiedlichsten Alters- und Berufsgruppen und auf den unterschiedlichen Handlungsebenen – von Einsatzkräften bis hin zu Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten, die ggf. auch Mitglied eines Krisenstabs sind. Auch die besondere Situation von Lernenden mit Migrationshintergrund sowie die Relevanz individuell sehr unterschiedlicher Lern- beziehungsweise Bildungsbiographien soll genauer in den Blick genommen werden.

Dabei ist eine starke Heterogenität von Lernenden, die durchaus auch als eine Chance für die Gestaltung von Bildungsprozessen betrachtet werden kann, grundsätzlich keine neue Erkenntnis. Eine systematische Darstellung der in der Bevölkerungsschutzpädagogik zielgruppenspezifisch zu berücksichtigenden Besonderheiten gibt es bislang jedoch nicht.

Arbeitspaket 4: Analyse von Kompetenzen, die im Bevölkerungsschutz erforderlich sind

Im Arbeitspaket 4 sollen Kompetenzen identifiziert werden, die auf den einzelnen Handlungsebenen im Bevölkerungsschutz erforderlich sind, das heißt hier geht es um eine übergreifende Kompetenzbedarfsanalyse. Insbesondere soll dabei angeknüpft werden an die Ausführungen von Kaiser (2007) zur Entwicklung einer Katastrophenkompetenz sowie das Konzept der Krisenkompetenz von Roth (2006 u. 2008). Demnach stehen gerade nicht ausschließlich fachliche, sondern vor allem auch personale, soziale und methodische Kompetenzen im Vordergrund: Neben der Aneignung von Fachwissen und Fertigkeiten geht es gleichermaßen um die Förderung von Flexibilität, Improvisationsfähigkeit, Teamfähigkeit, die Fähigkeit zu vernetztem und historischem Denken und vieles mehr: Auf diese Weise soll erkennbar gemacht werden, welche Kompetenzen für welches Handeln im Bevölkerungsschutzkontext besonders gefördert und entwickelt werden müssen; die Ergebnisse des Arbeitspaketes 4 sollen als Fundament einer Kompetenzmatrix für den Bevölkerungsschutz genutzt werden können.

Arbeitspaket 5: Analyse besonderer Rahmenbedingungen innerhalb des Bevölkerungsschutzes

Im Arbeitspaket 5 werden die besonderen Rahmenbedingungen des Bevölkerungsschutzsystems beziehungsweise der Bevölkerungsschutzpädagogik analysiert (Karutz und Mitschke, 2018c). Insbesondere soll hinterfragt werden, welche Konsequenzen sich für die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit ergeben (siehe zum Beispiel Hameister, Müller und Ziegelmann, 2017) und wie auf heterogene Lerngruppen, spezielle Organisationskulturen, Selbstverständnisse, mentale Modelle und Hierarchien im Einsatzwesen im Rahmen von Bildungsprozessen zielführend reagiert werden kann: Diese Aspekte sind prinzipiell bekannt und auch bereits publiziert (ausführlich siehe zum Beispiel Jenki und Ellebrecht, 2014), in ihrer Relevanz für methodische und didaktische Planungen bislang aber nicht immer konsequent berücksichtigt worden. Darüber hinaus soll untersucht werden, welche pädagogischen Konsequenzen zu ziehen sind, wenn es – wie im Bevölkerungsschutz – nur vergleichsweise selten Gelegenheiten gibt, um Gelerntes in der realen Einsatzpraxis umzusetzen.

Arbeitspaket 6: Erarbeitung eines zeitgemäßen Verständnisses von Bildung und Ausbildung

Im Arbeitspaket 6 soll es darum gehen, Überlegungen aus der Bildungstheorie und der pädagogischen Psychologie, die Vorstellungen von Lehrenden sowie die Erwartungen, Wünsche und Bedürfnisse von Lernenden abzugleichen, um daraus ein gemeinsam getragenes Verständnis von Bildung und Ausbildung zu erarbeiten.

Besondere Aufmerksamkeit soll – neben den institutionalisierten Lehr- und Lernprozessen dabei auch dem informellen Lernen gewidmet werden, das für die Kompetenzentwicklung eindeutig von hoher Bedeutung ist (siehe zum Beispiel Arnold und Schüßler, 2015), bislang im Bevölkerungsschutz aber nur unzureichend beachtet wurde. Auf diese Weise soll zum einen ein übergreifender, bevölkerungsschutzspezifischer Kompetenzbegriff entwickelt werden. Zum anderen gilt es, ein spezifisches Menschenbild der Bevölkerungsschutzpädagogik zu entwickeln, das in Lehr- und Lernprozessen als zentraler Bezugspunkt und Orientierungshilfe dienen soll.

Arbeitspaket 7: Erarbeitung von Leitlinien zur Digitalisierung

Erfahrungen aus der Coronavirus-Pandemie haben aufgezeigt, welches Potential beziehungsweise welche Chancen in der Nutzung digitaler Lehr- und Lernangebote liegen kann (Eickelmann und Gerick, 2020): Unter anderem können Lernprozesse flexibler, individueller und zumindest in Teilbereichen effektiver als in analogen Unterrichtssettings gestaltet werden. Gleichzeitig liegt auf der Hand, dass keineswegs alle im Bevölkerungsschutz erforderlichen Kompetenzen ausschließlich digital entwickelt werden können (Erpenbeck und Sauter, 2007). Auch muss berücksichtigt werden, dass digitale Lehr- und Lernangebote an bestimmte technische Voraussetzungen gebunden sind, die nicht überall – auch nicht in jeder Bildungseinrichtung – und nicht bei jedem Lernenden vorhanden sind.

Vor diesem Hintergrund sollen in Arbeitspaket 7 Leitlinien für die Etablierung digitaler Lehr- und Lernangebote im Bevölkerungsschutz erarbeitet werden. Vor allem sollen Lehrkräften Entscheidungshilfen im Hinblick darauf gegeben werden, in welchen Teilbereichen der Bevölkerungsschutzpädagogik und in welcher Weise eine Digitalisierung sinnvoll ist – und in welchen nicht.

Arbeitspaket 8: Konzeption eines didaktischen Rahmenmodells

Im Arbeitspaket 8 wird schließlich ein didaktisches Rahmenmodell für die Bevölkerungsschutzpädagogik vorgelegt, aus dem sich – anknüpfend an Oelke und Meyer (2014) – ableiten lässt, wer, was, von wem, wann, mit wem, wo, wie, womit und wozu im Bevölkerungsschutz lernen soll.

Die einzelnen Projektergebnisse werden in einem Abschlussbericht präsentiert. Standortausbilder, Lehrkräfte und Schulleitungen in den verschiedenen Bildungseinrichtungen des Bevölkerungsschutzsystems sowie weitere Fach- und Führungskräfte sollen von möglichst konkret formulierten Handlungsempfehlungen in diesem Bericht profitieren und daraus für die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Lehr- und Lernveranstaltungen beziehungsweise von Bildungs- und Ausbildungsprozessen einen konkreten praktischen Nutzen ziehen.

Arbeitsstand und Ausblick

In den ersten Monaten der Projektlaufzeit wurde die Literaturrecherche und -auswertung abgeschlossen; 284 Publikationen wurden dabei in einem systematischen Review zusammengefasst. Um weitere relevante Erkenntnisse zu gewinnen, wurden 29 Interviews mit Expertinnen und Experten sowie eine Online-Befragung durchgeführt, an der insgesamt 1.461 Helferinnen und Helfer aus den verschiedenen Einsatzorganisationen teilgenommen haben. Darüber hinaus fanden drei Expertenworkshops mit Lehrkräften aus dem Bevölkerungsschutzsystem sowie zahlreiche Arbeitstreffen mit Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft und aus der Praxis statt, an denen jeweils einzelne Aspekte des geplanten didaktischen Rahmenmodells diskutiert worden sind. Das Forschungsprojekt wird aktuell noch bis September 2025 fortgeführt. Einzelne Ergebnisse werden in weiteren Publikationen dargestellt.

LITERATUR

Adl-Amini, B. (2002). Krisenpädagogik. Veränderung und Sinn. Kiel: Syllabus.

Adler, T.; Sauter, W. (2017). Kompetenzentwicklung von Krisenmanagern – Ein Modell zur kompetenzorientierten Entwicklung von Führungskräften im Netz. In: Erpenbeck, J.; Sauter, W. (2017): Kompetenzentwicklung im Netz. Stuttgart: Schaeffer Poeschel, S. 489–505.

Arnold, R. (2012). Ich lerne, also bin ich. Eine systemisch-konstruktivistische Didaktik. 2. Aufl. Heidelberg: Carl-Auer.

Arnold, R.; Schübler, I. (Hg.) (2015). Ermöglichungsdidaktik. Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen. 2. Aufl. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Beerlage, I. (2017). Persönliche und gemeinschaftliche Vorsorge. In: Karutz, H./Geier, W./Mitschke, T.: Bevölkerungsschutz. Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Heidelberg 2017, S. 141–153.

Birnkrut, G. (2013). Die Beziehung von Ehrenamtsmanagement und Personalmanagement. In: Hausmann, A.; Murzik, L. (Hg.). Erfolgsfaktor Mitarbeiter. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 211–226.

Bockemühl, P. B. (2018). Anregungen zur Integration von Handlungskompetenzen bei der Revision des Lehrgangs Ausbilder in der Feuerwehr. Unveröff. Masterarbeit, Universität Bonn

Bräuer, M. (2022). Ausbildung von Einsatzkräften – Kompetenzerwerb ermöglichen. Stumpf und Kossendey: Edewecht.

Bräuer, M.; Höfs, T.; Meyer, A. (2013). Paradigmenwechsel in der Ausbildung von Einsatzkräften. Auf dem Weg vom kognitiven und konstruktivistischen Lernparadigma. In: Bevölkerungsschutz 3: 6–10.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BBK) (2015a). Pädagogisches Konzept. Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz. Zugriff am 31.08.2022 auf www.bbk.bund.de

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BBK) (2015b). Pädagogisches Leitbild der AKNZ. Abgerufen am 31.08.2022 auf www.bbk.bund.de

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BBK) (2017). Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz. Bildungsstrategie 2025. Abgerufen am 31.08.2022 auf www.bbk.bund.de

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2022). Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030). Der Beitrag Deutschlands 2022 bis 2030. Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) (2015). Engagiert im Katastrophenschutz – Impulse für ein zukunftsfähiges Freiwilligenmanagement. Dokumentation der Fachkonferenz am 23. September 2015 im Umweltforum Berlin.

Burgheim, W. (2002). Didaktik der Krisenpädagogik. Lehren und Helfen als Bildungskunst. Aachen: Shaker.

Eickelmann, B.; Gerick, J. (2020). Lernen mit digitalen Medien. Zielsetzungen in Zeiten von Corona und unter besonderer Berücksichtigung von sozialen Ungleichheiten. In: Die Deutsche Schule Beiheft 16, S. 153–162.

Erpenbeck, J.; Sauter, W. (2007). Kompetenzentwicklung im Netz – New Blended Learning mit Web 2.0. Berlin: Epubli.

Erpenbeck, J.; Sauter, W. (Hg.) (2016). Stoppt die Kompetenzkatastrophe! Wege in eine neue Bildungswelt. Berlin, Heidelberg: Springer.

Franke, D.; Mitschke, T. (2013). Paradigmenwechsel in der Aus- und Fortbildung des Bevölkerungsschutzes. Zielgruppenorientierte Ausbildungsgestaltung für effektive Bildungsprozesse. In: Brandschutz 67 (6) 410–413.

Frenk, J., Chen, L., Bhutta, Z. et al. (2010). Health professionals for a new century: transforming education to strengthen health systems in an interdependent world. In: The Lancet 376 (9756), 1923–1958.

Gißler, D.; Herbe, S.; Fathi, R. (2024). Die Einsatzführung im Ahrtal 2021. Erkenntnisse aus der Flutkatastrophe für die Leitung und das Führen im Katastrophenschutz. Edewecht: Stumpf & Kossendey.

Guerrero Lara, A.; Gerhold, L. (2020). Bildung im Bevölkerungsschutz. Forschung im Bevölkerungsschutz Band 26. Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Hahnen, D.; Karutz, H. (2018). Didaktische Modelle in der Ausbildung zum Notfallsanitäter: Übertragbarkeit und Anwendung von allgemein- und pflegedidaktischen Modellen. In: Pädagogik der Gesundheitsberufe 5 (4): 244–254.

Hameister, N.; Müller, D.; Ziegelmann, J. P. (2017). Zeitlicher Umfang, Häufigkeit und biografische Dauer des freiwilligen Engagements. In: Tesch-Römer, C.; Vogel, C.; Simonson, J. (Hg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, S. 333–354.

Hufschmidt, G.; Dikau, R. (2013). Bildung als Katastrophenvorsorge. In: Unger et al. (Hg.). *Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz. Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz*. Duncker und Humblot, Berlin, S. 273–291.

Kaiser, A. (2007). Menschenbildung in Katastrophenzeiten. Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren.

Karutz, H. (2004a). Notfallpädagogik: Viel mehr als nur Methodik. In: *Rettungsdienst* 27, S. 846–850.

Karutz, H. (2004b). Fachdidaktik Rettungsdienst: Ein Beitrag zur Professionalisierung der RD-Ausbildung. *Rettungsdienst*, 27 (5) 466–471.

Karutz, H. (Hg.) (2011). Notfallpädagogik. Konzepte und Ideen. Stumpf und Kossendey: Edewecht.

Karutz, H.; Mitschke, T. (2014). Pädagogik im Bevölkerungsschutz: Wieso, weshalb, warum? In: *Im Einsatz* 21: 188–193.

Karutz, H.; Mitschke, T. (2018a). Grundzüge und Handlungsfelder einer Bevölkerungsschutzpädagogik. In: *Notfallvorsorge* 49 (1): 4–13.

Karutz, H.; Mitschke, T. (2018b). Gegenwärtige und zukünftige pädagogische Herausforderungen im Bevölkerungsschutz. In: *Notfallvorsorge* 49 (2): 13–19.

Karutz, H.; Mitschke, T. (2018c). Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz. In: *Bevölkerungsschutz Heft* 4: 2–7.

Karutz, H.; Posingies, C.; Dülks, J. (2022). Vulnerabilität und Kritikalität des Bildungswesens in Deutschland. Eine Betrachtung aus Sicht des Bevölkerungsschutzes. Abschlussbericht. *Forschung im Bevölkerungsschutz Band 31*. Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Mähler, M.; Hofinger, G.; Künzer, L.; Zinke, R.; Kather, F. (2019). Führungskräfte PSNV. Anforderungen und Qualifizierung. Abschlussbericht. *Forschung im Bevölkerungsschutz Band 21*. Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Mangelsdorf, R. (2019). Berufsfelddidaktik Rettungsdienst: Entwicklung und Umsetzung eines innovativen didaktischen Modells für die Ausbildung im Rettungsdienst. Unveröff. Bachelorarbeit, MSH Medical School Hamburg.

Mitschke, T.; Karutz, H. (2017). Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bevölkerungsschutz. In: Karutz, H.; Geier, W.; Mitschke, T. (2017). *Bevölkerungsschutz. Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Heidelberg: Springer, S. 153–166.

Oelke, U.; Meyer, H. (2014). Didaktik und Methodik für Lehrende in Pflege- und Gesundheitsberufen. Berlin: Cornelsen.

Roth, S. (2006). Erwachsenenbildung als Förderer der Schlüsselqualifikation Krisenkompetenz. Norderstedt: Grin.

Roth, S. (2008). Krisen-Bildung. Aus- und Weiterbildung von Kriseninterventionshelferinnen. Hamburg: Dr. Kovac.

Runte, J.; Karutz, H.; Neumeier, H. (2021). Kompetenzentwicklung und -diagnostik in der Ausbildung ehrenamtlicher Führungskräfte im Bevölkerungsschutz. In: *Crisis Prevention Heft* 1: 64–66.

Siebert, H. (2015). Konstruktivistische Leitlinien der Ermöglichungsdidaktik. In: Arnold, R.; Schüßler, I. (Hg.). *Ermöglichungsdidaktik. Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen*. 2. Auflage. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 37–47.

Siebert, H.; Rohs, M. (2017). Lernen und Bildung Erwachsener. 3., überarbeitete Auflage. Bielefeld: Bertelsmann.

Simonson, J.; Romeu Gordo, L. (2017). Qualifizierung im freiwilligen Engagement. In: Tesch-Römer, C.; Vogel, C.; Simonson, J. (Hg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, S. 355–376.

Spiewok, B. (2015). Kompetenzentwicklung in der Aus- und Weiterbildung von Personal für die humanitäre Hilfe. In: *Notfallvorsorge* 1: 11–14.

Weyland, U.; Grunau, J. (2013). Kompetenzorientierung in der Berufsbildung. Aktuelle Entwicklungen und Initiativen. In: Enke, K.; Kuhnke, R. (Hg.). *Lernfeld Rettungsdienst*. Edewecht: Stumpf und Kossendey, S. 25–38.

Prof. Dr. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge und Notfallsanitäter. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Leiter einer staatlich anerkannten Rettungsdienstschule sowie als Dozent an den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz. Unter anderem hat er das Forum Bevölkerungsschutzpädagogik an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung mit initiiert. An der MSH Medical School Hamburg arbeitet Harald Karutz als Professor für Psychosoziales Krisenmanagement.

Angela Hammerl ist Feuerwehrfrau und Fachberaterin PSNV. Seit vielen Jahren bildet sie Führungskräfte in der Psychosozialen Notfallversorgung aus und ist Dozentin an einer bayerischen Feuerweherschule.

Corinna Posingies ist Gesamtschullehrerin und promoviert derzeit an der Universität Marburg zur Resilienz von Lehrkräften. Darüber hinaus engagiert sie sich ehrenamtlich als Notfallseelsorgerin und Hospizbegleiterin.

Im BeSchuDi-Projekt sind Angela Hammerl und Corinna Posingies als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der MSH Medical School Hamburg tätig.